

WIFO

1030 WIEN, ARSENAL, OBJEKT 20
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Neue soziale Risiken in Österreich
im europäischen Vergleich**

**Christine Mayrhuber, Julia Bock-Schappelwein,
Eva Rückert**

Wissenschaftliche Assistenz: Silvia Haas

September 2012

Neue soziale Risiken in Österreich im europäischen Vergleich

Christine Mayrhuber, Julia Bock-Schappelwein, Eva Rückert

September 2012

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger

Begutachtung: Rainer Eppel, Thomas Leoni • Wissenschaftliche Assistenz: Silvia Haas

Inhalt

Der Wohlstand entwickelte sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig. Der Bericht zeigt anhand verschiedener Indikatoren, welche sozioökonomischen Gruppen verstärkt mit Risiken der Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung konfrontiert sind. Die Armutsgefährdung der Kinder und Jugendlichen weist über den Lebensverlauf in Europa ein deutliches Nord-Süd-Gefälle auf. Die Verbesserung der Startbedingungen am Übergang aus dem Schulsystem in den Arbeitsmarkt setzt Verbesserungen im Erstausbildungssystem voraus, um die Arbeitsmarktintegration zu ermöglichen. Beim Übertritt von der Erwerbsphase in die Pensionsphase sind immer mehr Ältere von mangelnder Arbeitsmarktintegration betroffen, die eine unterschiedliche soziale Absicherung der Pensionsgeneration in den europäischen Ländern zur Folge hat.

Rückfragen: Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at

2012/250-1/S/WIFO-Projektnummer: 9211

© 2012 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 40,00 € • Kostenloser Download: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/45118>

Inhaltsverzeichnis

Übersichtenverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	4
1. Die neuen sozialen Risiken (NSR)	5
1.1 <i>Unterschiedliche Sozialstaatsmodelle</i>	6
1.2 <i>Entwicklung der neuen sozialen Risiken</i>	7
1.3 <i>Rahmenbedingungen der Entstehung neuer sozialer Risiken</i>	9
1.3.1 <i>Veränderungen am Arbeitsmarkt</i>	9
1.3.2 <i>Veränderungen in den Lebensstilen</i>	9
1.4 <i>Indikatoren zur Ermittlung der neuen sozialen Risiken</i>	10
1.4.1 <i>Arbeitsmarktindikatoren</i>	11
1.4.2 <i>Monetäre Indikatoren</i>	11
1.4.3 <i>Nicht-monetäre Betroffenheitsindikatoren</i>	12
1.4.4 <i>Betroffenheit von NSR entlang der Lebensphasen</i>	13
2. Neue soziale Risiken in der Kindergeneration)	14
2.1 <i>Monetäre Indikatoren: Materielle Absicherung der Kinder</i>	14
2.2 <i>Nichtmonetäre Indikatoren</i>	18
2.2.1 <i>Bildung von Kindern und Jugendlichen</i>	18
2.2.2 <i>Wohnverhältnisse von Kindern</i>	21
2.2.3 <i>Gesundheit von Kindern und Jugendlichen</i>	23
3. Neue soziale Risiken beim Erwerbseinstieg (Übergang Ausbildung – Arbeitsmarkt)	25
3.1 <i>Arbeitsmarktindikatoren</i>	26
3.1.1 <i>Beschäftigung</i>	26
3.1.2 <i>Arbeitslosigkeit</i>	28
3.2 <i>Nicht-monetäre Indikatoren</i>	36
3.2.1 <i>Inaktivität</i>	36
3.2.2 <i>Gesundheit</i>	39
4. Neue soziale Risiken in der Erwerbsgeneration	41
4.1 <i>Arbeitsmarktindikatoren</i>	41
4.2 <i>Monetäre Indikatoren</i>	52
4.3 <i>Nicht-monetäre Betroffenheitsindikatoren</i>	56
5. Neue soziale Risiken beim Erwerbsausstieg	58
5.1 <i>Arbeitsmarktindikatoren</i>	58
5.2 <i>Monetäre Indikatoren</i>	62
5.3 <i>Nicht-monetäre Indikatoren</i>	64

6.	Neue soziale Risiken in der Pensionsgeneration	69
6.1	<i>Monetärer Indikator – Armutsgefährdung</i>	69
6.2	<i>Nicht-monetäre Indikatoren – Gesundheit und Pflege</i>	71
7.	Executive Summary	76
	Literatur	87

Übersichtenverzeichnis

Übersicht 1: Materielles Wohlergehen von Kindern unter 18 Jahren, 2010	17
Übersicht 2: Indikatoren zu den Bildungserfolgen von Kindern und Jugendlichen	20
Übersicht 3: Indikatoren zu Wohnverhältnissen von Kindern, 2010	22
Übersicht 4: Gesundheitsindikatoren von Kindern und Jugendlichen	24
Übersicht 5: Beschäftigungsquoten nach Geschlecht und Alter, 2007 und 2010	27
Übersicht 6: Arbeitslosenquote junger Menschen nach Altersgruppen, 2010	30
Übersicht 7: Arbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach Geschlecht, 2010	31
Übersicht 8: Arbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach höchstem Bildungsabschluss, 2010	33
Übersicht 9: Arbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach Staatsangehörigkeit, 2010	35
Übersicht 10: Selbstwahrgenommene Aktivitätseinschränkung (16-24 Jahre) seit mindestens sechs Monaten nach Geschlecht und Beschäftigungsstatus, 2010	40
Übersicht 11: Beschäftigungsquoten (15-64 Jahre und 55-64 Jahre) nach Geschlecht, 2010	60
Übersicht 12: Armutsgefährdungsquoten von Erwerbstätigen ("working poor") nach Geschlecht und Altersgruppen (EU-SILC), 2010	63
Übersicht 13: Selbstwahrgenommene Gesundheit von Beschäftigten und PensionistInnen (55-64 Jahre) im Vergleich, 2010	67
Übersicht 14: Restlebenserwartung im Alter von 65 Jahren und der Anteil an gesunden Lebensjahren in Europa, 2009	72

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Anteil der jugendlichen Arbeitskräfte (15 bis 24 Jahre) mit befristetem Arbeitsvertrag, 2010	28
Abbildung 2:	Arbeitslosenquote (15-24 Jahre), 2010	29
Abbildung 3:	Inaktivitätsquote(15-24 Jahre) nach Geschlecht, 2010	37
Abbildung 4:	Nichterwerbstätige Jugendliche (15-24 Jahre), die an keiner Bildung und Ausbildung teilnehmen nach Geschlecht (NEET Rate), 2010	38
Abbildung 5:	Beschäftigungsquoten und Anteil der Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen (15-64 Jahre) in den europäischen Wohlfahrtsmodellen, 2010	44
Abbildung 6:	Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern (Gender Gap in Prozentpunkten) und Anteil der Beschäftigten mit Teilzeitarbeitsplätzen, in den europäischen Wohlfahrtsmodellen, 2010	45
Abbildung 7:	Beschäftigungs- und Teilzeitquoten der Frauen (15-64 Jahre), 2010	46
Abbildung 8:	Beschäftigungsquote von 20-49 jährigen Frauen und Männer: Differenz zwischen Kinderlosen und Eltern mit Betreuungspflichten in Prozentpunkten, 2010	48
Abbildung 9:	Arbeitslosenquoten (15-64 Jahre) und Anteil der 18- bis 59-Jährigen die in Haushalten ohne Erwerbseinkommen leben, 2010	50
Abbildung 10:	Beschäftigungsquoten (15-64 Jahre) und Armutsgefährdung nach Sozialleistungen, 2010	51
Abbildung 11:	Armutsgefährdungsquoten und Einkommensungleichheit in Europa, 2010	53
Abbildung 12:	Armutsgefährdungsquoten vor und nach Sozialleistungen, 2010	54
Abbildung 13:	Sozialausgaben in % des BIP und Gleichverteilung in Europa, 2009	56
Abbildung 14:	Armutslücke und materielle Deprivation, 2010	57
Abbildung 15:	Langzeitarbeitslosigkeit (50-64 Jahre) nach Geschlecht, 2010	62
Abbildung 16:	Inaktivitätsquoten (50-64 Jahre) nach Geschlecht, 2010	65
Abbildung 17:	Armutsgefährdungsquoten im Alter von 65 und älter und Differenz zur Armutsgefährdungsquote der 16- bis 64-Jährigen nach Geschlecht, 2010	71
Abbildung 18:	Anteil der älteren Pflegebedürftigen an der Bevölkerung und Anteil der Pflege in Institutionen, zu Hause oder informell, 2010	75

1. Die neuen sozialen Risiken (NSR)

In Österreich erfolgte – wie in Europa insgesamt – in den Nachkriegsjahrzehnten ein umfassender Ausbau der sozialen Sicherungssysteme. Der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme der 1950 und 1960er Jahre in Europa („Goldenes Zeitalter des Wohlfahrtsstaates“) wurde von einem starken Wirtschaftswachstum – ausgehend von einem expandierenden industriellen Sektor und einer relativ hohen Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit auch für formal geringqualifizierte Arbeitskräfte – getragen. Der Ausbau der sozialen Sicherheit in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht war in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in allen Industrieländern vorhanden, wenngleich auch mit unterschiedlicher Zielstellung, Schwerpunktsetzung und mit unterschiedlicher institutioneller Ausgestaltung.

Die Wohlstandsentwicklung in letzten beiden Jahrzehnten ist nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleich verlaufen. Indikatoren zur Messung der Einkommensverteilung zeigen besonders in der jüngeren Vergangenheit eine Zunahme der Ungleichheiten. Diese Zunahme der Ungleichheiten stellt einen Indikator dar, der die substanziellen ökonomischen und sozialen Veränderungen die mit dem Übergang zur post-industriellen Gesellschaft in Verbindung stehen, aufzeigt. Insbesondere die Veränderungen am Arbeitsmarkt (Stichwort Beschäftigungs- und Einkommensflexibilisierung) können von den sozialen Sicherungssystemen, die sich an den wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der 1950er und 1960er Jahre orientieren, immer schlechter abgefangen. Insgesamt kommt es an den Schnittstellen Arbeitswelt – Familie – Sozialversicherung zu Reibungsverlusten besonderes in den erwerbs- und beitragsorientierten Wohlfahrtsmodellen: Es steigt das Risiko der sozialen Ausgrenzung aufgrund von fehlender Ausbildung und/oder fehlender Qualifikation; es steigt das Risiko der mangelnden finanziellen Absicherung bzw. der sozialen Absicherung durch die Zunahme der atypischen Beschäftigungsformen und es steigt das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit und der unfreiwilligen Erwerbsinaktivität auf einem zunehmend polarisierten Arbeitsmarkt. Die vergangenen sozio-ökonomischen Veränderungen führten insgesamt zu einer zunehmenden Häufigkeit der Betroffenheit von sozialen Risiken, eine Entwicklung mit dem Begriff der neuen sozialen Risiken beschrieben wird.

Der Begriff der neuen sozialen Risiken suggerierte neue und bislang unbekannte Risiken. Wie gezeigt wurde handelt es sich dabei aber nicht um tatsächlich neue Risiken, sondern um bekannte Risiken in einem verstärkten Ausmaß: Infolge veränderter Rahmenbedingungen ist zum einen die Gruppe der Betroffenen gewachsen, zum anderen hat sich die Betroffenheitswahrscheinlichkeit bestimmter sozialer Gruppen erhöht (Huber – Stephens, 2006). Die Konsequenzen sozialer Risiken sind darüber hinaus oft schwerwiegender als in der Ausbauphase der Wohlfahrtsstaaten weil sie stärker als bisher simultan und über den Lebenszyklus kumulieren: Die neuen sozialen Risiken treffen tendenziell besonders junge Menschen, die erstmals in den Arbeitsmarkt eintreten, Familien mit Kindern, Frauen mit Betreuungspflichten und generell Personen mit niedriger Qualifikation.

Der vorliegende Bericht greift den aktuellen Diskurs über die neuen sozialen Risiken auf. Im ersten Teil wird der Frage nachgegangen, welche Veränderungen zu neuen sozialen Risiken führen und wie sich diese von den traditionellen Risiken unterscheiden. In den weiteren Teilen ist das Ausmaß der Betroffenheit unterschiedlicher sozio-ökonomischer Gruppen von neuen sozialen Risiken entlang der Lebensphasen skizziert. Die Analysen der Lebensphasen haben die Kindheit, den Erwerbseinstieg, die Erwerbsphase, den Erwerbsausstieg und die Pensionsphase zum Inhalt. Ziel der Studie ist ein Ländervergleich. Es geht um die Frage, in welchen Mitgliedsländern der Europäischen Union die Zunahme der neuen sozialen Risiken hoch bzw. niedrig war, welche Wohlfahrtssysteme besser bzw. schlechter mit den jüngsten sozio-ökonomischen Entwicklungen umgehen können und wie Österreich jeweils positioniert ist. Die Zusammenfassung der europäischen Staaten zu Wohlfahrtsmodellen, die im nächsten Abschnitt dargestellt ist, ermöglicht einen übersichtlichen Vergleich der neuen sozialen Risiken der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.¹⁾

1.1 Unterschiedliche Sozialstaatsmodelle

Die europäischen Wohlfahrtssysteme unterscheiden sich in ihrer prinzipiellen Zielsetzung (Lebensstandardsicherung versus Mindestsicherung), ihren institutionellen Arrangements (öffentliches Dienstleistungsangebot versus Regulierungsvorgaben für das Marktangebot) und in ihrer Finanzierungsstruktur.

Die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung typologisierte die sich entwickelnden Wohlfahrtsstaaten in drei Wohlfahrtsmodelle (*Esping-Andersen, 1990*), die bisweilen um die Mittelmeerländer bzw. die Ostländer ergänzt wurden (vgl. *Aassve – Mazzucco – Mencarini, 2005*). In den **universalistischen (nordeuropäischen) Wohlfahrtsstaaten** steht die Umverteilungsfunktion im Vordergrund (Dänemark, Finnland, Schweden und die Niederlande) während in den **liberalen Wohlfahrtsstaaten** die Absicherung gegen Armut mit bedarfsgeprüften öffentlichen Transfers im Mittelpunkt steht. Hier wird die Bedeutung des Marktes bei der Bereitstellung von Diensten (Großbritannien und Irland) betont. In den **konservativen (kontinentalen) Wohlfahrtsstaaten** stehen die Berufszugehörigkeit und die auf Erwerbstätigkeit bzw. auf Verdiensthöhen und Versicherungsdauern beruhende soziale Absicherung im Vordergrund (Deutschland, Belgien, Frankreich, Österreich, Luxemburg). Von zentraler Bedeutung ist hier auch die Rolle der Familie als Quelle sozialer Unterstützung, beispielsweise in der Erziehung und Betreuung der Kinder. Die **mediterranen Wohlfahrtsstaaten** als weitere Ausformulierung, zeichnen sich durch eine Kombination des Versicherungsprinzips und der zentralen Rolle der privaten Auffangnetze (Familie) aus (Griechenland, Italien, Spanien und Portugal). Die **zentral- und osteuropäischen Staaten** werden ebenfalls aufgrund ihrer erfolgten grundsätzlichen Neuausrichtung des Wirtschafts- und Sozialsystems als eine Gruppe zusammengefasst, wenn auch die Zielfunktionen der Sicherungssysteme in diesen

¹⁾ Ein Großteil der Abbildungen und Übersichten in der vorliegenden Studie wurde entsprechend den fünf Wohlfahrtsmodellen (nordeuropäisches Wohlfahrtsmodell, konservatives Wohlfahrtsmodell, liberales Wohlfahrtsmodell, mediterranes Wohlfahrtsmodell und zentral- und osteuropäisches Wohlfahrtsmodell) aufbereitet.

Ländern nicht einheitlich sind²⁾. Eine breitere Einteilung der Wohlfahrtsstaaten, die zu den bisher genannten Wohlfahrtsmodellen ein Stück weit quer liegt, ist die Unterscheidung nach der Finanzierungsstruktur: Die Beveridge-Systeme in Nordeuropa sind durch eine starke Steuerfinanzierung gekennzeichnet. Sach- und Dienstleistungen nehmen einen hohen Stellenwert ein. In den Bismarck-Systemen (Kontinental- und Südeuropa) ist die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und die Absicherung gegenüber den Risiken Krankheit, Arbeitslosigkeit, Gebrechen und Alter, über die Versichertenbeiträge gegeben. Leistungen sind stärker an monetären Transfers als an Dienstleistungen orientiert. Die „Nachsorge“, nicht die Vorsorge steht im Mittelpunkt. Das gilt sowohl für das Risiko der Arbeitslosigkeit³⁾ (Bildung, Weiterbildung) als auch der Krankheit und Invalidität (Seils, 2009).

1.2 Entwicklung der neuen sozialen Risiken

Die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen, die für den Ausbau der Wohlfahrtsstaaten maßgeblich waren, veränderten sich in den vergangenen zwei Dekaden ganz wesentlich. Hemerijck – Eichhorst (2009) strukturieren die vielschichtigen Veränderungen in jene, die außerhalb und jene die innerhalb der Nationalstaaten stattfinden:

Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen: Diese sind hervorgerufen durch den zunehmenden internationalen Wettbewerb von Gütermärkten, Finanzströmen aber auch im Bereich der Dienstleistungen. Diese Internationalisierung reduziert die Gestaltungsmöglichkeiten der wohlfahrtsstaatlichen Regelungen auf nationaler Ebene (Scharpf, 1999).

Veränderungen innerhalb der Nationalstaaten: Das sind zum einen demografische Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung durch rückläufige Geburtenraten, die Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung, sowie Veränderungen im Migrationsverhalten. Ein zweiter Bereich betrifft die sozio-ökonomischen Veränderungen allen voran der veränderten Rolle der Frau im Erwerbs- und Familienleben und technologische Veränderungen und die damit verbundenen Neuerungen in den Arbeitsabläufen und Arbeitsorganisationen. Der zentrale Moment der ökonomischen Veränderungen ist die zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft, also die sinkende Bedeutung der Güterproduktion und die steigende Bedeutung der Dienstleistungen. Bereits seit Ende der sechziger Jahre ist die Mehrheit der Erwerbstätigen in Österreich im Dienstleistungssektor beschäftigt. Im Jahr 2011 belief sich der Beschäftigungsanteil im Dienstleistungsbereich in Österreich laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger auf knapp drei Viertel (73,3%).

Die mit der Intensivierung des globalen Wettbewerbs und dem Übergang in eine Dienstleistungsgesellschaft verstärkten tiefgreifenden ökonomischen Veränderungen, fanden vor allem im Bereich der Arbeitsbeziehungen statt. Kurze Produktionsketten und die

²⁾ Bonoli (2006) betont, dass diese Typologisierungen der Wohlfahrtsmodelle in der Literatur sich als recht stabil erwiesen haben.

³⁾ Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit wären Maßnahmen im Bildungs- und Weiterbildungsbereich vor dem Eintritt einer Arbeitslosigkeit.

Erfordernisse im Rahmen der Dienstleistungserstellung fordern zeitliche und inhaltliche Flexibilität bei der Arbeitserbringung. Die Zunahme der Beschäftigungsformen jenseits der volljährigen Vollzeitbeschäftigung (Stichwort: Atypische Beschäftigungsformen) bedeutet eine steigende Unsicherheit in der Einkommenssituation der Beschäftigten (*Lutz – Mahringer, 2010*) und eine steigende Ungleichheit der Erwerbseinkommen (*Leoni – Marterbauer – Mayrhuber, 2010*). In Wohlfahrtsmodellen, in denen die soziale Sicherung der Bevölkerung weitgehend über versicherungspflichtige Beschäftigungsformen erfolgt, bedeuten die zunehmenden Flexibilisierungen und Atypisierungen am Arbeitsmarkt, eine Verschlechterung in der Absicherung einer größer werdenden Gruppe in der Bevölkerung.

Die jüngste Wirtschaftskrise führt zu einer verstärkten Segmentierung des Arbeitsmarktes in qualifizierte Vollzeitbeschäftigte, als InsiderInnen, verankert in Stammebelegschaften. Die Risiken dieser Gruppen haben sich weniger verändert als die Risiken der OutsiderInnen, also der Arbeitslosen, weniger Qualifizierten, Randbelegschaften und jener in atypischen Beschäftigungsformen (*Hemerijck – Eichhorst, 2009*). Zweitgenannte Gruppe ist verstärkt den Veränderungen am Arbeitsmarkt ausgesetzt und ist in weiterer Folge auch stärker vom Risiko der Niedriglohnbeschäftigung, sowie von Arbeitslosigkeit betroffen. Beschäftigung bietet für sie und ihre Familien nicht mehr im gleichen Ausmaß wie in den Hochkonjunkturphasen der 1960er und der 1970er Jahre Wohlfahrt und (soziale) Absicherung.

Der Begriff der neuen sozialen Risiken bezeichnet somit weniger wirklich neue, bisher unbekannte Risiken. Vielmehr zielt der Begriff darauf ab, dass die beschriebenen sozio-ökonomischen Veränderungen der Vergangenheit in den gegenwärtigen Wohlfahrtsstaaten zu einer größer werdenden Gruppe führt, die nicht an der Wohlstandsentwicklung partizipiert, sondern von Wohlfahrtsverlusten betroffen ist (*Bonoli, 2005*).

Die sozialen Risiken entstehen durch Reibungsverluste zwischen den traditionellen sozialen Sicherungssystemen und den neuen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen der post-industriellen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Die soziale Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter ist in Österreich für Personen mit kontinuierlichen, über den Durchschnitt entlohnten Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen gegeben. Hier sind auch die Familien mit abgesichert. Beschäftigungsmuster, die vom männlichen Ernährermodell abweichen, sind im sozialen Sicherungssystem und auch im Familienkontext (Stichwort: Flexibilisierung der Familienstrukturen) weniger abgesichert.

Ein weiteres Merkmal der neuen sozialen Risiken ist, dass die Reibungsverluste durch mehrere Faktoren bzw. einer Mehrfachbetroffenheit entstehen (*Bonoli, 2006*). Insbesondere bei einem Zusammentreffen von Veränderungen in der Arbeitswelt und Veränderungen in den familiären Strukturen (*Taylor-Gooby, 2004, Armingeon – Bonoli, 2006*). Das Zusammentreffen von formaler geringer Qualifikation, Arbeitslosigkeit, Alleinerziehende, Familien mit Kindern, Jugendliche beim Berufseinstieg, Personen mit Migrationshintergrund, etc. stellen solche Mehrfachbelastungen dar, für die das gegenwärtige Sozialversicherungssystem nicht konzipiert ist.

1.3 Rahmenbedingungen der Entstehung neuer sozialer Risiken

1.3.1 Veränderungen am Arbeitsmarkt

Die europäischen Wohlfahrtsmodelle sind mit strukturellen Veränderungen konfrontiert, die auch für Österreich – ein konservativer Wohlfahrtsstaat Bismarckscher Prägung – relevant sind. Drei Tendenzen kennzeichnen die jüngsten Entwicklungen:

- Die Tertiärisierung führte zu einem Bedeutungsverlust des „männlichen Ernährermodells“, der 1950er und 1960er Jahre. Eine Normalarbeitszeit mit einem Familienlohn ist für immer weniger Beschäftigte Realität. Bereits über 10% der Erwerbstätigen in Österreich arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (*Lutz – Mayrhuber, 2009*). Für diese Gruppe stellt das Sozialversicherungssystem in einem geringeren Maße eine Absicherung zur Verfügung als bei den Normalarbeitsverhältnissen. Die Dualisierung des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft wird vom Sozialstaat teilweise forciert teilweise reduziert, es gibt bereits Insider und Outsider (*Palier – Martin, 2008*).
- Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen ist auch mit einer Zunahme der Nachfrage nach Dienstleistungen, allen voran von Betreuungsdienstleistungen, verbunden. Die soziale Unterstützung erfolgt in Österreich - im Vergleich zu Schweden - stärker durch monetäre Transfers. Die Tertiärisierung der Wirtschaft benötigt in Österreich noch eine Angleichung des Wohlfahrtsmodells im Sinne eines Ausbaus von (Betreuungs-) Dienstleistungen.
- Die Finanzierung der sozialen Sicherheit über Versichertenbeiträge geht mit hohen Arbeitskosten einher. Die sinkende Lohnquote brachte die Finanzierungsseiten der Sicherungssysteme unter Druck. Da in Zukunft keine Steigerung der Lohnquote zu erwarten ist, wird dieser Finanzierungsengpass aktuell bleiben, insbesondere dann, wenn die Nettolöhne nicht sinken sollen. Durch den zunehmenden Bedarf an Sozialleistungen ohne Versicherungscharakter, wie dies für die Pflegeleistungen oder auch für die bedarfsorientierte Mindestsicherung in Österreich der Fall ist, verringert sich die Äquivalenz zwischen Beiträgen und Leistungen. Diese Entwicklung verstärkt die Notwendigkeit, die Finanzierung auf die neuen Rahmenbedingungen anzupassen.

Insgesamt gibt es in Österreich einen Reibungsverlust zwischen De-Industrialisierung bzw. Tertiärisierung der Arbeitswelt und Absicherung gegen soziale Risiken: Sowohl auf der Finanzierungsseite als auch auf der Leistungsseite braucht es Neuerungen, um jene Bevölkerungsgruppen, die von den neuen sozialen Risiken betroffen sind, besser abzusichern.

1.3.2 Veränderungen in den Lebensstilen

Neben den Veränderungen des Arbeitsmarktes haben sich auch die Familienstrukturen grundlegend verändert: Das traditionelle männliche Familienernährermodell verliert zwar an Bedeutung, strukturiert aber immer noch das Zusammenspiel von Familienleben und

Arbeitsmarktpartizipation. In der „modifizierten Versorgungerehe“ gewinnt der Zuverdienst der Frauen an Bedeutung (Bäcker – Neuffer, 2012). Die Frauenerwerbsbeteiligung stieg in den vergangenen Jahrzehnten deutlich an, in den nordeuropäischen Staaten liegt sie knapp unter der Männererwerbsquote, in baltischen Staaten erreicht bzw. übersteigt sie (Litauen und Lettland) bereits die Quote der Männer. Es nahm damit auch die Anzahl der Doppelverdiener-Haushalte deutlich zu (Daly, 2005). Gleichzeitig vergrößert sich die Einkommensschere im Bereich der Erwerbseinkommen (OECD, 2008). Die verstärkte Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt mit dem Ziel nach Gleichheit und Unabhängigkeit sichert auch das Familieneinkommen und reduziert die Dynamik der steigenden Markt-Einkommensungleichheit der individuellen Erwerbseinkommen auf der Ebene der Haushalte (OECD, 2011).

Die steigende Frauenerwerbstätigkeit hat neue finanzielle Möglichkeiten für Frauen und ihren Familien eröffnet, aber auch Einkommenseinbußen der Männer abgefedert. Gleichzeitig mussten Reproduktionsarbeiten aus der Familie ausgelagert werden, es erfolgte eine Kommodifizierung der Versorgungsarbeiten. Damit entstehen neue Spannungsfelder – speziell für Frauen mit Kindern, da Frauen die Haupterziehungsarbeit auch weiter inne haben. Um die Aufgabe der Kombination aus Familie und Beruf meistern zu können, sind heute verstärkt unterstützende institutionelle Rahmenbedingungen notwendig. Die Hauptverantwortung der Frauen für die unbezahlte Reproduktionsarbeit geht mit einer Benachteiligung am Arbeitsmarkt einher, die sich in Lohndiskriminierung, fehlende Aufstiegschancen etc. manifestiert (Böheim et al., 2011). Trotz Zunahme der Frauenerwerbsquote zeigt sich in Österreich keine Neuverteilung der Versorgungsarbeit in den Familien (BMSGK, 2003).

Die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen, und damit verbunden ihre ökonomische Unabhängigkeit sowie höhere Scheidungsraten etc. ließen den Anteil der Ein-Eltern-Haushalte in den meisten Ländern Europas deutlich ansteigen (Chapple, 2009). Gleichzeitig zeigt sich, dass Alleinerziehende und ihre Kinder mit einem erhöhten Armutsrisiko konfrontiert sind. Ein-Eltern-Haushalte – in der überwiegenden Zahl Frauen – sind durch ihre geringere Arbeitsmarktintegration von einem hohen Armutsrisiko betroffen. Im Jahr 2009 bestanden in der EU-27 laut Eurostat 4% aller Privathaushalte aus alleinerziehenden Frauen, 0,5% aus alleinerziehenden Männern. Es gab somit 7-mal mehr alleinerziehende Mütter als alleinerziehende Väter.

1.4 Indikatoren zur Ermittlung der neuen sozialen Risiken

Für die Feststellung, ob und welche Personen von den neuen sozialen Risiken betroffen sind, benötigt es Indizes und Indikatoren der Messung. Diese Indikatoren sollen alle relevanten Bereiche umfassen: Die quantitative und qualitative Integration der Menschen in den Erwerbsarbeitsmarkt bzw. ihre Erwerbschancen, ihre Einkommenssituation und ihre Lebenssituation. Die Lebenssituation kann sowohl mit Einkommensindizes aber vor allem mit Benachteiligungsindizes festgehalten werden (Aassve – Mazzucco – Mencarini, 2005). Die nachfolgend festgelegten und beschriebenen Indikatoren müssen auch vor dem Hintergrund

der konjunkturellen Lage gesehen werden. So ist im abgelaufenen Jahrzehnt die Arbeitsmarktbeteiligung bis zum Krisenjahr 2008 in den meisten europäischen Ländern angestiegen, die Beschäftigungsquote der EU-27 erreichte laut Eurostat mit 65,8% im Jahr 2008 den Höhepunkt, um anschließend krisenbedingt zu sinken. Die verwendeten Indikatoren können weniger die Dynamik abbilden, sondern tragen zu einer ersten Quantifizierung der neuen sozialen Risiken im Ländervergleich bei.

Wie bereits eingangs erwähnt, ist das Neue an den neuen sozialen Risiken die Tatsache, dass traditionelle Risiken bei manchen Gruppen kumuliert auftreten, dass beispielsweise Betreuungspflichten mit einem geringen Qualifikationsniveau und Arbeitslosigkeit verbunden sind. Mit den verwendeten Indikatoren kann die Gruppe der Mehrfachbetroffenen nicht quantifiziert und einem Ländervergleich zugeführt werden. Neben der Mehrfachbetroffenheit ist die Dauer der Betroffenheit von neuen sozialen Risiken ebenfalls eine entscheidende Information zur Problemanalyse. Dazu müssten Verlaufsdaten herangezogen werden. Im Gegensatz zur gegenständlichen Arbeit die den gesamten Lebenszyklus des Menschen beleuchtet, könnte die Analyse nur auf einzelne Problemgruppen fokussiert werden. Detailliertere Analysen einzelner Problemgruppen bilden jedenfalls ein weites Forschungsfeld bzw. haben noch einen hohen Forschungsbedarf.

1.4.1 Arbeitsmarktindikatoren

Erwerbstätigkeit und Erwerbseinkommen bilden für die Mehrheit der Menschen in Österreich die Grundlage für ihre direkte (Einkommen) und indirekte (Sozialleistungen) Absicherung. Der Anteil der Menschen in Beschäftigung, ihr Ausmaß bzw. Art der Arbeitsmarktintegration (typisch-atypisch) und ihre Einkommensposition entscheidet über ihre ökonomische und soziale Absicherung, ebenso wie Ausmaß und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit.

Die relevanten Indikatoren sind daher die Erwerbsquote, die Beschäftigungsquote, die Teilzeitquote, sowie die Armutsgefährdungsquote bei Erwerbstätigkeit.

1.4.2 Monetäre Indikatoren

Für die monetären Indizes zur Ermittlung der neuen sozialen Risiken benötigt man im ersten Schritt einen Überblick über die Einkommenssituation der Gesamtbevölkerung, um daran anschließend jene Gruppen mit einer großen Risiko-Betroffenheit zu identifizieren. Durchschnittswerte, wie beispielsweise das durchschnittliche Einkommen pro Kopf, berücksichtigen die vorhandene Verteilung der Einkommen nicht. Die Medianeinkommen, also jene Einkommen, die von 50% der betrachteten Personengruppe verdient werden, sind dagegen weniger von Extremwerten beeinflusst.

Ein weit verbreitetes Maß für die Gleichheit bzw. Ungleichheit einer Verteilung (Einkommen, Vermögen, Sozialleistungen) ist der Gini-Koeffizient⁴). Der Koeffizient kann einen Wert zwischen 0 (das Vermögen eines Staates ist auf alle Bewohner gleichmäßig verteilt) und 1 (das

⁴ Er ist benannt nach dem italienischen Statistiker Corrado Gini (starb in den 1960er Jahren).

gesamte Vermögen eines Staates gehört einem einzigen Bewohner) annehmen. Je näher der Gini-Koeffizient am Wert 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit. Die Berechnung kann sich sowohl auf Individuen, aber auch auf Haushalte beziehen. Der Vorteil ist die gute Vergleichbarkeit der Verteilungssituation einzelner Länder. Hingegen lässt sich die Akzeptanz der Ungleichverteilung mit diesem Maß nicht erkennen, diese wird von kulturellen Faktoren, wie auch von der Wahrnehmung der Verteilungslage mitbestimmt.

Zur Ermittlung der Einkommensverteilung und zum Vergleich über die Zeit und über Länder hinweg, wird auch die Interquartilsrelation (auch Quintile, etc.) herangezogen. Die individuellen Einkommen werden auf Personen- oder Haushaltsebene in Quartile/Quintile, etc. aufgeteilt, um anschließend die Einkommen der obersten 25% oder 20%, mit jenen der untersten 25% oder 20% zu vergleichen.

Ein weiteres Maß beruht auf dem relativen Armutskonzept, wobei die Armutsschwelle entsprechend der EU-Konvention bei 60% des Medianeinkommens liegt. Dabei ist der zugrunde liegende Einkommensbegriff das auf einen Ein-Personen-Haushalt standardisierte Netto-Haushaltseinkommen. Die Standardisierung beruht auf einer Gewichtung der Haushaltseinkommen in Abhängigkeit von Haushaltsgröße und –zusammensetzung⁵). Als Gewichtsmaße werden die so genannten Äquivalenzskalen herangezogen, welche den Gewichtungsfaktor für einzelne Haushaltsmitglieder angeben, der in die Berechnung des Äquivalenzeinkommens eingeht. In der Europäischen Union hat sich dabei die modifizierte OECD-Skala durchgesetzt. Diese gibt der ersten erwachsenen Person ein Gewicht von 1, jeder weiteren erwachsenen Person ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind ein Gewicht von 0,3. Studien haben gezeigt, dass das Länderranking nach Anteil der Armutsgefährdeten von den ausgewählten Äquivalenzskalen relativ unabhängig ist, nicht aber die Zusammensetzung der Armutsgefährdeten. Deshalb findet in Studien auch die so genannte Fuchs-Skala Anwendung (Aassve – Mazzucco – Mencarini, 2005). Diese gibt – ausgehend von einem Wert von 1 für die erste erwachsene Person in einem Haushalt – jeder weiteren erwachsenen Person einen Wert von 0,8, dem ersten Kind einen Wert von 0,4 und jedem weiteren Kind einen Wert von 0,3⁶).

1.4.3 Nicht-monetäre Betroffenheitsindikatoren

Soziales Risiko lässt sich – besonders bei den neuen sozialen Risiken – allerdings nicht alleine durch ein einzelnes Merkmal bestimmen. Bereits seit 2002 verwendet das Europäische Statistikamt (EUROSTAT) von ihr entwickelte Benachteiligungs- bzw. Deprivationsindizes. Diese Indizes umfassen grob folgende Bereiche: Leistbarkeit (Wohnraum, soziales Leben etc.),

⁵ Die Notwendigkeit der Gewichtung ergibt sich daraus, dass der Einkommensbedarf von Haushalten nach Größe und –zusammensetzung unterschiedlich ist. Dies impliziert aber auch die kritische Annahme dieses methodischen Zugangs, dass das gesamte Haushaltseinkommen zwischen allen darin lebenden Personen gleichmäßig aufgeteilt ist.

⁶ Konkret bedeutet dies, dass beispielsweise die unmittelbare Wirkung eines Kindes bei Paarhaushalten nach der Fuchs-Skala geringer ist als nach der OECD-Skala.

Wohnprobleme, Fehlen von essenziellen Gütern (im Wohn- und Lebensbereich), Fehlen von nicht-essenziellen dauerhaften Gütern (PKW, etc.).

Die Beurteilung der Wohlfahrtssysteme unterscheidet sich in Abhängigkeit der verwendeten Analyse-Indikatoren: Aassve – Mazzucco – Mencarini (2005) zeigten, dass der höchste Anteil armutsgefährdeter Haushalte mit 20,7% in liberalen Wohlfahrtssystemen zu finden ist, gefolgt von den Mittelmeerländern mit 18,6%. Am seltensten sind mit 12% Haushalte in universalistischen Wohlfahrtsstaaten armutsgefährdet. In der letztgenannten Gruppe weisen Paarhaushalte mit einem oder zwei Kindern sogar geringere Armutsgefährdungsquoten auf als kinderlose Paare. In den anderen Wohlfahrtsmodellen ist die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit Kindern durchwegs höher als die von Kinderlosen. Dies gilt speziell für liberale Staaten.

Unter Heranziehung der oben kurz skizzierten nicht-monetären Benachteiligungsindizes zu Leistbarkeit, Wohnproblemen, Fehlen von essenziellen Gütern (im Wohn- und Lebensbereich), sowie Fehlen von nicht-essenziellen dauerhaften Gütern (PKW, etc.) haben die Mittelmeerländer relativ gesehen mehr gefährdete Personen als die liberalen Wohlfahrtsstaaten, welche an zweiter Stelle liegen. Die universalistischen Wohlfahrtsstaaten zeigen auch bei diesen nicht-monetären Indizes die geringste Gefährdung ihrer Bevölkerung. Innerhalb jedes Systems zeigt sich die größte Benachteiligung für alleinerziehende Eltern. Wird das Augenmerk auf Paarhaushalte gelegt, so variiert die Benachteiligung nicht stark mit der Anzahl der Kinder. Das ist ein wesentlicher Unterschied zur monetären Armutsgefährdungsquote, die mit der Zahl der Kinder deutlich steigt.

1.4.4 Betroffenheit von NSR entlang der Lebensphasen

Zur Konkretisierung des Ausmaßes jener Gruppen, die von den neuen sozialen Risiken betroffen sind, eignet sich eine Kombination aus Arbeitsmarktindikatoren und monetären bzw. nichtmonetären Indikatoren. Nachfolgend sind diese Indikatoren für die europäischen Länder, die in den oben diskutierten Wohlfahrtsmodellen gruppiert sind, näher beleuchtet. Ausgangspunkt bildet dabei die These, dass die verschiedenen Wohlfahrtsmodelle die neuen sozialen Risiken in unterschiedlicher Weise absorbieren können. Gerade die zentraleuropäischen Länder Bismarckscher Prägung segmentieren die Bevölkerungsgruppen stärker in Insider und Outsider der sozialen Absicherung (Palier – Martin, 2007). Demgemäß ist zu erwarten, dass diese Modelle bei Ländervergleichen entlang den Indikatoren andere Ergebnisse zeigen.

Anschließend geht es um die Frage, ob in den unterschiedlichen Lebensphasen eine unterschiedliche Gefährdung von Armut und sozialer Ausgrenzung in den Ländern der Europäischen Union vorhanden ist bzw. welche Wohlfahrtsstaaten eine soziale Ausgrenzung in den einzelnen Lebensphasen und Lebensumständen besser bzw. schlechter kompensieren können.

2. Neue soziale Risiken in der Kindergeneration⁷⁾

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Lebensbedingungen der Kinder deutlich verbessert. Dennoch treffen die sich verändernden Rahmenbedingungen die junge Generation sowohl direkt durch die Einkommenssituation im Haushaltskontext als auch indirekt über die veränderten Bildungs- und Erwerbschancen für die jüngste Bevölkerungsgruppe. Insgesamt ist die Situation der Kinder auch mittel- und langfristig aus makroökonomischer Sicht von Bedeutung, da sie das Arbeitskräftepotential von Morgen sind und die Prosperität der Volkswirtschaft mitbestimmen (Folbre, 2008).

- Die jüngsten Forschungsergebnisse zeigen einen starken Zusammenhang zwischen den sozio-ökonomischen innerfamiliären Rahmenbedingungen der Kindheit mit jenen in späteren Lebensphasen (z. B. Hansen – Jones, 2010).
- Empirische Arbeiten im Bereich der sozialen Vererbung zeigen, dass Gesundheitsstatus, Bildungs-, Beschäftigungs- und Einkommensstand maßgeblich von einer Generation auf die nächste übertragen werden. Damit wird durch soziale Ungleichheiten, geringes Sozialkapital sowie Risiken sozialer Ausgrenzung reproduziert (siehe z.B. OECD, 2009; Jenkins – Siedler, 2009, Fessler et al., 2012, Schnetzer – Altzinger, 2011).
- Die Arbeitsteilung schreitet weiter voran, die Wissensgesellschaft differenziert sich immer weiter aus (Eppel – Leoni, 2011). Gleichzeitig beobachten wir eine steigende Arbeitslosigkeit im Bereich niedrig qualifizierter Arbeitskräfte. Kognitive und soziale Fähigkeiten und eine früh einsetzende Bildung bestimmen die Lebens- und Zukunftschancen für die Kinder und Jugendlichen immer stärker (Bonoli, 2006, Jenson, 2008).

2.1 Monetäre Indikatoren: Materielle Absicherung der Kinder

Trotz wirtschaftlicher Prosperität in den vergangenen Jahrzehnten bis zum Krisenjahr 2009 vergrößerten sich die Einkommensungleichheiten. Haushalte mit Kindern waren von der Zunahme der Ungleichheit besonders betroffen (OECD, 2011). Nach der EU-Definition von relativer Armut (äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter 60% des Medians nach Sozialleistungen) war im Jahr 2010 jedes fünfte Kind unter 18 Jahren in der EU-27 armutsgefährdet. In der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten wiesen Kinder ein höheres Armutsrisiko (20,6%) auf als die Bevölkerung insgesamt (16,4%). Ebenso waren Kinder mit einer erhöhten Rate der materiellen Deprivation nach EU-Definition konfrontiert: In der Dimension „wirtschaftliche Belastungen und langlebige Gebrauchsgüter“ konnten sich 20,3% aller Kinder in der Europäischen Union einen europäischen Mindestlebensstandard nicht leisten –

⁷⁾ Der Aufbau des Kapitels, sowie die verwendeten Indikatoren orientieren sich an Eppel, R., Leoni, Th., New Social Risks Affecting Children A Survey of Risk Determinants and Child Outcomes in the EU, WIFO-Working Paper 386/2011 bzw. Eppel, R., Leoni, Th., Neue soziale Risiken für Kinder – ein europäischer Vergleich; In: Blaha, B., Kapeller, J., Weidenholzer, J. (Hg.), Solidarität. Beiträge für eine gerechte Gesellschaft, Wien, 2011, 119-136.

gegenüber 17,4% unter der Gesamtbevölkerung. Die Armutsgefährdungsquote der Kinder ist in den mediterranen Wohlfahrtsstaaten (bevölkerungsgewichteter Durchschnitt von 24,9%) und in den Zentral- und Osteuropäischen Wohlfahrtsmodellen (23,2%) am höchsten. Auf der anderen Seite lag die Armutsgefährdungsquote der Kinder in den nordeuropäischen Wohlfahrtsmodellen mit 12,8% am geringsten. Die konservativen Wohlfahrtsmodelle Kontinentaleuropas nehmen mit einer Armutsgefährdungsquote von 17,7%, eine mittlere Position ein. Innerhalb dieser Ländergruppe gibt es allerdings erhebliche Unterschiede.

In kontinentaleuropäischen Ländern mit konservativen Wohlfahrtsmodellen war im Jahr 2010 nicht nur der Anteil der von Armutsrisiko betroffenen Kinder, sondern auch die Intensität der Armutsgefährdung – gemessen am relativen Medianwert der Armutsgefährdungslücke, der als Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle ausgedrückt wird – mit 17,9% niedriger als in Südeuropa (30,6%) und den liberalen Wohlfahrtsstaaten (16,5%). Im bevölkerungsgewichteten Durchschnitt war die Armutslücke hier beinahe gleich den nordeuropäischen Wohlfahrtsmodellen (16,3%). Auch im Hinblick auf diesen Indikator ist jedoch die Situation von Kindern im Allgemeinen und in Kontinentaleuropa im Speziellen sehr heterogen. Während in Belgien und Österreich die Armutslücke ein beinahe so hohes Niveau erreichte wie die Zentral- und Osteuropäischen Länder (23,9%), verzeichneten Frankreich (17,2%) und Deutschland (17,8%) ähnliche Werte wie Nordeuropa.

In den nordeuropäischen Wohlfahrtsmodellen mit ihrer hohen Umverteilungsfunktion ist die materielle Absicherung der Kinder gegeben, während in den mediterranen Ländern das Absicherungsniveau geringer ausfällt. In den konservativen Wohlfahrtsmodellen in Kontinentaleuropa erscheinen die materiellen Lebensbedingungen von Kindern günstiger als in den mediterranen Wohlfahrtsstaaten und dem Vereinigten Königreich. Sie weisen ähnliche Niveaus der Armutsgefährdungslücke auf wie die nordischen Länder, liegen jedoch hinsichtlich des Anteils der armutsgefährdeten Kinder hinter Dänemark, Finnland, Niederlande und Schweden zurück. Österreich hatte im Jahr 2010 die niedrigste Armutsgefährdungsquote innerhalb der kontinentaleuropäischen Länder, die Armutsgefährdungslücke hingegen lag höher als in den liberalen Wohlfahrtsmodellen. Werden die Werte aus den nordeuropäischen Ländern als Maßstab herangezogen, besteht in allen europäischen Ländern Handlungsbedarf, um die Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen langfristig zu verbessern.

Insgesamt sind Ein-Eltern-Haushalte mit einer größeren Wahrscheinlichkeit armutsgefährdet als Haushalte mit zwei Erwachsenen und Kindern. Mit zunehmender Kinderzahl erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, von Armut betroffen zu sein. Kinderanzahl, Größe des Haushalts und das Ausmaß der Arbeitsmarktintegration der erwachsenen Haushaltmitglieder entscheiden über das materielle Wohl der Kinder. Haushalte mit Kindern haben ein höheres Armutsrisiko, vor allem in den mediterranen aber auch Zentral- und Osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten, wo große Familien noch eine bedeutende Rolle einnehmen. Ein-Eltern-Haushalte in Spanien, Malta aber auch Luxemburg sind besonders armutsgefährdet. Am niedrigsten war der Anteil

armutsgefährdeter Haushalte (im gewichteten Durchschnitt) nicht nur allgemein, sondern speziell auch unter großen Familien und Ein-Eltern-Haushalten in den Nordischen Ländern (siehe Übersicht 1). Die Erwerbsbeteiligung von zumindest einem Erwachsenen im Haushalt verringert die Armutsgefährdungsquoten deutlich; ein Zusammenhang der in allen Europäischen Ländern beobachtbar ist. Die Armutsgefährdung ist für Erwerbslosenhaushalte deutlich höher als für Familien, in denen zumindest ein Elternteil beschäftigt ist.

Die konservativen Wohlfahrtsstaatsmodelle haben die höchste Armutsgefährdungsquote von Kindern unter 18 Jahren, die in Erwerbslosen-Haushalten leben. Hier sticht Deutschland hervor, die Armutsgefährdung liegt hier bei knapp 81%, ein Wert der in Schweden noch höher liegt. Die mediterranen Länder und Zentral- und Osteuropa schneiden hier im Schnitt besser ab als Kontinentaleuropa. Insgesamt variieren die Armutsgefährdungsquoten von Kindern in Erwerbslosen-Haushalten noch stärker innerhalb als zwischen den Wohlfahrtsregimes. Mit Armut trotz Erwerbstätigkeit im Haushalt (*working poor*) sind Kinder wiederum am seltensten in den Nordischen Ländern (14,9%), am häufigsten in den mediterranen Wohlfahrtsstaaten konfrontiert (29,2%).

In Eppel – Leoni (2011) wird das materielle Wohlergehen der Kinder im Jahr 2008 analysiert. Der Vergleich mit den jüngsten Daten aus dem Jahr 2010 zeigt eine Zunahme der Armutsgefährdungsquote sowohl der Kinder unter 18 Jahren als auch der Haushalte mit Kindern in den vergangenen zwei Jahren. Die relative Armutsgefährdungslücke der Kinder unter 18 Jahren erhöhte sich in der EU-27 laut Eurostat um 1,7 Prozentpunkte auf 23,9%. Die gleiche Steigerungsdynamik gab es auch in der Armutsgefährdungsquote der Ein-Eltern-Haushalte, sie lag bei 36,9% im Durchschnitt der Europäischen Union, zwei Jahre früher lag der Wert bei 35,2%.

Eine steigende Armutsgefährdung in diesem Zwei-Jahres-Vergleich zeigen diese Daten vor allem in den konservativen Wohlfahrtsstaaten Kontinentaleuropas. In Ein-Eltern-Haushalten erhöhte sich die Armutsgefährdungsquote von 32% auf 39%. Die Entwicklung in dieser Ländergruppe war uneinheitlich: Nur in Österreich waren die Armutsgefährdungsquoten im Zusammenhang mit Kindern leicht rückläufig, in den vier anderen Ländern nahm sie zu. In den bevölkerungsreichsten Ländern der Gruppe stieg die Armutsgefährdung in Ein-Eltern-Haushalten in Deutschland um +7,1 Prozentpunkte auf 43% und in Frankreich um +6,4 Prozentpunkte auf 35,7% an.

Die Armutsgefährdung von Ein-Eltern-Haushalten nahm in den nordeuropäischen Ländern ebenso zu (+4,4 Prozentpunkte) wie in den mediterranen Ländern (+3,7 Prozentpunkte). In der letztgenannten Gruppe erhöhte sich auch die relative Armutsgefährdungslücke stärker als in den anderen Ländergruppen. Die Zunahme war hier von Spanien geprägt, der Anstieg der Lücke betrug beinahe 10 Prozentpunkte und lag 2010 bei 35%, einem Wert der innerhalb der Europäischen Union nur noch von Bulgarien, Litauen und Rumänien übertroffen wird.

Übersicht 1: Materielles Wohlergehen von Kindern unter 18 Jahren, 2010

	Kinder (unter 18 Jahren)					Haushalte mit Kindern		
	Armutsgefährdungsquote ¹⁾					Armutsgefährdungsquote ¹⁾		
	Gesamt	Erwerbslosenhaushalte ³⁾	Erwerbstätigenhaushalte ⁴⁾	Relative Armutsgefährdungslücke ²⁾	Rate der materiellen Deprivation ⁵⁾	Gesamt	Ein-Elternhaushalte	Große Familien ⁶⁾
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle								
Dänemark	10,9	51,7	11,6	19,6	6,7	9,5	20,0	11,1
Niederlande	13,7	51,7	19,6	14,7	8,3	11,0	29,1	16,6
Finnland	11,4	70,6	7,9	11,4	9,1	10,2	22,0	11,8
Schweden	13,1	83,8	12,7	20,0	4,5	11,3	33,1	12,3
Ø	12,8	62,7	14,9	16,3	7,2	10,7	27,7	14,0
Konservative Wohlfahrtsmodelle								
Belgien	18,3	78,4	18,6	20,8	15,5	15,2	35,3	16,5
Deutschland	17,5	80,7	15,5	17,8	12,5	14,6	43,0	21,6
Frankreich	18,4	72,5	22,1	17,2	15,7	15,9	35,7	21,1
Luxemburg	21,4	67,7	24,7	18,6	5,0	19,1	46,4	23,9
Österreich	14,3	60,0	12,8	20,2	13,3	12,1	28,2	17,9
Ø	17,7	76,3	18,1	17,9	13,9	15,0	39,0	20,9
Liberale Wohlfahrtsmodelle								
Irland	18,8	50,3	8,9	14,7	22,6	15,5	40,4	18,0
Vereinigtes Königreich	20,3	53,2	20,3	16,6	19,7	18,2	36,4	27,4
Ø	20,2	53,0	19,5	16,5	19,9	18,0	36,7	26,8
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle								
Griechenland	23,0	45,5	30,1	26,0	25,3	22,9	33,4	26,7
Spanien	26,2	70,3	29,5	35,1	16,6	23,8	45,5	44,2
Italien	24,7	80,9	29,8	29,0	18,5	22,6	37,3	37,2
Portugal	22,4	81,9	23,1	24,8	27,5	19,1	37,0	33,2
Ø	24,9	74,1	29,2	30,6	19,1	22,8	39,9	38,5
Zentral- und osteuropäische Wohlfahrtsmodelle								
Bulgarien	26,8	90,3	18,7	36,5	55,7	21,7	42,3	65,2
Tschechische Republik	14,3	84,0	11,5	25,5	18,9	11,4	37,7	20,9
Estland	17,3	83,1	11,8	28,1	24,6	15,7	36,4	18,3
Zypern	12,0	72,0	21,4	16,4	19,2	10,7	37,1	22,2
Lettland	26,6	80,9	22,1	32,4	48,5	22,7	41,3	38,8
Litauen	23,3	72,6	30,2	35,5	35,2	21,4	44,4	23,4
Ungarn	20,3	69,3	13,1	16,5	47,4	16,6	28,1	27,8
Malta	20,4	79,6	18,9	14,9	17,6	18,0	57,4	31,7
Polen	22,5	56,1	26,0	24,2	29,2	19,9	34,2	32,8
Rumänien	31,3	59,3	37,0	35,4	57,4	25,3	31,9	60,4
Slowenien	12,6	93,2	22,7	20,6	13,0	10,5	31,4	13,6
Slowakei	18,8	86,1	15,9	33,8	28,9	15,0	25,0	29,8
Ø	23,2	67,4	24,2	27,8	37,9	19,5	34,2	38,3
EU-27	20,6	66,7	22,6	23,9	20,3	18,3	36,9	26,0

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Armutsgefährdungsquote: Anteil der Personen mit einem verfügbaren äquivalisiertem Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle (Grenze: 60% des medianen Äquivalenzeinkommens nach Sozialleistungen). – ²⁾ Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke: Prozentuale Differenz zwischen dem Mittelwert des Nettoäquivalenzeinkommens der Personen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze und der Armutsgefährdungsgrenze. – ³⁾ Erwerbslosenhaushalte: Haushalte mit Arbeitsintensitäten = 0. – ⁴⁾ Erwerbstätigenhaushalte: Haushalte mit Arbeitsintensitäten zwischen 0,5 und 1. – ⁵⁾ Quote der materiellen Deprivation (Entbehrung): Die Quote wird definiert als unfreiwilliger Mangel von mindestens drei von neun materiellen Kategorien. – ⁶⁾ Große Familien: 2 Erwachsene mit 3 oder mehr Kindern. – ⁷⁾ Irland und Zypern: Werte aus dem Jahr 2009. – ⁸⁾ Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

2.2 Nichtmonetäre Indikatoren

2.2.1 Bildung von Kindern und Jugendlichen

Veränderungen der Arbeitskräftenachfrage betreffen nicht nur die formalen Qualifikationsanforderungen sondern auch die Geschwindigkeit mit der sich die Qualifikationsprofile verändern (Bock-Schappelwein – Falk, 2009). Formale Bildungsabschlüsse spielen beim Zugang zum und der Integration am Arbeitsmarkt eine immer entscheidendere Rolle. Sowohl die Arbeitslosigkeitsgefährdung als auch die Einkommensarmutsgefährdung ist bei Beschäftigten mit einem geringen Bildungsniveau höher als bei Beschäftigten mit hohem Bildungsniveau.

Schul- und Ausbildungsabschlüsse stellen in jungen Jahren bereits die Weichen für die spätere Arbeitsmarktintegration und die Armutsgefährdung im Laufe des Erwerbslebens. Frühzeitige Schul- und AusbildungsabgängerInnen, d.h. 18- bis 24-Jährige, die höchstens die untere Sekundarstufe durchlaufen und keine weitere allgemeine oder berufliche Bildung haben, sehen sich einem erhöhten Armutsrisiko gegenüber (Eurostat, 2010).

Der Anteil jener Jugendlichen, die höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben (untere Sekundarstufe⁸⁾), liegt im Europäischen Durchschnitt knapp unter einem Drittel in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen. In den liberalen Wohlfahrtsmodellen Irland und UK bewegt sich der Anteil mit 20,6% um 10 Prozentpunkte unter dem Durchschnittswert, auch in den Zentral- und Osteuropäischen Wohlfahrtsmodellen liegt er mit 27,7% unter dem Durchschnitt. Auf der anderen Seite ist dieser Anteil in den mediterranen Wohlfahrtsmodellen mit 38,4% überdurchschnittlich hoch.

Der Anteil der Jugendlichen, die frühzeitig Schul- und Ausbildungswege abbrechen, ist in dieser Ländergruppe ebenfalls überdurchschnittlich, wenngleich auch innerhalb der Gruppe in Griechenland (13,7%) und Italien (18,8%) deutlich geringer als in Spanien (28,4%) und Portugal (28,7%). Die geringsten Anteile der frühen SchulabgängerInnen sind in Nordeuropa (mit einem bevölkerungsgewichteten Durchschnitt von 10,1%) aber auch in Zentral- und Osteuropa (9,7%) zu finden. Kontinentaleuropa liegt mit 12% unter dem EU-27 Durchschnitt, in Österreich liegt der Wert bei 8,3%.

Hinsichtlich der Schulleistungen der PISA-Studie aus dem Jahr 2009 hat – wie oftmals in der medialen Öffentlichkeit dargestellt – Finnland mit den besten und Rumänien mit den schlechtesten Ergebnissen abgeschlossen. Bei der gemeinsamen Betrachtung der von PISA 2009 gemessenen Mathematik-, Lese- und Naturwissenschaftskompetenzen, erreichen die nordischen Länder den ersten, die kontinentaleuropäischen Länder den zweiten die liberalen Länder Irland und UK den dritten, die mediterranen Länder den vierten und die Zentral- und Osteuropäischen Länder den letzten Rang. Wiederum nimmt hier in allen drei Bereichen Finnland den Rang 1 ein. In den konservativen Wohlfahrtsmodellen stellen Österreich und

⁸⁾ Die Klassifizierung und Charakterisierung von Schultypen (International Standard Classification of Education, kurz ISCED) definiert die Sekundarstufe I als Ausbildung bis zum Pflichtschulabschluss.

Luxemburg mit den Lese- und Naturwissenschaftskompetenzen die Ausreißer nach unten dar: Österreich findet sich hier unter den 25 Ländern mit PISA-Ergebnissen nur im untersten Drittel.

Im Kontrast zu den Nordischen Ländern bilden sowohl bei Bildungsbeteiligung, als auch den schulischen Leistungen die Südeuropäischen sowie die Zentral- und Osteuropäischen Länder das untere Ende des Spektrums. Ausnahmen bilden die Estland, Slowenien und Polen, ihre PISA-Ergebnisse sind im besten Drittel aller Länder angesiedelt.

In den Südeuropäischen Ländern ist der Anteil der jungen Menschen mit niedriger Ausbildung vergleichsweise gering, die PISA-Ergebnisse in Mathematik und Naturwissenschaften waren sogar überdurchschnittlich, doch hat ein hoher Anteil der SchülerInnen ernsthafte Schwierigkeiten, geschriebene Texte in Aussage, Absicht und Form zu verstehen und in größere Zusammenhänge einzuordnen: In den Ländern Zentral- und Osteuropas waren es 24,3% und in den Mediterranen Wohlfahrtsmodellen waren es 20,2%.

Die Vergleiche der erreichten Punkte der PISA-Studie beruhen auf Vergleiche der Mittelwerte, die von der jeweiligen Streuung maßgeblich bestimmt sind. Genauere Analysen unterstreichen die Bestnote von Finnland: Gemäß Berechnungen von *Esping-Andersen* (2008) auf der Basis von PISA-Daten erreicht Finnland nicht nur die besten Mittelwerte, sondern auch eine vergleichsweise geringe Polarisierung in den Testergebnissen nach Qualifikationsniveau. In allen betrachteten Nordischen Ländern ist zudem der negative Einfluss eines Migrationshintergrunds auf die Testergebnisse deutlich moderater im Vergleich zu den Kontinentaleuropäischen Ländern (OECD, 2006).

Übersicht 2: Indikatoren zu den Bildungserfolgen von Kindern und Jugendlichen

	Anteil der Jungen (18-24 Jahre) mit niedriger Ausbildung ¹⁾	Anteil der frühen Schul- und AusbildungsabgängerInnen ²⁾	Anteil der 15-jährigen SchülerInnen mit geringer Lesekompetenz	PISA, Mathematik	PISA, Lesen	PISA, Naturwissenschaften
	2010 In %	2010 In %	2009 In %	2009 Punkte	2009 Punkte	2009 Punkte
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle						
Dänemark	46,4	10,7	15,2	503	495	499
Niederlande	32,0	10,1	14,3	526	508	522
Finnland	31,6	10,3	8,1	541	536	554
Schweden	34,5	9,7	17,4	494	497	495
Ø	34,8	10,1	14,3	516	508	516
Konservative Wohlfahrtsmodelle						
Belgien	25,6	11,9	17,7	515	506	507
Deutschland	41,0	11,9	18,5	513	497	520
Frankreich	22,2	12,6	19,8	497	496	498
Luxemburg	43,5	7,1	26,0	489	472	484
Österreich	27,3	8,3	27,6	496	470	494
Ø	32,1	12,0	19,4	506	496	510
Liberale Wohlfahrtsmodelle						
Irland	20,3	10,5	17,2	487	496	508
Vereinigtes Königreich	20,6	14,9	18,4	492	494	514
Ø	20,6	14,6	18,3	492	494	513
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle						
Griechenland	21,2	13,7	21,3	466	483	470
Spanien	43,9	28,4	19,6	483	481	488
Italien	35,7	18,8	21,0	483	486	489
Portugal	47,6	28,7	17,6	487	489	493
Ø	38,4	22,6	20,2	482	484	487
Zentral- und osteuropäische Wohlfahrtsmodelle						
Bulgarien	29,5	13,9	41,0	428	429	439
Tschechische Republik	24,6	4,9	23,1	493	478	500
Estland	30,5	11,6	13,3	512	501	528
Zypern	17,0	12,6
Lettland	32,6	13,3	17,6	482	484	494
Litauen	28,5	8,1	24,4	477	468	491
Ungarn	31,4	10,5	17,6	490	494	503
Malta	51,5	36,9
Polen	25,0	5,4	15,0	495	500	508
Rumänien	32,1	18,4	40,4	427	424	428
Slowenien	22,2	5,0	21,2	501	483	512
Slowakei	23,9	4,7	22,2	497	477	490
Ø	27,7	9,7	24,3	474	473	483
EU-27	31,0	14,1	19,6	.	.	.

Q: Eurostat, OECD PISA 2009, WIFO-Berechnungen. – 1) Niedrige Ausbildung: ISCED 0-2 (Vorprimarstufe, Primarstufe, Sekundarstufe I). – 2) Der Indikator bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren. – 3) . bedeutet keine Werte verfügbar. – 4) Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

2.2.2 Wohnverhältnisse von Kindern

Die Wohnsituation steht in einem direkten Zusammenhang mit der Erwerbseinkommenssituation der Haushalte. In Österreich blieb der Bevölkerungsanteil in prekären Wohnverhältnissen relativ konstant bei 4% der Bevölkerung und wird nur langsam durch Wohnungssanierungen im städtischen Bereich verringert (BMASK, 2011). Die materielle Deprivationsquote nimmt mit steigendem Einkommen ab, kann aber durch Unterschiede in den Lebenshaltungs- bzw. Wohnkosten überlagert werden. Für Österreich konstatieren *Till-Tentschert et al.* (2011) eine wachsende Polarisierung wohnungsbezogener Problemlagen: Armutsgefährdete hatten bei den Indikatoren für Überbelag, Wohnungsqualität und Wohnkostenanteil einen drei- bis fünfmal so hohen Anteil an Betroffenen wie Personen über der Armutsgefährdungsschwelle. In Österreich lebten 2010 6% der Personen in Mehrpersonenhaushalten (nur für diese Haushaltstypen wird der Indikator Überbelag⁹ berechnet) in einer überbelegten Wohnung. Bei Armutsgefährdeten beträgt die Quote 22%, bei nicht armutsgefährdeten Haushalten 5%. Insgesamt zeigt sich auch, dass über alle Einkommensgruppen Menschen mit schlechtem Gesundheitszustand insgesamt häufiger von Deprivation betroffen sind (BMASK, 2011). Die Wohn- und Gesundheitssituation bilden somit einen engen Zusammenhang. Die Überbelegungsquote ist generell leicht rückläufig. Vor allem bei den Armutsgefährdeten ist seit 2008 ein Rückgang zu bemerken (2008: 28%). Davor hatte sich die Überbelegungsquote der Armutsgefährdeten allerdings deutlich erhöht, und erst im Krisenjahr 2009 kam es für Armutsgefährdete zu einer gewissen Entspannung der Belagssituation. Für Nichtarmutsgefährdete ist die Überbelegungsquote im gesamten Berichtszeitraum kontinuierlich gesunken.

Bei den Wohnverhältnissen von Kindern unter 18 Jahren zeigt sich, dass im Jahr 2010 Kinder in den nordischen Wohlfahrtsstaaten am seltensten und in den mediterranen bzw. zentral- und osteuropäischen Wohlfahrtsmodellen am häufigsten von schlechten Wohnverhältnissen betroffen waren. Innerhalb der Ländergruppen sind die Indikatoren heterogen. Beispielsweise sind in Schweden 12,3% der Kinder unter 18 Jahren von einer Überbelegungsquote betroffen, ein Wert, der in Belgien, aber auch Irland, Spanien und Malta unterschritten wird. In den Niederlanden ist ein geringerer Anteil der Kinder von schlechten Wohnverhältnissen betroffen als im Durchschnitt der Nordischen Wohlfahrtsmodelle, in Österreich ist ein relativ hoher Anteil von 19,7% aller Kinder unter 18 Jahren von Überbelegung betroffen und 7,0% der Kinder waren hierzulande mit schwerer wohnungsbezogener Entbehrung konfrontiert.

⁹ Definition Überbelag: Wohnfläche weniger als 16m² bzw. im Mittel weniger als 8m² pro Wohnraum pro Person (ohne Küche), oder Verhältnis Personenzahl im Haushalt und Räume: z.B: 1 Raum für 2 Personen.

Übersicht 3: Indikatoren zu Wohnverhältnissen von Kindern, 2010

	Insgesamt	Überbelegungsquote ¹⁾		Schwere wohnungsbezogene Entbehrung ²⁾
		Unter 60% des medianen Äquivalenzeinkommens	Über 60% des medianen Äquivalenzeinkommens	
	2010	2010	2010	2010
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle				
Dänemark	9,9	24,0	8,2	1,9
Niederlande	1,9	0,8	2,1	0,6
Finnland	5,1	18,2	3,4	0,9
Schweden	12,3	37,2	8,5	2,0
Ø	6,2	16,2	4,9	1,2
Konservative Wohlfahrtsmodelle				
Belgien	6,9	20,5	3,9	3,5
Deutschland	10,2	23,0	7,4	3,6
Frankreich	13,2	28,0	9,8	4,4
Luxemburg	10,7	24,5	6,9	3,1
Österreich	19,7	45,3	15,4	7,0
Ø	11,6	25,9	8,5	4,1
Liberale Wohlfahrtsmodelle				
Irland	5,3	14,0	3,3	1,9
Vereinigtes Königreich	13,0	23,2	10,5	4,8
Ø	12,5	22,6	10,0	4,6
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle				
Griechenland	29,0	46,7	23,7	7,9
Spanien	5,2	10,5	3,4	2,2
Italien	35,2	49,7	30,4	10,3
Portugal	21,4	38,6	16,4	8,0
Ø	22,7	34,4	18,9	7,0
Zentral- und osteuropäische Wohlfahrtsmodelle				
Bulgarien	63,2	80,0	57,1	23,8
Tschechische Republik	34,4	59,6	30,2	7,1
Estland	53,9	69,6	50,6	16,8
Zypern	0,9	3,2	0,6	0,4
Lettland	71,7	84,9	66,9	29,4
Litauen	62,3	66,7	61,0	17,5
Ungarn	66,5	85,1	61,7	27,4
Malta	5,5	7,6	4,9	1,8
Polen	60,6	76,9	55,8	17,3
Rumänien	70,0	79,8	65,5	41,1
Slowenien	44,3	66,2	41,2	19,5
Slowakei	53,2	74,7	48,3	6,8
Ø	59,5	75,3	54,9	22,3
EU-27	23,9	39,1	20,0	8,4

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – 1) Überbelegungsquote: Prozentsatz der Kinder unter 18 Jahren, die in einem überfüllten Haushalt leben (in % der Bevölkerung). Irland, Zypern: 2009er Werte. – 2) Quote schwerer wohnungsbezogener Entbehrung: Anteil der Kinder unter 18 Jahren in einem überfüllten Haushalt und mit mind. einer Form der wohnungsbezogenen Entbehrung. Irland, Zypern: 2009er Werte.

2.2.3 *Gesundheit von Kindern und Jugendlichen*

Die verwendeten Gesundheitsindikatoren für die Kinder und Jugendlichen in Europa zeigen ein leichtes Nord-Südgefälle, wenngleich die Heterogenität innerhalb der Ländergruppen stark ausgeprägt ist. Die zu erwartenden gesunden Lebensjahre zum Zeitpunkt der Geburt sind in den liberalen Wohlfahrtsmodellen Irland und UK laut Eurostat mit 64,9 Jahren bei Männern und 66,2 Jahren bei Frauen am höchsten. Über dem EU-27 Durchschnitt bewegen sich sowohl die nordeuropäischen, aber auch die mediterranen Länder. Auch die Ländergruppe der kontinentalen Wohlfahrtsstaaten erreicht hier nicht den europäischen Durchschnitt, besonders in Deutschland (Männer -4,2 bzw. Frauen -3,9 gesunde Lebensjahre) und Österreich (Männer -1,7 bzw. Frauen -1,0 gesunde Lebensjahre) liegen die zu erwartenden gesunden Lebensjahre unter dem Durchschnitt der Europäischen Union.

Österreich schneidet hinsichtlich der Gesundheit von Kindern gegenüber den anderen Kontinentaleuropäischen Ländern schlecht ab. Neben der unterdurchschnittlichen Zahl an gesunden Lebensjahren liegt auch die Säuglingssterblichkeit (3,9%) und der Anteil der Neugeburten mit Niedriggewicht (7,1%) über dem Durchschnitt Kontinentaleuropas. Der Anteil der Übergewichtigen unter 15-jährigen Buben (19,0%) wie auch der Anteil der 15-jährigen Mädchen und Buben mit regelmäßigen Tabak- und Alkoholkonsum war deutlich höher als in den restlichen Kontinentaleuropäischen Ländern.

Übersicht 4: Gesundheitsindikatoren von Kindern und Jugendlichen

	Gesunde Lebensjahre bei der Geburt		Säuglingssterblichkeit	Niedriges Geburtsgewicht	Rate der übergewichtigen 15-Jährigen		Anteil der 15-Jährigen mit regelmäßigem Tabakkonsum		Anteil der 15-Jährigen mit wiederholter Trunkenheit	
	Männer	Frauen			Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	2009		2010	2008	2006		2005/06		2005/06	
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle										
Dänemark	61,8	60,4	3,4	5,8	13,0	9,0	15,0	15,0	59,0	56,0
Niederlande	61,4	59,8	3,8	6,2	10,0	10,0	16,0	21,0	30,0	21,0
Finnland	58,1	58,4	2,3	4,1	19,0	12,0	23,0	21,0	47,0	44,0
Schweden	70,5	69,5	2,5	4,1	15,0	9,0	8,0	9,0	26,0	26,0
Ø	63,3	62,2	3,2	5,3	13,0	9,9	14,8	17,0	35,9	30,9
Konservative Wohlfahrtsmodelle										
Belgien	63,7	63,5	3,5	7,6	12,6	9,6	16,4	17,0	32,2	22,2
Deutschland	56,7	57,7	3,4	6,8	16,0	11,0	17,0	22,0	31,0	28,0
Frankreich	62,5	63,2	3,9	6,8	14,0	8,0	17,0	21,0	29,0	18,0
Luxemburg	65,1	65,7	3,4	4,6	16,0	9,0	17,0	21,0	27,0	20,0
Österreich	59,2	60,6	3,9	7,1	19,0	9,0	24,0	30,0	41,0	36,0
Ø	59,5	60,4	3,6	6,9	15,2	9,7	17,3	21,7	30,8	24,2
Liberale Wohlfahrtsmodelle										
Irland	63,7	65,2	3,8	5,3	15,0	10,0	19,0	20,0	36,0	31,0
Vereinigtes Königreich	65,0	66,3	4,3	7,1	13,8	9,1	13,0	18,7	44,3	50,0
Ø	64,9	66,2	4,3	7,0	13,9	9,2	13,4	18,8	43,7	48,7
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle										
Griechenland	60,2	60,9	2,8	8,4	25,0	11,0	17,0	16,0	21,0	17,0
Spanien	62,6	61,9	3,2	7,6	19,0	11,0	14,0	20,0	29,0	33,0
Italien	62,4	61,2	3,4	6,7	23,0	10,0	20,0	20,0	22,0	18,0
Portugal	58,0	55,9	2,4	7,7	22,0	13,0	9,0	12,0	25,0	18,0
Ø	61,9	61,0	3,2	7,3	21,6	10,7	16,7	19,0	24,7	23,3
Zentral- und osteuropäische Wohlfahrtsmodelle										
Bulgarien	61,9	65,6	9,4	8,9	18,0	6,0	28,0	36,0	51,0	42,0
Tschechische Republik	60,9	62,5	2,7	7,3	14,0	9,0	20,0	23,0	36,0	30,0
Estland	54,8	59,0	3,3	4,6	11,0	5,0	27,0	19,0	57,0	42,0
Zypern	65,1	65,8	3,3
Lettland	52,6	55,8	5,7	4,6	8,0	6,0	30,0	23,0	50,0	39,0
Litauen	57,0	60,9	4,3	4,6	8,0	4,0	26,0	18,0	57,0	50,0
Ungarn	55,7	58,0	5,3	8,3	17,0	11,0	22,0	21,0	40,0	32,0
Malta	69,1	70,6	5,5	6,7	32,0	28,0	19,0	24,0	18,0	15,0
Polen	58,1	62,1	5,0	5,7	12,0	6,0	19,0	14,0	42,0	27,0
Rumänien	59,5	61,4	9,8	8,1	10,0	4,0	20,0	12,0	45,0	19,0
Slowenien	60,6	61,5	2,5	6,3	20,0	10,0	20,0	16,0	43,0	27,0
Slowakei	52,1	52,3	5,7	7,3	11,0	4,0	18,0	15,0	39,0	31,0
Ø	58,4	61,2	6,1	6,9	12,7	6,4	20,8	17,4	43,1	28,6
EU-27	60,9	61,6	4,3

Q: Eurostat, OECD, WIFO-Berechnungen. – 1) Gesunde Lebensjahre: Zahl der Jahre, die eine Person zum Zeitpunkt ihrer Geburt erwartungsgemäß in guter gesundheitlicher Verfassung leben wird. Vereinigtes Königreich, Italien: 2008er Werte. – 2) Säuglingssterblichkeit (je 1.000 Lebendgeburten): Verhältnis der Zahl der Todesfälle bei Kindern unter einem Jahr während eines Jahres zur Zahl der Lebendgeburten im selben Jahr. Frankreich, Zypern, EU-27: 2009er Werte. – OECD Family Database: 3) Niedriges Geburtsgewicht: Anteil der Neugeborenen mit einem Gewicht von unter 2.500 Gramm. Belgien, Niederlande, Schweden: Werte aus dem Jahr 2007. Rumänien, Malta, Italien, Lettland, Litauen: Werte aus dem Jahr 2006. Frankreich, Luxemburg: Werte aus dem Jahr 2004. – 4) Rate der übergewichtigen 15-Jährigen: Body Mass Index (BM) größer oder gleich 25. – 5) Regelmäßiger Tabakkonsum: Anteil der 15-Jährigen, die mind. 1-mal die Woche rauchen. – 6) Wiederholte Trunkenheit: Anteil der 15-Jährigen, die mindestens 2-mal in ihrem Leben betrunken waren. – 7) . bedeutet keine Werte verfügbar. – 8) Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

3. Neue soziale Risiken beim Erwerbseinstieg (Übergang Ausbildung – Arbeitsmarkt)

Formale Bildungsabschlüsse bilden den Grundstein für weiterführende Bildungsphasen und sind ein wichtiger Bestimmungsfaktor für den Einstieg von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt und für die anschließende Arbeitsmarktintegration. Gerade in Zeiten steigender Anforderungen der Unternehmen an die Qualifikationen der Arbeitskräfte, die aus Internationalisierung und technologischem Wandel resultieren, wird die schulische Vorbildung als Brückeninstrument in den Arbeitsmarkt zunehmend wichtiger. Allerdings gerät die für Österreich quantitativ bedeutende Lehrausbildung¹⁰⁾ in ihrer Form als traditionelle, mittlere, berufsorientierte Ausbildungsschiene infolge des technologischen Wandels und der damit verbundenen höheren Qualifikationsanforderungen in ihrer Brückenfunktion zunehmend unter Druck, da mit den Umstrukturierungsprozessen am Arbeitsmarkt ausbildungsstarke Wirtschaftsbereiche wie der produzierende Sektor an Bedeutung verlieren.

Viele Unternehmen sehen sich aufgrund ihrer Spezialisierung und des zunehmenden Wettbewerbsdrucks immer weniger in der Lage, eine umfassende Ausbildung in einem Lehrberuf anzubieten (*Mühlemann – Wolter, 2007*) und leistungsschwache Jugendliche in das berufliche Ausbildungssystem zu integrieren¹¹⁾. Hinzu kommen fehlende Ausbildungsperspektiven für Lehrlinge in den expandierenden Bereichen und der verstärkte Trend zur berufsorientierten Höherqualifizierung und damit verbunden die zunehmende Konkurrenz zwischen den vollzeitschulischen und dualen BildungsanbieterInnen um begabte Jugendliche.

Aber nicht nur strukturelle und bildungsspezifische Faktoren beeinflussen den Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt, sondern auch die Ausgestaltung von Arbeitsbeziehungen und die konjunkturellen Lage (*Falk et al., 2000*). In Zeiten einer angespannten wirtschaftlichen Situation sinkt der Bedarf an Arbeitskräften, (Lehr-)stellen bleiben möglicherweise unbesetzt oder LehrabsolventInnen werden aufgrund von Personaleinsparungsmaßnahmen nach Ausbildungsabschluss nicht in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Außerdem verlieren Jugendliche im Konjunkturabschwung eher ihren Arbeitsplatz aufgrund einer kürzeren Betriebszugehörigkeit und vergleichsweise geringerem betriebsspezifischen

¹⁰⁾ Im Jahr 2008 begannen 40,5% der 15-jährigen Jugendlichen in Österreich eine Lehrausbildung. Damit stellt die Lehrausbildung österreichweit zwar weiterhin die quantitativ bedeutendste Ausbildungsschiene in der oberen Sekundarstufe dar, allerdings wurde im Burgenland, Kärnten, Niederösterreich und Wien die Lehrausbildung bereits in den neunziger Jahren von den berufsbildenden höheren Schulen als wichtige weiterführende Ausbildungsschiene abgelöst.

¹¹⁾ Den Berechnungen *Stöger – Winter-Ebmer (2001)* zufolge können Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur, den Branchen, Firmengröße und der regionalen Konzentration von Lehrbetrieben nur einen kleinen Teil des Rückgangs an Lehrplätzen erklären. Jedoch führen Spezialisierungen innerhalb der Branchen und Betriebe zu einer Verengung des Lehrstellenangebots.

Erfahrungswissen¹²⁾. Die daraus resultierende Jugendarbeitslosigkeit kann weitreichende Folgen haben, beginnend mit den Auswirkungen fehlender Berufserfahrung bzw. nicht angewandtem formalen Ausbildungswissens auf die weitere Stabilität der Arbeitsmarktintegration, wie auch empirische Untersuchungen belegen (*Falk et al.*, 2000), den Auswirkungen auf die soziale Integration bis hin zu Auswirkungen auf die finanzielle und gesundheitliche Situation (siehe beispielsweise *Schels* (2007) zu Jugendarbeitslosigkeit und psychisches Wohlbefinden oder *Rothe – Tinter* (2007) für einen allgemeinen Überblick zu den gesamtgesellschaftlichen und individuellen Auswirkungen von Jugendarbeitslosigkeit).

Vor diesem Hintergrund sollen in den folgenden Abschnitten die zunehmenden Probleme und Herausforderungen von Jugendlichen am Übergang aus dem Schulsystem in den Arbeitsmarkt quantitativ aufgezeigt werden, beginnend am Beispiel der Beschäftigungsquote als Indikator für das Ausmaß der Arbeitsmarktintegration. Daran anschließend wird die Arbeitslosigkeit unter Berücksichtigung verschiedener personenbezogener Merkmale analysiert, darauf folgend die Nichterwerbstätigkeit. Ebenso werden gesundheitliche Aspekte für junge Erwachsene, die gleichfalls die Arbeitsmarktintegration mitbestimmen, aufgezeigt.

3.1 Arbeitsmarktindikatoren

3.1.1 Beschäftigung

Anhand der aktuellsten Daten von Eurostat zeigt sich innerhalb der EU-27 eine rückläufige Zahl von jugendlichen Erwerbstätigen an der gleichaltrigen Bevölkerung (Beschäftigungsquote). Der Anteil der 15- bis 24-Jährigen, die erwerbstätig sind, belief sich im Jahr 2010 auf 34% und war damit um 3,3 Prozentpunkte niedriger als im Vorkrisenjahr 2007¹³⁾ (siehe Übersicht 5). Besonders betroffen waren junge Männer aufgrund ihrer stärkeren Konzentration auf die stark von der Krise betroffenen Branchen (Exportindustrie, Bauwesen etc.) (-4,2 Prozentpunkte auf 36,2% vs. -2,4 Prozentpunkte auf 31,8%), während in allen übrigen Altersgruppen der Rückgang weniger markant ausfiel.

Österreich weist ebenso, wie die Niederlande, Dänemark oder Deutschland, die ebenfalls über ein duales Ausbildungssystem verfügen, weiterhin eine überdurchschnittlich hohe Beschäftigungsintensität junger Menschen im EU-Vergleich auf. Im Jahr 2010 lag sie laut Eurostat in den Niederlanden, Dänemark und Österreich bei über 50%.

Die rückläufige Beschäftigungsquote ist allerdings nicht nur auf die fehlenden Arbeitsmarktperspektiven infolge der wirtschaftlichen Krise zurückzuführen, die auf zunehmende Einstiegsschwierigkeiten in den Arbeitsmarkt hindeuten, sondern auch einer

¹²⁾ In den letzten Jahren gab es bereits mehrere Arbeiten des WIFO zur Beschäftigungssituation von Jugendlichen (siehe z. B. *Biffi*, 1998, *Biffi*, 2004, *Biffi*, 2006) und Lehrlingen (siehe z. B. *Lutz et al.* (2006), *Biffi et al.*, 2008), auf internationaler Ebene siehe beispielsweise *OECD* (2008a).

¹³⁾ Der größte Rückgang in der Beschäftigungsquote junger Menschen fand auf EU-Ebene zum Krisenhöhepunkt im Jahr 2009 statt (um 2,3 Prozentpunkte). Auch in Österreich war die Beschäftigungsquote der Männer im Krisenjahr 2009 besonders stark rückläufig, allerdings von einem vergleichsweise hohen Niveau ausgehend.

längeren vollzeitschulischen Bildungsbeteiligung geschuldet, wenngleich oftmals auch eher unfreiwillig aufgrund fehlender Jobperspektiven infolge der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das Bildungssystem dient hiermit als Warteschleife bis sich die Arbeitsmarktlage wieder verbessert. Dies konnte in der Vergangenheit in den USA oder dem Vereinigten Königreich beobachtet werden (Shierholz – Edwards, 2011).

Übersicht 5: Beschäftigungsquoten nach Geschlecht und Alter, 2007 und 2010

	15-24 Jahre			25-64 Jahre		
	2007	2010	Veränderung 2007/2010	2007	2010	Veränderung 2007/2010
EU-27	In %	In %	In Prozent- punkten	In %	In %	In Prozent- punkten
Insgesamt	37,3	34,0	-3,3	71,6	70,6	-1,0
Männer	40,4	36,2	-4,2	79,9	77,5	-2,4
Frauen	34,2	31,8	-2,4	63,4	63,8	0,4

	15-24 Jahre			25-64 Jahre		
	2007	2010	Veränderung 2007/2010	2007	2010	Veränderung 2007/2010
Österreich	In %	In %	In Prozent- punkten	In %	In %	In Prozent- punkten
Insgesamt	55,5	53,6	-1,9	74,8	75,6	0,8
Männer	59,6	57,9	-1,7	82,5	81,2	-1,3
Frauen	51,5	49,4	-2,1	67,2	70,0	2,8

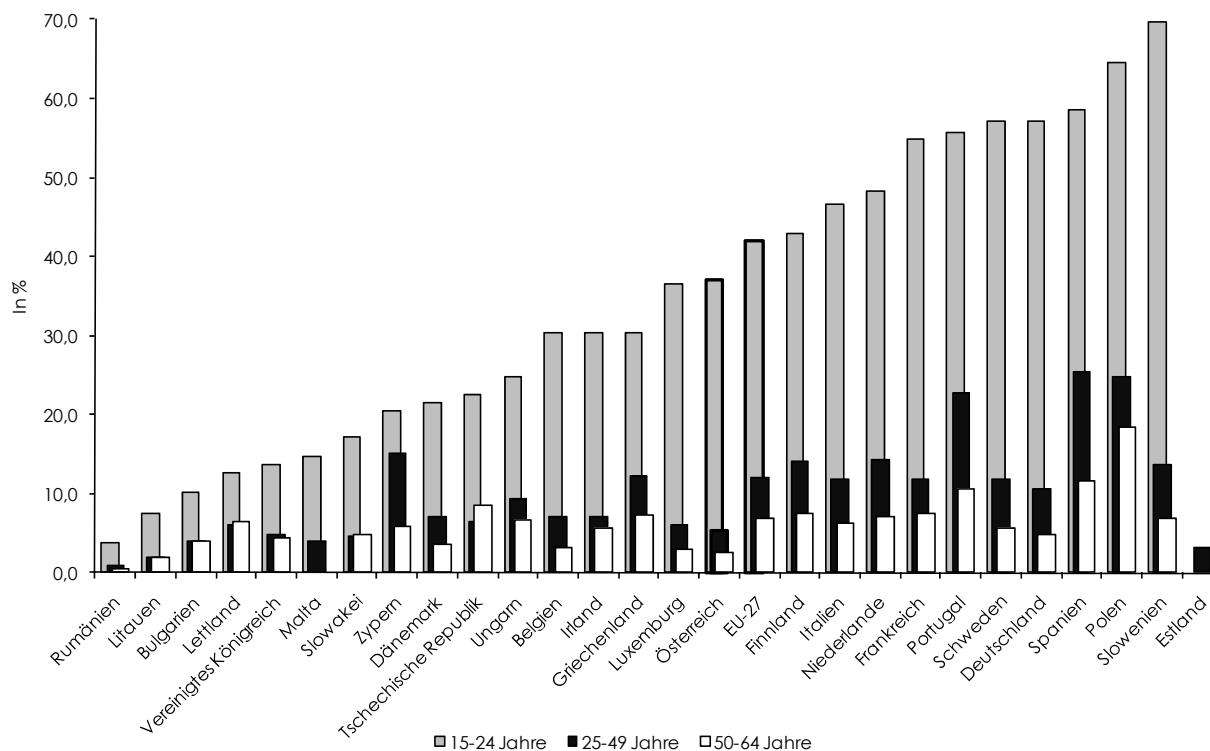
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Die Höhe der Beschäftigungsquote, die in ihrer Berechnung weder die Arbeitszeit (Teil-, Vollzeitbeschäftigung) noch die unterschiedlichen Beschäftigungsformen (voll sozialversicherungsrechtliche Beschäftigung, atypische Beschäftigung etc.) berücksichtigt und bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch ein Abbild des nationalen Bildungssystems darstellt, sagt allerdings noch nichts über die tatsächlichen Lebensbedingungen und Lebenschancen sowie Zugangsmechanismen zum Arbeitsmarkt aus. Dazu bedarf es zusätzlicher Informationen, wie sie beispielsweise die Daten zur befristeten Beschäftigung, zur Einkommenssituation oder Armutsgefährdung liefern können.

Bei der befristeten Beschäftigung ist besonders relevant, ob es sich hierbei um ein dauerhaftes oder eher vorübergehendes Phänomen („Brückenfunktion“) im Laufe der Erwerbskarriere, wie beispielsweise bei der dualen Ausbildung, handelt bzw. Ausdruck der Segmentierung des Arbeitsmarktes ist oder mit instabiler bzw. diskontinuierlicher Beschäftigung (Fink, 2000) und damit verbundener Einkommensproblematik einhergeht. Die Zahl junger Menschen mit befristetem Arbeitsvertrag liegt laut Eurostat im EU-Schnitt bei 42,1% (2010) und ist damit fast dreimal so hoch wie unter allen Arbeitskräften im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 bis 64 Jahren, insbesondere in Slowenien, Polen, Spanien, Deutschland, Schweden, Portugal und Frankreich mit Werten über 50%. Im Haupterwerbssalter sinkt der

Anteil der befristeten Beschäftigung dann deutlich, weniger in Spanien und Portugal, wo sich die Segmentierung des Arbeitsmarktes auch im Haupterbsalter stärker fortsetzt.

Abbildung 1: Anteil der jugendlichen Arbeitskräfte (15 bis 24 Jahre) mit befristetem Arbeitsvertrag, 2010

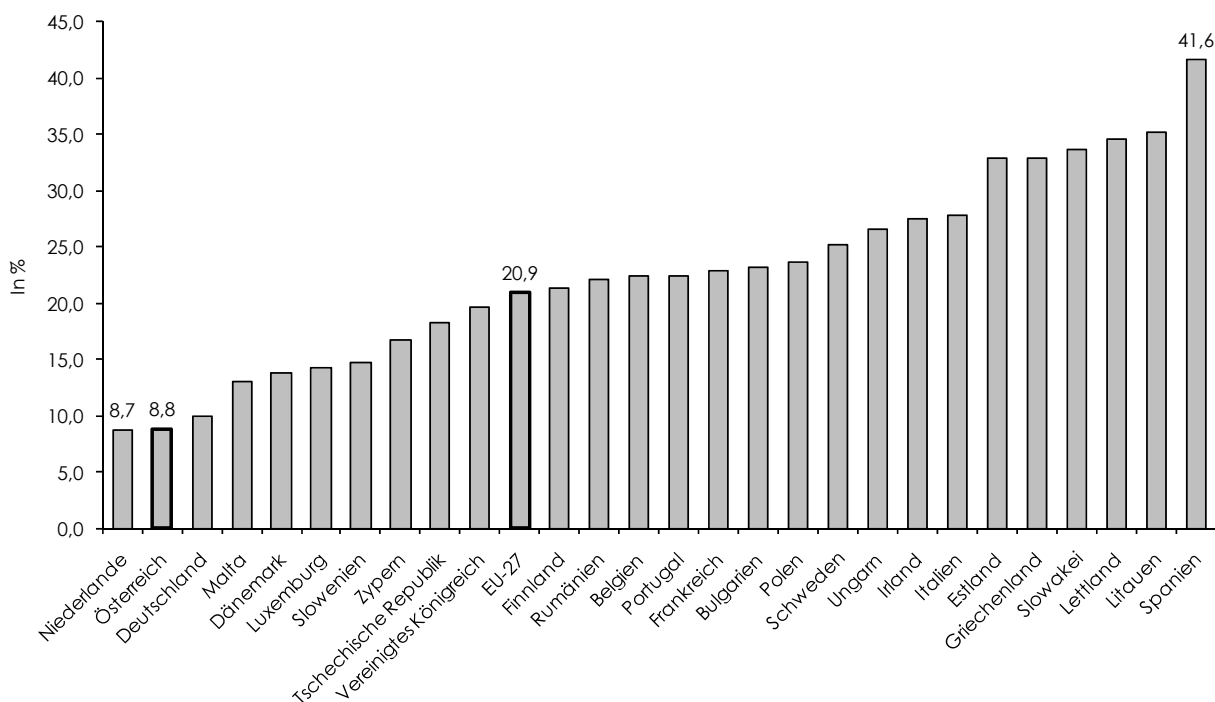


Q: Eurostat.

3.1.2 Arbeitslosigkeit

Abgesehen von der Beschäftigungssituation ist ein Blick auf die Arbeitslosigkeit unerlässlich, um Einblick in die Arbeitsmarktsituation sowie in die soziale Lage von Jugendlichen zu erhalten. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit wird wesentlich davon bestimmt, wie häufig einzelne Personen von Arbeitslosigkeit betroffen sind und wie lange die Arbeitslosigkeitsepisoden dauern. In Verbindung mit der Beschäftigung zeigt die Arbeitslosenquote an, wie viele arbeitslose Personen, gemessen am gesamten Arbeitskräfteangebot, aktiv eine Arbeit suchen. Staaten wie Österreich, die Niederlande, Dänemark oder Deutschland, mit einem dualen bzw. berufsorientierten Ausbildungssystem zeichnen sich durch eine vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit aus, da der Einstieg in den Arbeitsmarkt mit berufsorientierter Ausbildung leichter fällt. Österreich hat laut Eurostat mit 8,8% (2010) die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der EU, nach den Niederlanden, gefolgt von Deutschland (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Arbeitslosenquote (15-24 Jahre), 2010



Q: Eurostat. - Anm.: Die Arbeitslosenquote ist definiert als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen. Dabei werden die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde gelegt. Die Erwerbspersonen umfassen die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen. Arbeitslose im Alter von 15 bis 24 Jahren sind Personen zwischen 15 und 24 Jahren, die keinen Arbeitsplatz haben, aber während der letzten vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Arbeit aufnehmen könnten.

Anders als in den Staaten mit dualem Ausbildungssystem können die Übergangsphasen von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt in den südeuropäischen Ländern mit vollzeitschulischen, allgemeinen, d. h. nicht berufsspezifischen Ausbildungszweigen und den neuen Mitgliedsstaaten sehr langwierig sein, und somit haben junge Menschen dort mit sehr schweren Startbedingungen zu kämpfen. Spanien hat 2010 mit 41,6% die höchste Jugendarbeitslosenquote, gefolgt von Litauen, Lettland und der Slowakei.

Allerdings sinkt die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen mit zunehmenden Alter und Generierung von Erfahrungswissen (siehe Übersicht 6). Im Jahr 2010 lag laut Eurostat die Arbeitslosenquote der 15- bis 19-Jährigen in der EU-27 mit 26,1% weit über der Quote der 20- bis 24-Jährigen (19,2%) und der 25- bis 29-Jährigen (12,6%). Am geringsten ausgeprägt ist die Arbeitslosigkeit zwischen den verschiedenen Altersgruppen von Jugendlichen, bereits von einem geringen Niveau ausgehend, in Österreich, Dänemark und Deutschland sowie in Slowenien, während in allen übrigen Staaten erst mit zunehmenden Alter die Arbeitsmarktchancen überproportional stark zunehmen.

Übersicht 6: Arbeitslosenquote junger Menschen nach Altersgruppen, 2010

	Arbeitslosenquote in %		
	15 bis 19 Jahre	20 bis 24 Jahre	25 bis 29 Jahre
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle			
Dänemark	16,0	11,8	10,2
Niederlande	11,1	6,9	4,4
Finnland	31,6	17,0	9,2
Schweden	36,1	20,2	9,9
Ø	21,2	12,5	7,4
Konservative Wohlfahrtsmodelle			
Belgien	35,1	20,4	11,6
Deutschland	10,9	9,5	8,4
Frankreich	29,6	21,2	12,3
Luxemburg	.	12,9	5,3
Österreich	10,5	7,9	5,9
Ø	19,6	14,6	10,0
Liberale Wohlfahrtsmodelle			
Irland	35,7	25,4	16,9
Vereinigtes Königreich	28,8	15,0	8,2
Ø	29,3	15,7	8,8
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle			
Griechenland	39,0	32,0	19,7
Spanien	61,4	37,0	25,2
Italien	45,5	24,7	14,7
Portugal	34,2	20,0	14,4
Ø	49,7	29,4	18,9
Zentral- und osteuropäische Wohlfahrtsmodelle			
Bulgarien	48,3	19,8	12,7
Tschechische Republik	39,2	15,9	9,4
Estland	52,9	29,8	17,7
Zypern	25,2	15,6	8,7
Lettland ¹⁾	61,5	31,4	20,0
Litauen	60,9	33,2	20,8
Ungarn	45,7	25,1	14,3
Malta	27,7	8,3	6,2
Polen	30,5	22,8	12,0
Rumänien	27,0	21,2	9,9
Slowenien	15,3	14,5	13,0
Slowakei	61,6	30,5	16,7
Ø	36,7	22,5	12,3
EU-27	26,1	19,2	12,6

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Estland, 15 bis 19 Jahre: 2009er Wert. – ²⁾ . bedeutet keine Werte verfügbar. – ³⁾ Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Nach Geschlecht untergliedert zeigen sich deutliche Unterschiede in der Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere aufgrund der unterschiedlichen Beschäftigungsbereiche der Jugendlichen. Vor der Krise wiesen Frauen in der EU-27 im Alter zwischen 15 und 24 Jahren eine durchschnittlich um 0,7 Prozentpunkte höhere Arbeitslosenquote als gleichaltrige Männer auf, während der Krise dagegen Männer, die stärker in den krisengeschüttelten Wirtschaftsbereichen wie beispielsweise die Exportindustrie oder das Bauwesen beschäftigt sind. Im Jahr 2010 hatten junge Männer eine um 1,6 Prozentpunkte höhere Arbeitslosenquote als junge Frauen¹⁴⁾.

In Österreich haben sich die Arbeitslosenquoten beider Geschlechter aufgrund der größeren Betroffenheit der jungen Männer angeglichen: Junge Frauen hatten vor der Krise eine um 0,8 Prozentpunkte höhere Arbeitslosenquote und nach der Krise betrug die Differenz nur noch 0,1 Prozentpunkte.

Übersicht 7: Arbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach Geschlecht, 2010

	Arbeitslosenquote (15-24 Jahre)					
	Männer			Frauen		
	2007	2010	Ver- änderung 2007/2010	2007	2010	Ver- änderung 2007/2010
In %	In %	In Prozent- punkten	In %	In %	In Prozent- punkten	
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle						
Dänemark	8,2	15,8	7,6	7,5	11,7	4,2
Niederlande	5,6	8,8	3,2	6,2	8,6	2,4
Finnland	16,4	23,8	7,4	16,6	19,0	2,4
Schweden	18,8	26,6	7,8	19,8	23,7	3,9
Ø	10,9	16,6	5,7	11,4	14,5	3,1
Konservative Wohlfahrtsmodelle						
Belgien	17,1	22,4	5,3	20,9	22,4	1,5
Deutschland	12,6	10,9	-1,7	11,1	8,8	-2,3
Frankreich	18,3	22,2	3,9	20,1	23,7	3,6
Luxemburg ¹⁾	13,5	17,6	4,1	17,5	17,8	0,3
Österreich	8,3	8,9	0,6	9,1	8,8	-0,3
Ø	14,9	15,9	1,0	15,1	15,4	0,3
Liberale Wohlfahrtsmodelle						
Irland	9,9	33,7	23,8	8,0	21,1	13,1
Vereinigtes Königreich	15,8	21,5	5,7	12,5	17,3	4,8
Ø	15,4	22,3	6,9	12,2	17,6	5,4
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle						
Griechenland	15,7	26,7	11,0	32,1	40,6	8,5
Spanien	15,2	43,2	28,0	21,9	39,8	17,9
Italien	18,2	26,8	8,6	23,3	29,4	6,1
Portugal	13,5	21,2	7,7	20,3	23,7	3,4
Ø	16,5	32,2	15,7	23,3	33,6	10,3

¹⁴⁾ Die Zunahme der Arbeitslosenquote zwischen 2007 und 2010 ist für junge Männer in allen EU-Ländern, bis auf Zypern, Malta und Rumänien, höher als für junge Frauen.

	Arbeitslosenquote (15-24 Jahre)					
	Männer			Frauen		
	2007	2010	Ver- änderung 2007/2010 In Prozent- punkten	2007	2010	Ver- änderung 2007/2010 In Prozent- punkten
In %	In %		In %	In %		
Zentral- und osteuropäische Wohlfahrtsmodelle						
Bulgarien	14,5	24,1	9,6	15,9	21,7	5,8
Tschechische Republik	10,6	18,2	7,6	11,0	18,5	7,5
Estland	.	35,2	.	.	30,0	.
Zypern	11,0	16,0	5,0	9,4	17,2	7,8
Lettland	11,2	35,4	24,2	10,0	33,5	23,5
Litauen	7,0	38,5	31,5	10,0	30,8	20,8
Ungarn	17,6	27,9	10,3	18,6	24,9	6,3
Malta	15,8	13,7	-2,1	11,6	12,2	0,6
Polen	20,0	22,4	2,4	23,8	25,4	1,6
Rumänien	21,1	22,3	1,2	18,7	21,8	3,1
Slowenien	9,4	15,2	5,8	11,2	13,8	2,6
Slowakei	20,4	34,6	14,2	20,2	31,9	11,7
Ø	17,7	24,0	6,1	18,9	24,0	5,0
EU-27	15,2	21,6	6,4	15,9	20,0	4,1

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Luxemburg, Frauen: 2009er Wert (2010 nicht verfügbar). – ²⁾ . bedeutet keine Werte verfügbar. – ³⁾ Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Untergliedert nach Bildungsabschluss verdeutlichen sich die Arbeitsmarktprobleme von Jugendlichen, die höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben (ISCED 0-2). Ihre Arbeitslosenquote ist EU-weit laut Eurostat durchschnittlich um dreimal höher als jene der Hochqualifizierten, am höchsten in der Slowakei mit 67,3% (2010). In den Baltischen Staaten, Spanien und Irland ist im Jahr 2010 rund jeder zweite gering qualifizierte junge Mensch zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos.

Junge Menschen mit einem über die Pflichtschule hinausgehenden weiterführenden Ausbildungsabschluss haben ein weitaus geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko, wenngleich in manchen EU-Staaten weiterhin dennoch ein überdurchschnittlich hohes, das auf die Schwierigkeiten, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, insbesondere in Staaten mit segmentierten Arbeitsmärkten bzw. wirtschaftlichen Schwierigkeiten, hindeutet.

Besonders profitieren junge Menschen von einer weiterführenden Ausbildung in Tschechien, der Slowakei, Schweden und im Vereinigten Königreich, wo durch einen weiterführenden Ausbildungsabschluss das Arbeitslosigkeitsrisiko mehr als halbiert wird, wenngleich im EU-Vergleich immer noch überdurchschnittlich hoch liegt. Am niedrigsten ist die Arbeitslosigkeit von jungen Personen mit mittleren Qualifikationen in den EU-Staaten mit dualem Ausbildungssystem, d. h. (ISCED 3-4) in den Niederlanden, Österreich und Deutschland mit höchstens 7%, während in den baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen sowie Spanien, Griechenland, Italien, Irland und der Slowakei mindestens jede dritte Person von Arbeitslosigkeit betroffen ist.

Übersicht 8: Arbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach höchstem Bildungsabschluss, 2010

	Höchster Bildungsabschluss		
	Niedrig (ISCED 0-2)	Mittel (ISCED 3-4)	Hoch (ISCED 5-6)
	15-24 Jahre In %	15-24 Jahre In %	25-29 Jahre In %
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle			
Dänemark	15,1	11,5	9,5
Niederlande	11,8	6,4	2,8
Finnland	31,3	16,9	7,6
Schweden	38,9	18,7	7,6
Ø	22,1	11,9	5,7
Konservative Wohlfahrtsmodelle			
Belgien	35,9	19,9	6,2
Deutschland	13,4	7,4	4,1
Frankreich	36,3	20,2	7,7
Luxemburg	22,0	12,9	.
Österreich	11,8	7,1	4,7
Ø	23,6	13,1	5,6
Liberale Wohlfahrtsmodelle			
Irland	44,9	26,3	9,5
Vereinigtes Königreich	34,1	16,8	4,8
Ø	34,8	17,4	5,1
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle			
Griechenland	31,2	31,4	21,3
Spanien	49,6	34,3	18,0
Italien	30,9	26,5	18,0
Portugal	22,3	21,3	11,9
Ø	36,9	29,3	17,8
Zentral- und osteuropäische Wohlfahrtsmodelle			
Bulgarien	39,5	21,2	7,8
Tschechische Republik	43,3	15,7	5,7
Estland	46,8	31,2	.
Zypern	13,1	17,2	9,7
Lettland	45,6	33,2	15,6
Litauen	54,4	33,8	10,2
Ungarn	41,4	23,3	8,5
Malta	16,0	.	.
Polen	30,1	23,1	8,7
Rumänien	15,8	24,6	9,6
Slowenien	19,7	12,9	13,0
Slowakei	67,3	30,6	10,1
Ø	33,2	23,4	8,9
EU-27	27,4	18,1	9,0

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ 2009er Wert: Luxemburg, ISCED 3-4, Österreich, ISCED 5-6 (2010 nicht verfügbar). – ²⁾ . bedeutet keine Werte verfügbar. – ³⁾ Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Im höchsten Ausbildungssegment sinkt das Arbeitslosigkeitsrisiko in allen EU-Staaten deutlich, mit Werten zwischen 2,8% in den Niederlanden und 21,3% in Griechenland. Allerdings zeigen sich in den südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten Griechenland, Spanien und Italien nicht nur fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen mit höchstens mittleren Qualifikationen, sondern auch für hochqualifizierte junge Menschen. In diesen Staaten ist fast jede fünfte Person mit Hochschulabschluss ohne Arbeit und damit von sozialer Ausgrenzung bedroht.

Abgesehen von den geschlechtsspezifischen und bildungsspezifischen Unterschieden zeigen sich die Arbeitsmarktprobleme der Jugendlichen besonders deutlich in Abhängigkeit von der Staatsbürgerschaft. Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen aus Drittstaaten außerhalb der EU lag im Jahr 2010 laut Eurostat bei 30,3%. Die Quote war demnach um 3,4 Prozentpunkte höher als die der Ausländer insgesamt (26,9%). Nur in Griechenland, Irland, Zypern, Italien und dem Vereinigten Königreich haben ausländische Jugendliche kein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko.

In allen übrigen EU-Staaten haben junge Menschen mit einer nicht-europäischen Staatsbürgerschaft ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko, insbesondere in Staaten wie Österreich oder den Niederlanden mit einer vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit. In den Niederlanden haben Jugendliche, die eine nicht-europäische Staatsbürgerschaft besitzen, eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquote als Jugendliche mit niederländischer Staatsbürgerschaft, ebenso in Österreich. In Österreich haben Jugendliche mit ausländischen Wurzeln unabhängig von ihrer Herkunftsregion ein ähnlich hohes Arbeitslosigkeitsrisiko (17,1% bzw. 17,3%), das deutlich über der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen mit österreichischer Staatsbürgerschaft liegt (7,9%). Die Gründe für die massiven Arbeitsmarktprobleme von Jugendlichen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sind häufig eine unzureichende Bildungsintegration, weil sie häufiger keine weiterführenden Ausbildungswege besuchen, die Schule abbrechen oder erst im Laufe ihrer Schullaufbahn in das nationale Bildungssystem wechseln.

Übersicht 9: Arbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach Staatsangehörigkeit, 2010

	Arbeitslosenquote (15-24 Jahre)			
	Insgesamt In %	Meldeland In %	Ausland In %	Nicht-EU In %
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle				
Dänemark	13,8	13,3	21,9	26,5
Niederlande	8,7	8,5	16,2	20,7
Finnland	21,4	21,1	33,1	37,0
Schweden	25,2	24,6	40,8	44,6
Ø	15,5	15,2	25,8	30,1
Konservative Wohlfahrtsmodelle				
Belgien	22,4	21,8	30,6	39,9
Deutschland	9,9	9,2	17,0	18,5
Frankreich	22,9	22,5	33,3	37,1
Luxemburg	14,2	13,0	20,4	.
Österreich	8,8	7,9	17,1	17,3
Ø	15,6	15,0	24,1	27,0
Liberale Wohlfahrtsmodelle				
Irland	27,8	28,5	21,9	.
Vereinigtes Königreich	19,6	19,6	19,2	27,4
Ø	20,2	20,2	19,4	27,4
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle				
Griechenland	32,9	34,0	26,7	26,8
Spanien	41,6	41,2	43,4	44,9
Italien	27,8	28,2	25,3	28,1
Portugal	22,4	22,0	.	.
Ø	32,7	32,9	32,5	34,6
Zentral- und osteuropäische Wohlfahrtsmodelle				
Bulgarien	23,2	23,2	.	.
Tschechische Republik	18,3	18,6	10,3	.
Estland	32,9	29,8	.	.
Zypern	16,7	17,5	14,5	15,8
Lettland	34,5	34,1	45,9	45,9
Litauen	35,1	35,0	.	.
Ungarn	26,6	26,7	.	.
Malta	13,0	13,2	.	.
Polen	23,7	23,7	.	.
Rumänien	22,1	22,1	.	.
Slowenien	14,7	14,5	.	.
Slowakei	33,6	33,6	:	:
Ø	24,0	24,0	.	.
EU-27	20,9	20,4	26,9	30,3

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ 2009er Werte: Tschechische Republik (Ausland), Lettland (Ausland, Nicht-EU), Luxemburg (Meldeland). – ²⁾ . bedeutet keine Werte verfügbar. – ³⁾ Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

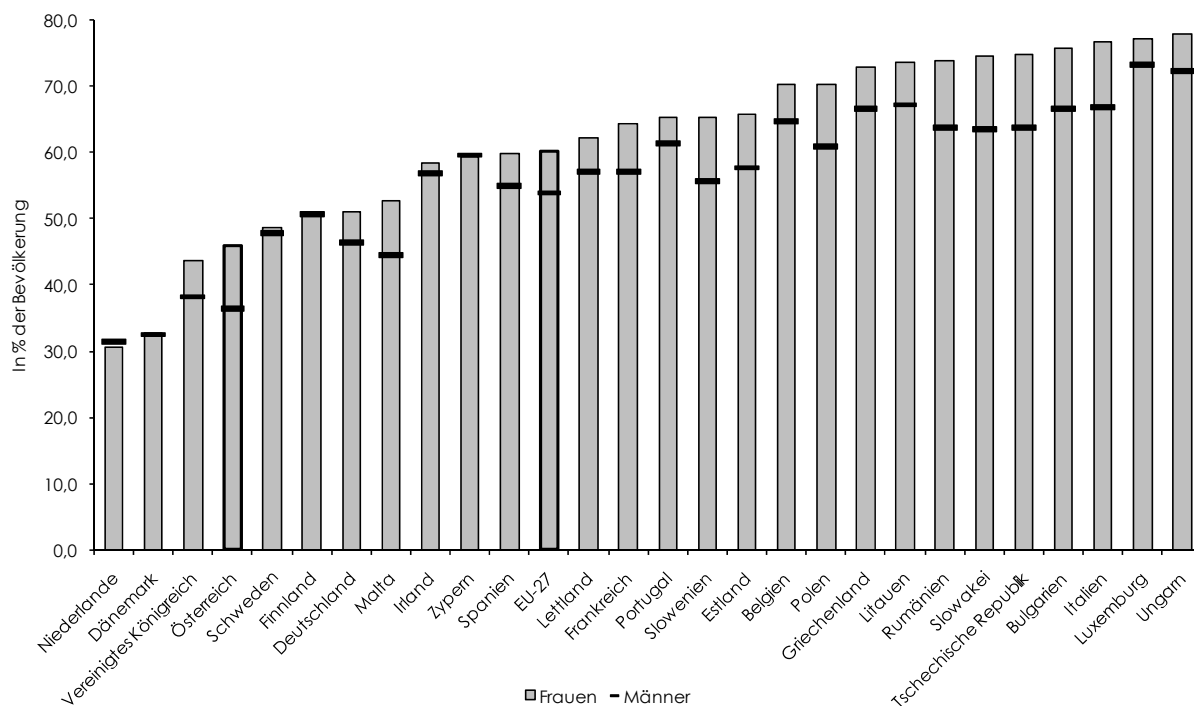
3.2 Nicht-monetäre Indikatoren

3.2.1 Inaktivität

Die Arbeitsmarktintegration, gemessen an der Beschäftigungsquote und ergänzt um die Arbeitslosenquote, ist eine wichtige Voraussetzung für die soziale Integration. Allerdings werden viele Jugendliche hierin nicht erfasst, da sie sich ausschließlich in Ausbildung befinden oder ein Studium absolvieren, um sich auf ihre spätere Erwerbskarriere vorzubereiten. In Bezug auf die soziale Exklusion ist daher besonderes Augenmerk auf jene Jugendliche zu legen, die weder arbeiten und auch an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen (sogenannte „NEETS“ — „Neither in employment nor education and training“, d. s. nichterwerbstätige Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, die an keiner Bildung und Ausbildung teilnehmen).

Die Teilnahme an Aus- und beruflicher Fortbildung ist bei den Jugendlichen die häufigste Erklärung für Inaktivität. Ob und wie stark die Teilnahme an Aus- und beruflicher Fortbildung im regulären Bildungssystem die Inaktivitätsquote beeinflussen, ist mehreren Faktoren geschuldet: (1) dem Alter, in dem die gesetzliche Schulpflicht endet, (2) der Ausgestaltung der Sekundarstufe II, hinsichtlich Voll- und Teilzeitunterricht sowie Dauer der Bildungsgänge, im Zusammenspiel mit der Bildungsbeteiligung und (3) der Bildungsbeteiligung im tertiären Bereich in Kombination mit einer etwaigen Erwerbstätigkeit (*Famira-Mühlberger et al.*, 2010). In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen liegt die Inaktivitätsquote im EU-27 Durchschnitt laut Eurostat bei 57,0% (2010), nur acht Länder haben eine geringere Inaktivitätsquote (Niederlande, Dänemark, UK, Österreich, Schweden, Malta, Deutschland, Finnland). Die erklärenden Faktoren sind sehr unterschiedlich: sie reichen von einem hohen Grad an Bildungsbeteiligung (Finnland) bis hin zu einer hohen Bedeutung der dualen Ausbildung (Österreich, Deutschland) und damit verbundenen überdurchschnittlich hohen Beschäftigungsquoten der Jungen. In den Niederlanden gehen darüber hinaus viele Studierende einer Erwerbstätigkeit nach. In Dänemark ist das Medianalter der Studierenden hoch, da viele Jugendliche vor dem Studienbeginn entweder eine Auszeit nehmen oder erwerbstätig sind. In Großbritannien, das ebenfalls mit einer niedrigen Inaktivitätsquote unter Jugendlichen auffällt, sind berufsbildende Ausbildungszweige kaum verbreitet, wodurch oftmals der Arbeitsmarkteinstieg relativ rasch erfolgt. In Österreich ist die Inaktivitätsquote 15- bis 24-Jähriger unterdurchschnittlich, was einerseits auf die weite Verbreitung des dualen Ausbildungssystems und andererseits auf die geringe Bildungsbeteiligung im tertiären Bereich zurückgeht. Ob die Absolvierung eines Studiums die Inaktivitätsquote beeinflusst oder nicht, hängt maßgeblich von der finanziellen Situation der Studierenden ab – die ihrerseits von den Kosten der tertiären Ausbildung (Studienbeiträge, Studien- und Verwaltungsgebühren) und der finanziellen Unterstützung während der Ausbildung. Ist das finanzielle Auslangen durch die Studienförderung nicht gesichert, müssen Studierende neben dem Studium arbeiten; sie sind mithin nicht inaktiv sondern erwerbstätig (Niederlande).

Abbildung 3: Inaktivitätsquote (15-24 Jahre) nach Geschlecht, 2010



Q: Eurostat.

Die Inaktivitätsquote von Jugendlichen variiert laut Eurostat im Jahr 2010 zwischen 31,0% in den Niederlanden und 75,3% in Luxemburg. Im Bezug auf den Gender Gap in der Inaktivitätsquote haben sechs Länder in der EU einen besonders großen Unterschied: die Tschechische Republik, die Slowakei, Rumänien, Italien, Slowenien, aber auch Österreich. Eine höhere Inaktivitätsquote junger Männer relativ zu jungen Frauen ist in den Niederlanden und in Zypern zu finden.

Nicht-Erwerbstätige Jugendliche, die sich in keiner Aus- und Weiterbildung befinden („NEETs“)¹⁵

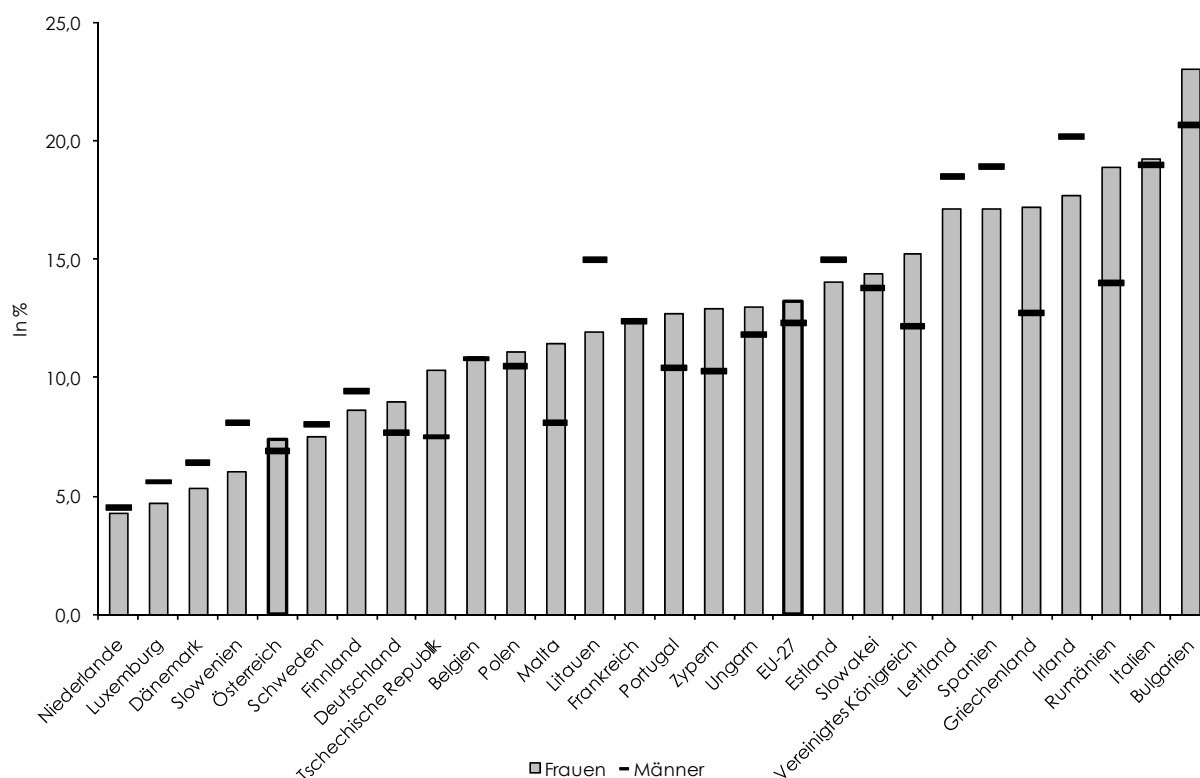
Jene jungen nicht erwerbstätigen Menschen, die weder eine Schule besuchen oder sich in beruflicher Fortbildung befinden, werden zu der Gruppe der „NEETs“ gezählt. Anhand der NEET-Rate¹⁶) lässt sich ablesen, wie viele Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung weder erwerbstätig sind noch an einer Bildung oder Ausbildung teilnehmen.

¹⁵) Definition lt. EUROSTAT: „Neither in employment nor education and training“

¹⁶ Der Zähler aus der sich diese Quote errechnet umfasst junge Menschen die a) nicht beschäftigt sind, also nach ILO Definition arbeitslos oder inaktiv sind, b) in den vier Wochen vor der Befragung nicht in Aus- oder Fortbildung sind. Der Nenner umfasst die gesamte Bevölkerung einer Altersgruppe und eines Geschlechts, ohne die Personen die auf die Frage bezüglich „Beteiligung an regulärer Bildung und Training“ nicht geantwortet haben (non-response).

Für diese Gruppe von Jugendlichen besteht ein besonders hohes Risiko einer langfristigen sozialen Ausgrenzung. Die durchschnittliche EU-weite NEET Rate der 15- bis-24-Jährigen beträgt im Jahr 2010 12,8%; knapp 2 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2007 (10,9%). Die höchsten NEET-Raten bestehen im Jahr 2010 in Bulgarien, Italien, Irland, Spanien und Lettland. Die niedrigsten NEET- Raten sind hingegen in den Niederlanden, Luxemburg, Dänemark und Österreich zu finden. In dieser Altersgruppe ist der geschlechtsspezifische Unterschied gering und hat keine eindeutige Richtung.

Abbildung 4: Nichterwerbstätige Jugendliche (15-24 Jahre), die an keiner Bildung und Ausbildung teilnehmen nach Geschlecht (NEET Rate), 2010



Q: Eurostat.

Allerdings war die Zahl jener jungen nicht erwerbstätigen Menschen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen (NEETS¹⁷), in den letzten Jahren auf EU-Ebene insbesondere in den krisengeschüttelten Staaten Griechenland, Spanien, Irland sowie in Italien, Lettland, Rumänien und Bulgarien überdurchschnittlich hoch. Diese Jugendlichen sind häufig mit vielfältigen Problemlagen sowohl beim Übergang in den Arbeitsmarkt als auch in ihrem zivilen Leben konfrontiert. In Bezug auf die Integration in das Erwerbsleben finden Jugendliche mit einem niedrigen Bildungsstand, besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten, geringere Beschäftigungschancen vor, üben vorwiegend

¹⁷) Definition lt. EUROSTAT: „Neither in employment nor education and training“

angelernete Tätigkeiten oder Hilfstätigkeiten aus, erzielen ein geringeres Einkommen und weisen ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko auf als höher qualifizierte Gleichaltrige.

Daher initiierte die Europäische Kommission Ende 2011 aufgrund der angespannten Arbeitsmarktsituation, insbesondere in süd- und osteuropäischen EU-Staaten das Maßnahmenpaket „Chancen für junge Menschen“, um den Übergang von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt oder in weiterführende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu unterstützen¹⁸⁾. Im Zuge der andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise ist es für junge Menschen, insbesondere in den krisengeschüttelten EU-Staaten, nicht nur zunehmend schwieriger geworden, einen Arbeitsplatz nach Ausbildungsabschluss zu finden, sondern auch ein existenzsicherndes Einkommen auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen; viele sind, insbesondere jene die am Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen können, auf die Hilfen des Staates und insbesondere ihrer Familien angewiesen. Doch auch staatliche Zuwendung ist aufgrund von Sparzwängen oftmals nicht ausreichend. Eine finnische Studie zeigt einen ansteigenden Anteil von jungen Menschen, die finanzielle Unterstützung von ihren Eltern erhalten, da die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen rückläufig sind (*Majamaa, 2011*).

3.2.2 Gesundheit

Die gesundheitliche Verfassung junger Menschen ist eine weitere wichtige Voraussetzung, um den Übergang in das Erwerbsleben zu meistern und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Allerdings sind auch junge Menschen von gesundheitlichen Beeinträchtigungen und/oder Behinderungen betroffen, wie es beispielsweise in *Schels (2007)* zu Jugendarbeitslosigkeit und psychisches Wohlbefinden behandelt wird.

Anzeichen für Einschränkungen in der Arbeitsfähigkeit zeigen sich am Anteil der Jugendlichen mit subjektiven Aktivitätseinschränkungen. Subjektive Aktivitätseinschränkungen bezeugen, dass sich junge Menschen nicht befähigt fühlen, alle Aktivitäten in ihrer Arbeits- und Lebenswelt zu bewältigen. Umso mehr sind Jugendliche und junge Erwachsene mit gesundheitsbedingten Aktivitätseinschränkungen, die sich in Arbeitslosigkeit oder außerhalb des Arbeitsmarkts befinden von finanzieller und sozialer Exklusion bedroht¹⁹⁾.

¹⁸⁾ Die Mitgliedsstaaten werden mit zusätzlichen Mitteln unterstützt, um junge Menschen innerhalb von vier Monaten nach Verlassen der Schule entweder in den Arbeitsmarkt oder in das Aus- und Fortbildungssystem zu integrieren. Diese Unterstützungsmaßnahmen sind für das kommende Programm des Europäischen Sozialfonds und EU-Haushalts für die Jahre 2014 bis 2020 vorgesehen. Der Großteil der Mittel die im Rahmen des Europäischen Sozialfonds an die Mitgliedsstaaten ausgeschüttet wird, ist für die Schaffung von Förderprogrammen vorgesehen, die jungen Menschen über die Gründung von Unternehmen einen guten Start in das Berufsleben ermöglichen sollen. Zusammen mit der Unterstützung von Sozialunternehmern beträgt die Förderung in Summe 3 Mio. €. Mit diesen Maßnahmen setzt die Kommission Impulse für die Arbeitsmarktpolitik für BerufseinsteigerInnen auf EU-Ebene.

¹⁹⁾ Ob zwischen der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, des gesellschaftlichen Leben und einem schlechten Gesundheitszustand ein kausaler Zusammenhang besteht, ist Gegenstand des akademischen Diskurses.

Übersicht 10: Selbstwahrgenommene Aktivitätseinschränkung (16-24 Jahre) seit mindestens sechs Monaten nach Geschlecht und Beschäftigungsstatus, 2010

Selbstwahrgenommene Aktivitätseinschränkung
(etwas eingeschränkt), 16-24 Jahre

	Insgesamt	In %	
		Männer	Frauen
EU-27			
Erwerbstätige	5,5	5,0	6,3
Arbeitslose	9,2	11,3	11,3
Nichterwerbspersonen	6,1	5,5	6,5
Österreich			
Erwerbstätige	7,6	8,8	5,8
Arbeitslose	8,1	6,5	10,1
Nichterwerbspersonen	4,2	4,7	3,8

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: 1) Es wurde die Ausprägung „etwas eingeschränkt“ ausgewählt. – 2) ungewichtete EU-27 Durchschnittswerte ohne Irland und Zypern.

In der EU sind durchschnittlich 9,2% der Arbeitslosen und 6,1% der Nichterwerbspersonen zwischen 16 und 24 Jahren „etwas eingeschränkt“ in ihrer Aktivität. Bei beiden Geschlechtern liegen die Anteile der arbeitsmarktfernen Personen mit Einschränkungen über dem Anteil der Erwerbstätigen.

Diese Einschränkungen können ein Risiko für die Beschäftigungsfähigkeit dieser jungen Personen darstellen, denn Unternehmen oder aber auch der öffentliche Dienst fordern Bewerberinnen und Bewerber in vielen Ländern zu einer Gesundheitsprüfung im Rahmen eines Vorstellungsgesprächs oder einer Einstellung auf. Somit können gesundheitliche Probleme der Wahrscheinlichkeit, eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung auszuüben, im Wege stehen.

Für Österreich liegen diese laut EU-SILC unterhalb der EU-Durchschnitt, mit einer Betroffenheit von 8,1% bei Arbeitslosen und 4,2% bei Inaktiven der Altersgruppe 16-24 Jahre.

4. Neue soziale Risiken in der Erwerbsgeneration

Die post-industrielle Gesellschaft ist gekennzeichnet durch die Tertiärisierung der Beschäftigung, also von einer Zunahme der Dienstleistungsberufe und einer Abnahme der direkt der Produktion zugerechneten Berufe. Auch der Eintritt der Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt ist ein maßgebliches Merkmal der postindustriellen Arbeitsmärkte (Bonoli, 2006). Allein in den vergangenen 20 Jahren stieg die Frauenerwerbsquote (15-64 Jahre) in Österreich bis 2010 um 9,2 Prozentpunkte auf 64,9% an, während die Männererwerbsquote um 2,2 Prozentpunkte rückläufig (2010 76,8%) war. Die Wohlfahrtsverluste für die Erwerbsbevölkerung, die in Folge der sozio-ökonomischen Transformation durch den Übergang zur post-industriellen Gesellschaft entstehen, treffen nicht alle Personen im gleichen Ausmaß. Wie die Generation der BildungsabgängerInnen bzw. der ErwerbseinsteigerInnen besteht auch die Generation im Haupterwerbssalter aus einer Vielzahl unterschiedlicher Gruppen: Die Arbeitsmarktveränderungen, Anpassungsprozesse der sozialen Sicherungsmechanismen und Veränderungen der familiären Rahmenbedingungen betreffen Frauen in einem anderen Ausmaß als Männer, Geringqualifizierte in einem anderen Ausmaß als Hochqualifizierte, Alleinstehende anders als Alleinerziehende.

4.1 Arbeitsmarktindikatoren

Beschäftigungsformen in ihrer ganzen Bandbreite von regulärer Vollzeitbeschäftigung bis hin zu den atypischen Jobs (Teilzeit, Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigung) entscheiden über die ökonomische und soziale Absicherung und damit auch über die Absicherung der sozialen Risiken. Die Wechselwirkungen zwischen atypischer Beschäftigung und sozialer Ungleichheit bzw. neuen sozialen Risiken sind sicherlich gegeben, wenngleich die Richtung bzw. die Zusammenhänge nicht für alle sozio-ökonomischen Gruppen gleich sind. Atypische Beschäftigungsverhältnisse können zu einer Verstärkung der neuen sozialen Risiken führen. Die Beschäftigungsverhältnisse von Arbeitsmarktgruppen (Geringqualifizierte, Frauen, MigrantInnen etc.), die eher Randbelegschaften zuzurechnen sind, können die Spaltungen des Arbeitsmarktes verstärken. Postindustrielle Arbeitsmärkte sind gemäß Segmentierungstheorien von einer zunehmenden Polarisierung begleitet. Der Arbeitsmarkt zerfällt in ein primäres Segment, mit sicheren Arbeitsplätzen, höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen, und in ein sekundäres Segment. Hier finden sich Arbeitsplätze mit niedrigen Löhnen, geringerer sozialer Absicherung, schlechteren Arbeitsbedingungen, geringen Aufstiegschancen und insgesamt einer höheren Instabilität der Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Davidsson – Naczyk, 2009).

Die Konsequenzen der Dualisierung des Arbeitsmarktes durch die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse für die Beschäftigten können vielfältig sein. Die Wirkungsweise dieser Beschäftigungsformen auf die Strukturierung sozialer Ungleichheit und die Verbreitung der neuen sozialen Risiken ist theoretisch nicht eindeutig geklärt. Sie können den (Wieder)Einstieg in Erwerbstätigkeit bzw. die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Dadurch tragen sie zu einer stärkeren Integration des vorhandenen Erwerbspotenzials bei. Atypische Beschäftigungsverhältnisse können aber auch reguläre Beschäftigung und reguläre Entlohnung verdrängen und zu einer Zunahme der sozialen Ungleichheit führen (Keller – Seifert, 2006). Diese Beschäftigungsformen können allerdings auch eine Sackgasse sein und mit einer andauernden Unsicherheit in der ökonomischen und damit zusammenhängenden sozialen Absicherung einhergehen²⁰⁾. Erste empirische Erfahrungen in diese Richtungen liegen für die sogenannten Mini-Jobs²¹⁾ in Deutschland vor. Dem angestrebten Ziel, mit dieser Beschäftigungsform in unteren Einkommensbereichen stärkere Anreize zur Beschäftigungsaufnahme zu schaffen und mittelfristig diese Beschäftigte am Arbeitsmarkt stärker zu integrieren, wurde nicht erfüllt. Mini-Jobs stellen vielmehr ein institutionelles Hindernis zur Gleichverteilung der Erwerbschancen zwischen Frauen und Männer dar und führen zu größeren Einkommensrisiken der Beschäftigten (Voss – Weinkopf, 2011).

Ein Vergleich der atypischen Beschäftigungsformen und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit bzw. der Verbreitung der neuen sozialen Risiken in Europa zeigt keinen eindeutigen Zusammenhang: Die Zunahme der befristeten Beschäftigungsverhältnisse insbesondere in Italien, den Niederlanden und Portugal sowie die Zunahme der Teilzeitarbeit (vor allem in Deutschland, Irland, Italien, Niederlande) war in diesen Ländern tendenziell mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit zwischen 1995 und 2008 begleitet. So ist beispielsweise in Deutschland bereits jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis ein Mini-Job, allein zwischen 2003 und 2010 stieg ihre Zahl von 5,5 Mio. auf insgesamt 7,4 Mio. Mini-Jobs (Voss – Weinkopf, 2012). Die geringfügig Hauptbeschäftigten nehmen dabei mit 4,9 Mio. den Hauptanteil ein (Bäcker – Neuffer, 2012). Die Zunahme der atypischen Beschäftigungsformen führte in der Vergangenheit nicht zu einer Reduktion im Bereich der Arbeitslosigkeit. Eine stärkere Integration der Erwerbspersonen in den Arbeitsmarkt über die verschiedenen Formen der atypischen Beschäftigung führt nicht notwendigerweise zu einer Reduktion der neuen sozialen Risiken. Die anhaltende Dauer der atypischen Beschäftigungen in der Erwerbsbiografie der Versicherten verstärken die ökonomischen und sozialen Unsicherheiten. Sie sind somit Bestandteil der neuen sozialen Risiken.

Erwerbseinkommen stellt für die Mehrheit der europäischen Bevölkerung die Haupteinkommensquelle dar. Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern sowie existenzsichernde Einkommen stellen eine Grundvoraussetzung für ökonomische und soziale Absicherung dar. Die postindustriellen Arbeitsmärkte sind vom wachsenden Risiko unregelmäßiger Einkommen und daraus abgeleiteter geringer sozialer Absicherung aufgrund der Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen, gekennzeichnet (Schmid 2006, 2011).

²⁰⁾ Beispielsweise Giesecke – Groß (2002), McGinnity – Mertens – Gundert (2005) und Gebel (2009).

²¹⁾ So wie die geringfügigen Beschäftigungen in Österreich fallen bei den Mini-Jobs in Deutschland bis zu einer Einkommensgrenze von 400 € keine Steuer und Sozialversicherungsbeiträge an. Mit der Reform 2003 wurde die Ausweitung dieser Beschäftigungsform forciert mit dem Ziel, Anreize für die Aufnahme einer Beschäftigung auch im unteren Einkommensbereich zu schaffen (Deutscher Bundestag, 2003).

Ebenso steigt das Risiko einer Langzeitarbeitslosigkeit oder einer Erwerbsinaktivität aufgrund einer Erosion von internen Arbeitsmärkten (Schmid, 2006, 2011). Mittelfristig kann die Zunahme der atypischen Beschäftigungsformen, die Segmentierung des Arbeitsmarktes in ein primäres Segment mit Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheiten und in ein sekundäres Segment mit geringer Entlohnung, schlechten Arbeitsplatzbedingungen und insgesamt geringer sozialen Absicherung (Davidsson – Naczyk, 2009, Leschke, 2009) vorantreiben.

Beschäftigungsquoten als quantitativer Indikator der Arbeitsmarktintegration

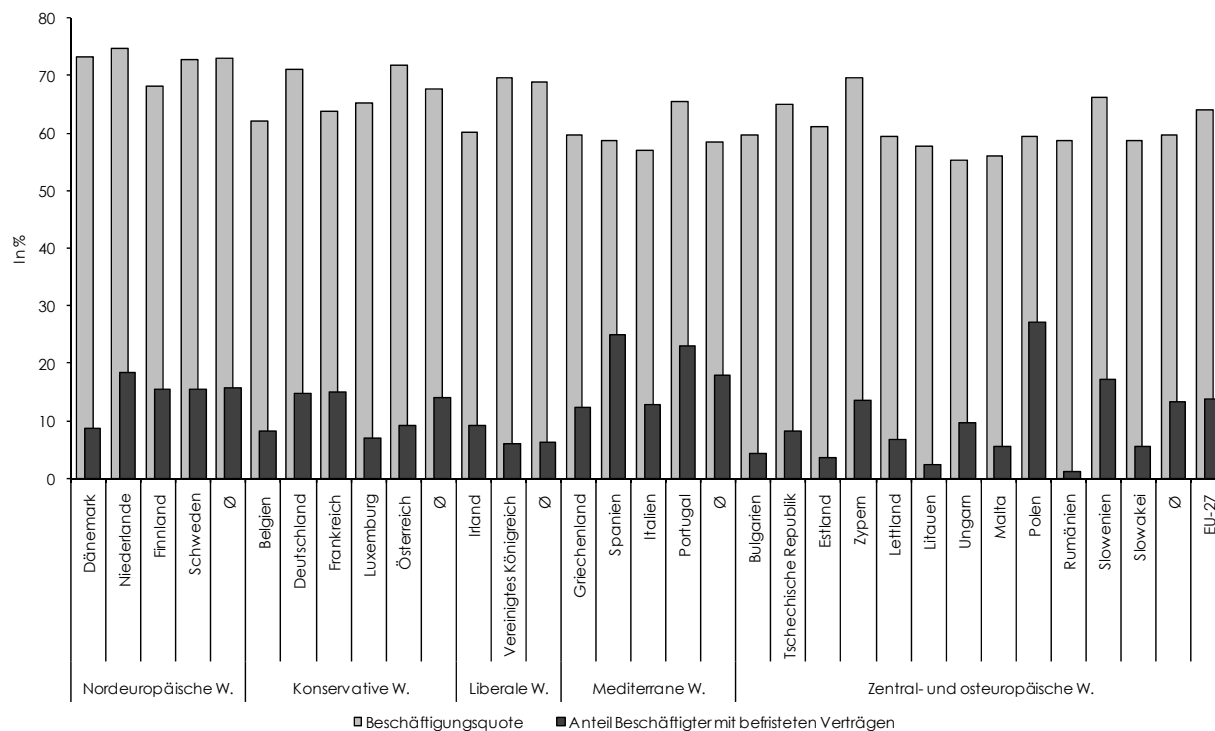
Die Integration der Erwerbsbevölkerung in den Arbeitsmarkt ist in den nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten am höchsten. Die Beschäftigungsquote (2010) in den vier Ländern liegt laut Eurostat mit rund 73% deutlich über dem Durchschnitt der anderen Wohlfahrtsmodelle. Die Arbeitsmarktintegration in den konservativen Wohlfahrtsmodellen liegt 5 Prozentpunkte darunter, bei einem Durchschnitt aller Mitgliedsstaaten von 67,7%. Unter diesem europäischen Durchschnitt befinden sich die mediterranen Wohlfahrtsstaaten und die Länder in Zentral- und Osteuropa.

Eine mögliche Ausprägung atypischer Beschäftigungsformen sind befristete Arbeitsverhältnisse. In den europäischen Mitgliedstaaten haben rund 14% der Beschäftigten einen befristeten Arbeitsvertrag. Eine Häufung der Befristungen tritt in den mediterranen und den nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten auf. In den Ländern rund ums Mittelmeer sind 18,0% und in den nordeuropäischen Ländern 15,7% befristet beschäftigt. In den liberalen, sowie zentral- und osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten beträgt dieser Anteil 6,2 bzw. 13,3% und in den konservativen Wohlfahrtsregimen 14,0%.

Der Anteil der befristeten Arbeitsverträge stellt einen Aspekt der Arbeitsmarktflexibilität und auch der Arbeitsmarktsegmentierung dar; kann aber auch Ausdruck der Ausgestaltung des Bildungssystems sein. Sind die Arbeitsverträge im ersten Segment stark reguliert, dann können befristete Verträge verstärkt im zweiten Segment eingesetzt werden, um beispielsweise Auslastungsschwankungen zu kompensieren. Zeichnet sich aber insgesamt der Arbeitsmarkt durch eine mäßige Vertragsregulierung bzw. einer hohen Flexibilität aus, dann kann auch die Notwendigkeit von befristeten Arbeitsverträgen gering sein. Das Ausmaß der Arbeitsmarktflexibilität streut quer über alle EU-Staaten und reiht sich wenig in die verwendeten Wohlfahrtsstaatstypologien ein. Zwei recht gegensätzliche Pole bilden hier Dänemark und Deutschland: In Deutschland ist die Flexibilität im sekundären Arbeitsmarkt hoch, der wachsende Anteil „Mini-Jobs“ (Bäcker, 2012) ist ein Ausdruck dafür, im primären Arbeitsmarktsegment dagegen gering. Personen, die permanent in atypischen Beschäftigungsverhältnissen verbleiben, sind besonders stark gegenüber sozialen Risiken exponiert (OECD, 2010). Diese Situation trifft auch in Österreich zu, wenngleich hier der sekundäre Arbeitsmarkt eine geringere Bedeutung hat wie in Deutschland. In Dänemark hingegen ist die Flexibilität gleichermaßen auf typische und atypische Beschäftigungsverhältnisse verteilt. In Dänemark steht damit der Indikator „Befristung“ in

keinem Zusammenhang mit den neuen sozialen Risiken, in Deutschland – und in abgeschwächter Form auch in Österreich – hingegen schon.

Abbildung 5: Beschäftigungsquoten und Anteil der Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen (15-64 Jahre) in den europäischen Wohlfahrtsmodellen, 2010



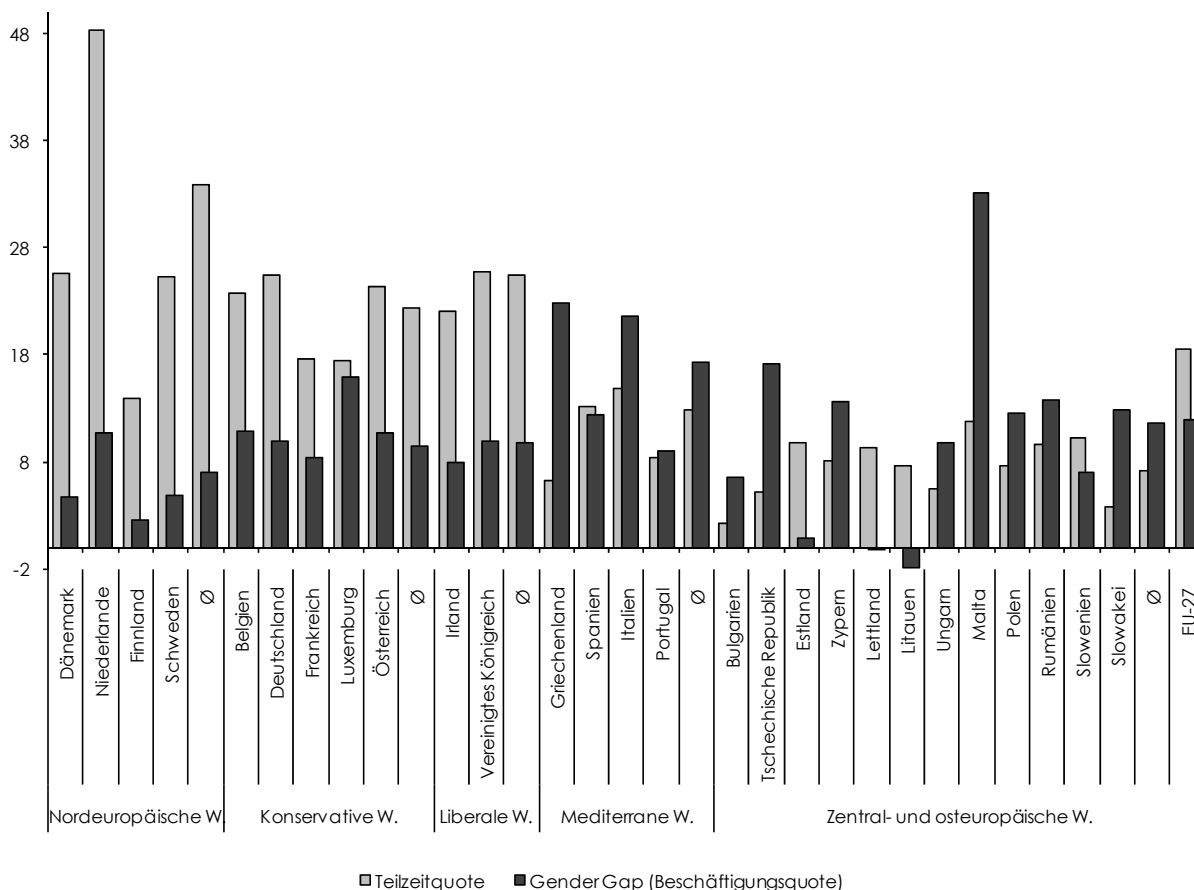
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Teilzeitquoten als qualitativer Indikator der Arbeitsmarktintegration

Auf Personenebene bedeutet die geringere Beschäftigungsquote der Frauen gegenüber den Männern, tendenziell, insbesondere wenn die der Beschäftigung zugrundeliegende Arbeitszeit mitberücksichtigt wird, ein höheres Gefährdungsrisiko im Bereich der sozialen Sicherheit. Einzig in Litauen übersteigt die Beschäftigungsquote der Frauen jene der Männer um 2 Prozentpunkte und in Lettland liegen die Beschäftigungsquoten der Frauen und Männer gleich hoch bei 59%.

Insgesamt unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen und Männer in den nordeuropäischen Staaten mit rund 7 Prozentpunkten am wenigsten und in den mediterranen Ländern mit 17 Prozentpunkten am höchsten voneinander. In den liberalen und konservativen Wohlfahrtsmodellen liegt der Gender Gap bei rund 10 Prozentpunkten, in Zentral- und Osteuropa bei 11,7 Prozentpunkten. In der letztgenannten Gruppe variieren die einzelnen Länder jedoch sehr stark (siehe Abbildung 6). Die Risikogefährdung der beschäftigten Frauen und Männer hängt nicht nur von dieser Tatsache, sondern auch von der Intensität der Erwerbstätigkeit ab.

Abbildung 6: Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern (Gender Gap in Prozentpunkten) und Anteil der Beschäftigten mit Teilzeitarbeitsplätzen, in den europäischen Wohlfahrtsmodellen, 2010



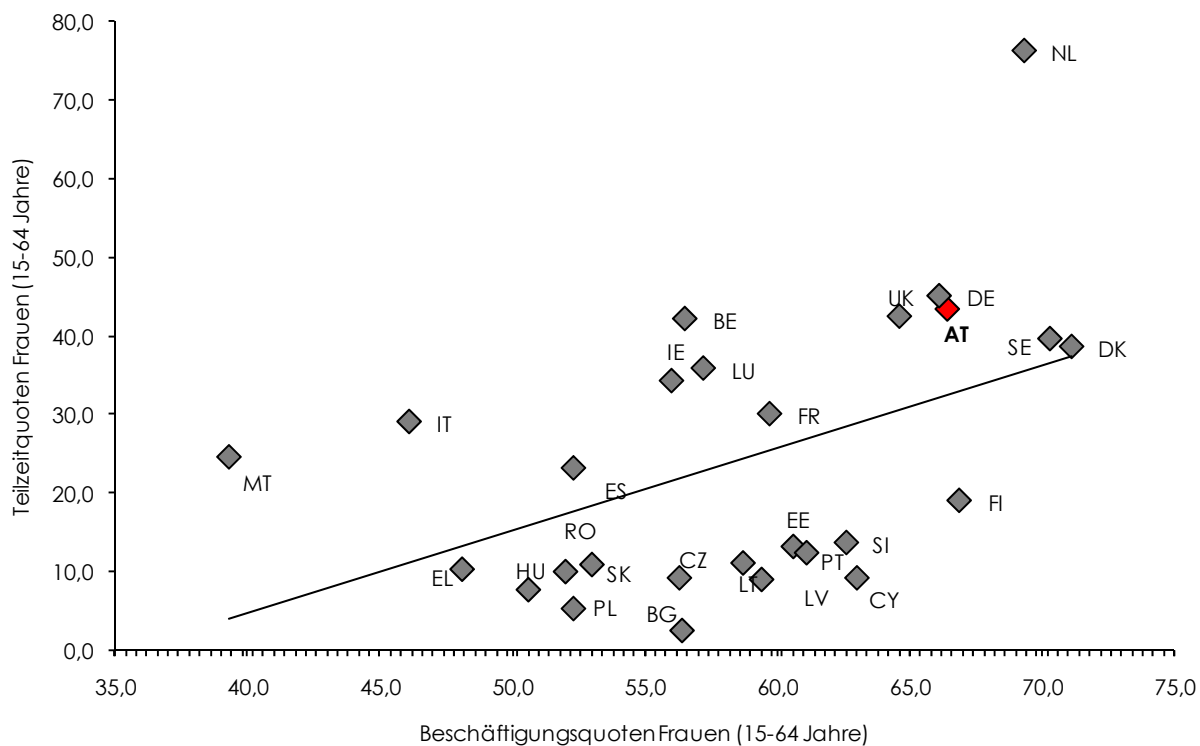
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

In den nordeuropäischen, den liberalen Staaten wie auch in den kontinentaleuropäischen Ländern liegt die Teilzeitquote über dem Durchschnitt der Europäischen Union. Während in den EU-27 rund 19% der Beschäftigten einer Teilzeitarbeit nachgehen, sind es in den Niederlanden sogar knapp die Hälfte aller Erwerbstätigen. Die mediterranen (12,9%) wie auch die zentral- und osteuropäischen Staaten (7,1%) verzeichnen hingegen einen unterdurchschnittlichen Anteil an Teilzeitbeschäftigten. In den mediterranen Ländern geht die geringe Teilzeitquote mit einer deutlich geringeren Erwerbsintegration der Frauen im Vergleich zu den Männern einher. Noch deutlichere Unterschiede treten beim Vergleich der Teilzeitquoten zwischen Frauen und Männer zu Tage.

Insgesamt gibt es eine schwache Korrelation zwischen Teilzeitquote der Frauen und ihrer Beschäftigungsquote. Die Höhe der Arbeitsmarktintegration der Frauen, gemessen an der Beschäftigungsquote, steigt mit zunehmendem Anteil an Teilzeitbeschäftigung. Die

Bewertung dieser Indikatoren hinsichtlich Verringerung oder Erhöhung der ökonomischen und sozialen Absicherung kann auf dieser Ebene nicht durchgeführt werden, dazu braucht es Einkommensindikatoren und auch Informationen zum Haushaltskontext der teilzeitbeschäftigten Frauen.

Abbildung 7: Beschäftigungs- und Teilzeitquoten der Frauen (15-64 Jahre), 2010



Q: Eurostat.

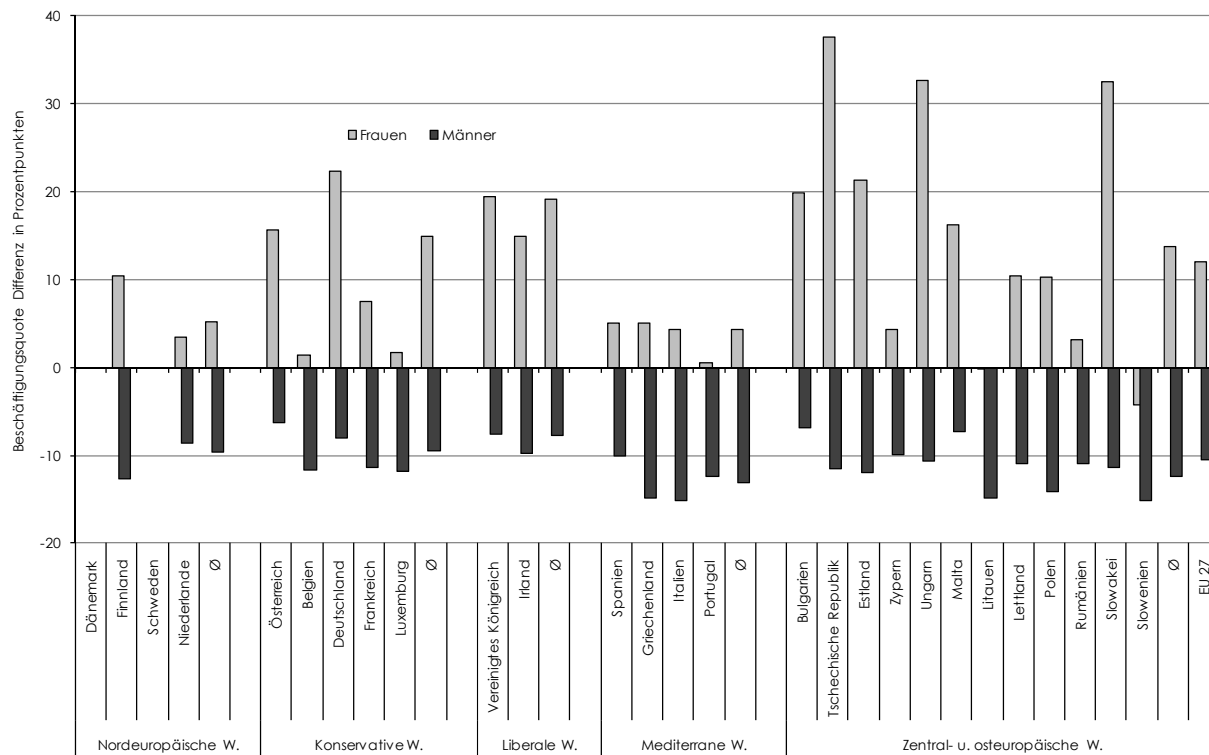
Betreuungspflichten wirken auf Frauen beschäftigungssenkend, auf Männer beschäftigungsfördernd

Die Entscheidung der Frauen über die Intensität ihrer Erwerbsbeteiligung hängt auch von den Betreuungspflichten ab. Die Diversifizierung der Lebensentwürfe führt zu einer Zunahme der Ein-Personen und der Ein-Eltern-Haushalte, die in der überwiegenden Zahl von Frauen gebildet werden (Chapple, 2009). Bei geringerer Erwerbsintegration bzw. bei geringen Erwerbseinkommen besteht für diese Gruppe ein höheres Armutsrisiko. Betreuungspflichten verändern das Erwerbsverhalten sowohl der Frauen als auch der Männer, allerdings in umgekehrter Richtung. Frauen mit Kindern haben im EU-25 Durchschnitt (für Dänemark und Schweden liegen keine vergleichbaren Daten vor) eine um 12 Prozentpunkte geringere Beschäftigungsquote als kinderlose Frauen. Die Beschäftigungsquote der Männer mit Kindern liegt demgegenüber um 11 Prozentpunkte höher als der kinderlosen Männer (Abbildung 8).

Das Erwerbsverhalten im Zusammenhang mit Kindern schwankt bei Männern weniger stark als bei Frauen, einzig in den liberalen Wohlfahrtsstaaten steigt sie beim Vorhandensein von Kindern weniger stark an als im europäischen Durchschnitt. Die Schwankungen der Frauenbeschäftigungsquote sind beachtlich. Während in den Mittelmeerländern – bei ohnehin geringer Arbeitsmarktintegration und geringer Kinderanzahl – die Quote von Frauen mit Betreuungspflichten um 4,3 Prozentpunkte niedriger ist, sinkt sie im konservativen Europa um 15 Prozentpunkte und in den liberalen Ländern UK und Irland auf 19 Prozentpunkte.

Die Kinderanzahl pro Frau kann nicht als Erklärungsfaktor herangezogen werden. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau beträgt in den Mittelmeer- und auch in den zentral- und osteuropäischen Ländern 1,4, in Kontinentaleuropa 1,7 und in den nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten sowie Irland und UK 1,9 Kinder pro Frau.

Abbildung 8: Beschäftigungsquote von 20-49 jährigen Frauen und Männer: Differenz zwischen Kinderlosen und Eltern mit Betreuungspflichten in Prozentpunkten, 2010



Q: Eurostat, European Commission, WIFO-Berechnungen. – Anm.: 1) Keine Daten für Schweden und Dänemark verfügbar. – 2) Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Gerade die Zunahme der atypisch beschäftigten bzw. entlohnten Frauen und auch Männer führt sowohl zu einer Zunahme der ökonomischen Unsicherheiten die mit diesen Beschäftigungsformen verbunden sind, wie auch zu einer Zunahme der sozialen Risiken. Die Prekarisierung bezieht sich dabei nicht nur auf den formalen Beschäftigungsstatus sondern auch auf die Qualität der Arbeit, die Arbeitsinhalte und die Arbeitsorganisation; Jürgens spricht in diesem Zusammenhang von der „prekären Normalarbeit“ (Jürgens, 2011, S. 380) die auch noch von steigender Verunsicherung, bezogen auf den Arbeitsplatzverlust, verbunden ist. Atypische Beschäftigungsformen entscheiden letztendlich nicht alleine darüber, welche unmittel- und mittelbaren sozialen Risiken damit verbunden sind: Persönliche, biografische und betriebliche Merkmale beeinflussen ebenfalls die Arbeitsplatzunsicherheiten und damit die individuellen sozio-ökonomischen Risiken (Bartelheimer, 2011).

Wirkung atypischer Beschäftigung auf neue soziale Risiken hängt vom institutionellen Gefüge ab

Die Bedeutung der atypischen Beschäftigungsformen für das Ausmaß und die Verbreitung der neuen sozialen Risiken muss auch vor dem institutionellen Hintergrund der einzelnen

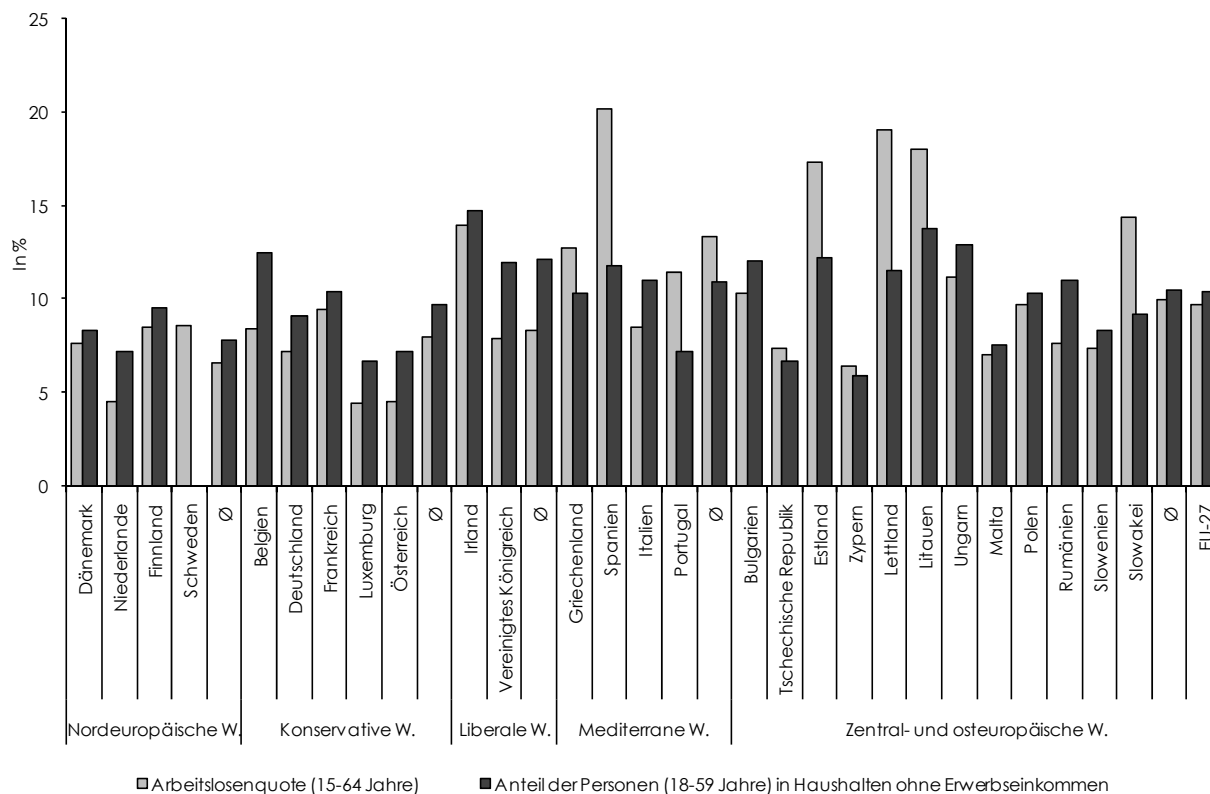
Länder beurteilt werden. Die gezeigten länderspezifischen Unterschiede im Ausmaß und der Art von atypischen Beschäftigungsverhältnissen und deren Einfluss auf induzierte oder auch reduzierte Arbeitsmarktrisiken können auf der Ebene der aggregierten Daten nicht quantifiziert werden. Insgesamt haben institutionelle Rahmenbedingungen einen Einfluss auf die sozio-ökonomische Absicherung einzelner Bevölkerungsgruppen.

Durch die Vielschichtigkeit sowohl arbeitsmarktbezogener, als auch wohlfahrtstaatlicher institutioneller Arrangements in den Ländern der Europäischen Union stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang von Flexibilität und Einkommens- bzw. Beschäftigungsunsicherheiten, die zu einer ökonomischen und sozialen Benachteiligung führen können. Dabei stehen zwei Thesen zur Disposition:

- Jener Forschungsstrang, der davon ausgeht, dass sich Flexibilität und Sicherheit gegenseitig ausschließen und daher entweder nur Flexibilität oder nur Sicherheit erreicht werden kann. Als Beispiele werden häufig die kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten (hohe Sicherheit, geringe Flexibilität) sowie die angelsächsischen Systeme (hohe Flexibilität, geringe Sicherheit) genannt.
- Entgegen der „trade-off“ Annahme geht ein zweiter Forschungsstrang davon aus, dass Flexibilität und Sicherheit durchaus vereinbar seien. Diese sogenannter „Flexicurity-Ansatz“ verweist auf die Erfahrungen aus den nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, die sich durch hohe Flexibilität bei gleichzeitig hohem sozialem Sicherheitsniveau auszeichnen (*Muffels - Luijckx, 2008*).

Die institutionellen Rahmenbedingungen variieren zwischen hoher und geringer Flexibilität mit nicht eindeutigen Auswirkungen auf die Höhe der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote ist ein statischer Indikator, der die Dynamik am Arbeitsmarkt nicht adäquat abbilden kann. Die Rückwirkungen der Flexibilität und der Arbeitsmarktdynamik auf die ökonomische und soziale Absicherung einzelner Gruppen lässt sich nur im Zeitablauf beurteilen. Sind Personen nur einmalig oder vorübergehend vom Erwerbsleben ausgeschlossen, ist die Betroffenheit von neuen sozialen Risiken weniger stark gegeben als bei Personen, die immer wieder oder länger anhaltend vom Erwerbsleben ausgeschlossen bleiben. Die individuellen oder auch gruppenspezifischen Gefährdungspotentiale können (1) nur bei gleichzeitiger Betrachtung der Lebenslagen (von der formalen Qualifikation bis hin zu Arbeitsmarktbeschränkungen durch Betreuungspflichten) und (2) der Dauer der jeweiligen Betroffenheit über den Erwerbszyklus beurteilt werden.

Abbildung 9: Arbeitslosenquoten (15-64 Jahre) und Anteil der 18- bis 59-Jährigen die in Haushalten ohne Erwerbseinkommen leben, 2010



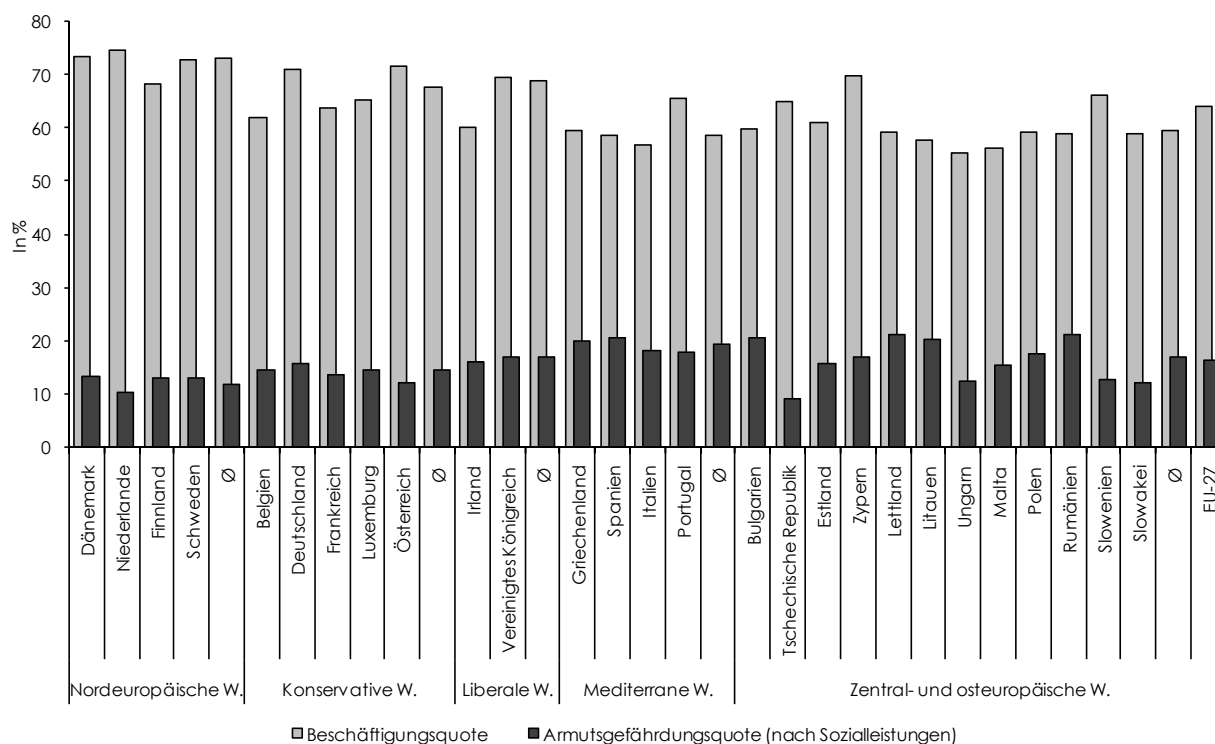
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: Keine Werte für SE (Personen in Haushalten ohne Erwerbseinkommen) verfügbar. – Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Ein hohes Risiko der mangelnden sozialen Absicherung bei Personen im Erwerbsalter liegt im Bereich der Erwerbsinaktivität. Im Jahr 2010 lag in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Arbeitslosenquote laut Eurostat bei 9,7%. Von der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 59 Jahren lebten 10% in Haushalten ohne Erwerbseinkommen. Insgesamt zeichnen sich die nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten dadurch aus, dass die Erwerbsquote hoch ist und die Arbeitslosigkeit sowie der Anteil von Personen in Haushalten ohne Erwerbseinkommen relativ gering sind. Die jüngste Wirtschaftskrise führte vor allem in Spanien, den baltischen Staaten, sowie Irland zu einer hohen Arbeitslosigkeit. In diesen Ländern liegt auch der Anteil der Bevölkerung, der in Haushalten ohne Erwerbseinkommen lebt, deutlich unter dem Niveau der Arbeitslosenquote. Hier besteht die Möglichkeit, dass das Einkommensrisiko der Einzelnen im Haushaltskontext abgemildert wird.

Eine andere Situation liegt in Ländern vor, in denen der Anteil der Erwerbsbevölkerung in Erwerbslosenhaushalten deutlich über der Arbeitslosenquote liegt. Für eine ökonomische und soziale Absicherung müssten hier entweder Einkünfte aus Besitz und Vermögen die Erwerbseinkommen kompensieren. Teils könnten auch ausgebaute Transfersysteme die

Erwerbseinkommensverluste kompensieren (Österreich). Oder aber die ökonomische und soziale Absicherung in Belgien, dem Vereinigten Königreich, Rumänien, Bulgarien und Ungarn ist für Personen, die in Haushalten ohne Erwerbseinkommen leben, mangelhaft. Die Verteilung der Einkommen und die Armutsgefährdung sind geeignete Indikatoren zur Klärung der Betroffenheit von neuen sozialen Risiken in diesen Ländern.

Abbildung 10: Beschäftigungsquoten (15-64 Jahre) und Armutsgefährdung nach Sozialleistungen, 2010



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Eine hohe Erwerbsbeteiligung ist jedenfalls Voraussetzung für die Einkommenssicherung der Bevölkerung. In den nordischen Ländern mit einer hohen Erwerbsbeteiligung der Frauen und Männer ist die Armutsgefährdung (nach den Sozialtransfers) mit 11,8% deutlich geringer als in den anderen Modellen. Die konservativen Wohlfahrtsstaaten mit der zweithöchsten Erwerbsquote haben die zweitniedrigste Armutsquote. In den liberalen Modellen Irland und dem Vereinigten Königreich ist die Erwerbsbeteiligung mit 69% zwar ebenfalls höher als im Durchschnitt aller Mitgliedsstaaten, die Armutsgefährdung entspricht jedoch dem europäischen Durchschnitt. In den mediterranen Wohlfahrtsmodellen findet sich eine geringe Erwerbsbeteiligung gepaart mit der höchsten Armutsgefährdungsquote. Die zehn Länder, die hier zum zentral- und osteuropäischen Wohlfahrtsmodell zusammengefasst wurden, weisen

die größte Heterogenität auf. Slowenien und Tschechien erreichen überdurchschnittliche Beschäftigungsquoten und unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten.

4.2 Monetäre Indikatoren

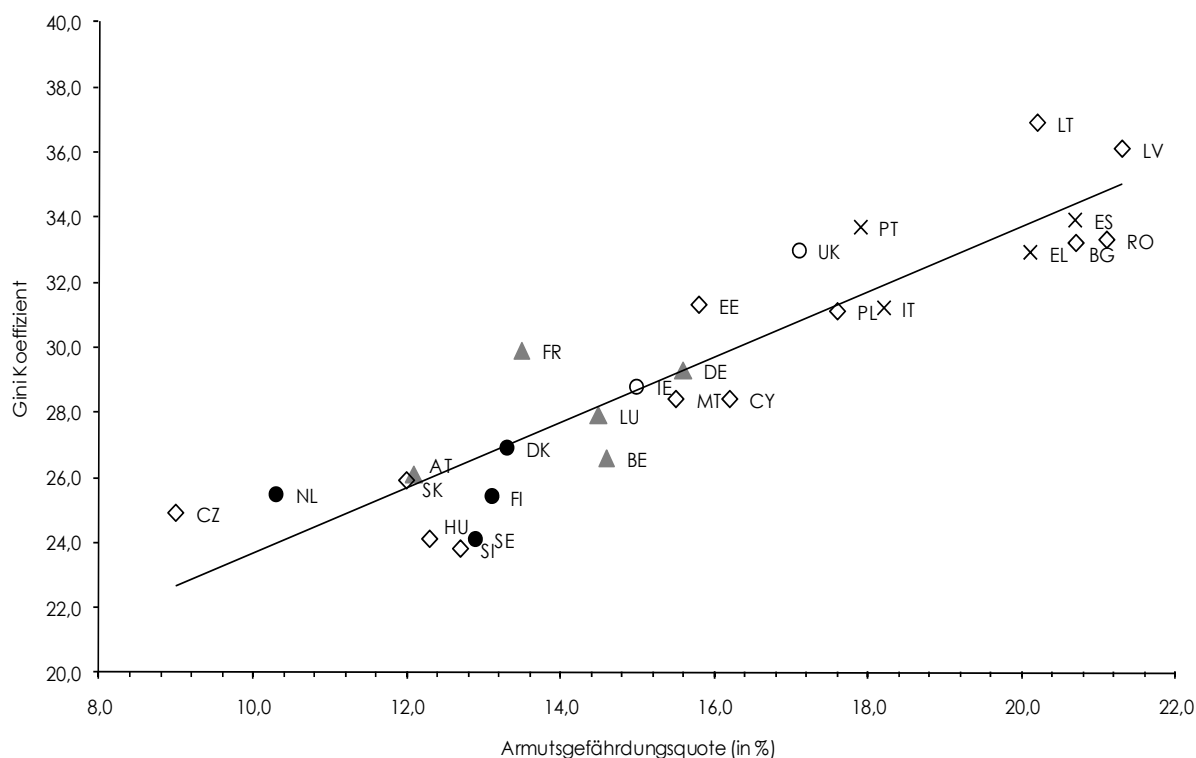
Die Armutsgefährdungsquote Arbeitsloser ist erwartungsgemäß höher als in der Gesamtbevölkerung. Im Durchschnitt der Mitgliedstaaten sind Arbeitslose laut Eurostat 2,5-mal höher von Armut betroffen als die Gesamtbevölkerung. Arbeitslosenversicherungsleistungen bremsen den Einkommensentfall. Die Nettoersatzrate der Arbeitslosenleistungen nach 6 Monaten bewegt sich zwischen 46% in Irland und 89% in Belgien. Neben Irland haben nur noch Malta und Estland eine geringere Nettoersatzrate als Österreich (*European Commission, 2011*). Die Systeme der sozialen Sicherheit reduzieren ebenso wie die Steuersysteme die Ungleichheiten der Primäreinkommen und tragen wesentlich zur ökonomischen und sozialen Absicherung der Bevölkerung bei.

Eine relativ gleiche Einkommensverteilung reduziert das Risiko einer mangelhaften ökonomischen und sozialen Absicherung. Die Entwicklung in den vergangenen Jahren zeigte aber einen gegenteiligen Trend: die Einkommensungleichheiten sind tendenziell gestiegen (*Atkinson, 2007*). Eine Vergrößerung der Einkommensungleichheiten der Markteinkommen ist auch in Österreich zu beobachten (*Mayrhuber – Leoni – Marterbauer, 2010*). Gründe dafür sind die zunehmende Atypisierung der Arbeitsverhältnisse (steigende Teilzeitquoten) und die schwachen Lohnentwicklungen, die ein gesamteuropäisches Phänomen sind. Die Segmentierung des Arbeitsmarktes vergrößert die Einkommensungleichheiten.

Eine relative Gleichverteilung der Markt-Einkommen zeigt sich in Schweden, Finnland, Österreich, aber auch Tschechien, Ungarn und Slowenien. Deutschland, Frankreich, Irland, Niederlande, Italien, Estland und Polen bewegen sich im europäischen Durchschnitt. Die größte Einkommensungleichverteilung hatten 2009 Lettland, Litauen, Portugal, sowie Griechenland.

Die Positionierung der Länder beim Einkommensvergleich anhand des Gini-Koeffizienten zeigt, dass die wohlfahrtsstaatlichen Modelle hier eine geringere Ähnlichkeit in der Verteilungssituation aufweisen als bei den diskutierten Arbeitsmarktindikatoren. Tschechien, Slowenien und Slowakei haben eine egalitärere Einkommensverteilung als Schweden oder Dänemark.

Abbildung 11: Armutsgefährdungsquoten und Einkommensungleichheit in Europa, 2010



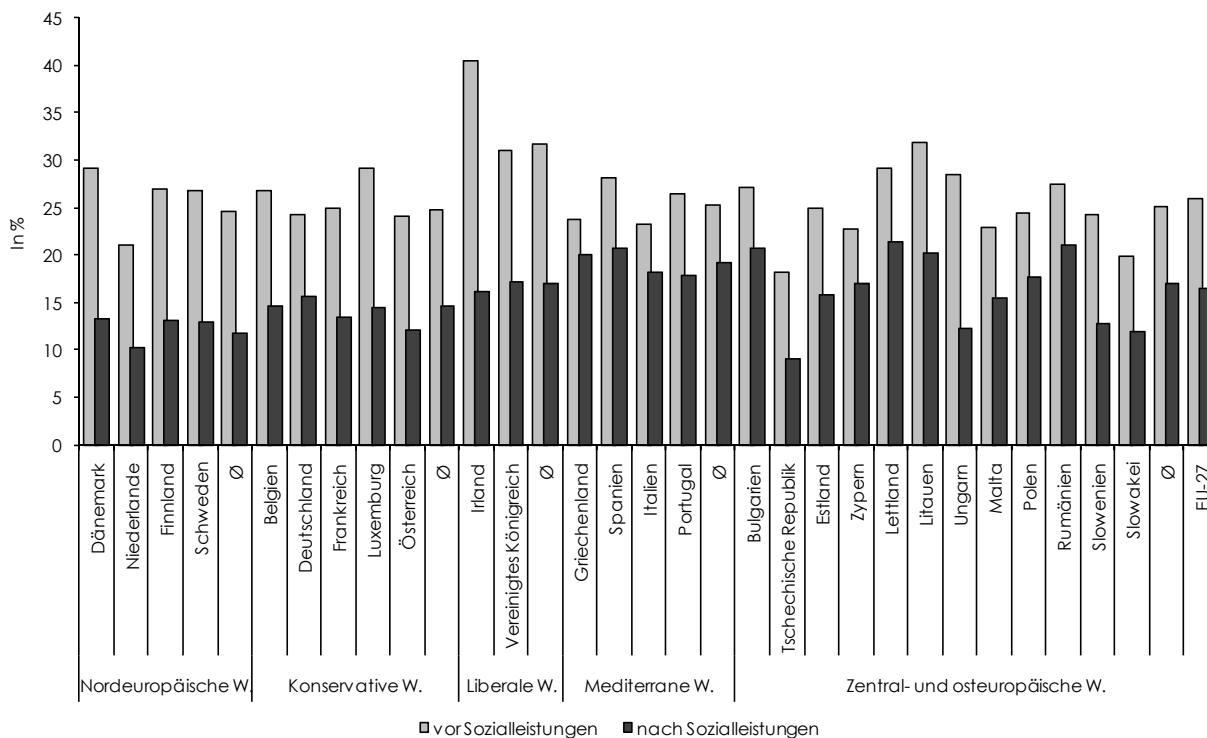
Q: Eurostat, Eppel – Leoni, 2011, S. 10.

Insgesamt ist ein negativer Zusammenhang zwischen der Ungleichverteilung der Markteinkommen und der Armutsgefährdungsquote der einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten vorhanden (Abbildung 11). Die genannten Länder Tschechien, Slowenien und Slowakei haben eine ebenso geringe Armutsgefährdungsquote wie Dänemark, Schweden, Österreich und Finnland. Die Armutsgefährdung hängt zum einen von der Höhe und der Verteilung der Markteinkommen ab, zum anderen spielen sozialstaatliche (Um-)Verteilungsmechanismen eine entscheidende Rolle.

Die Armutsgefährdungsquote bei der ausschließlichen Betrachtung der Markteinkommen²²⁾ liegt im europäischen Durchschnitt laut Eurostat 2010 bei 26%, d. h. 26% der Bevölkerung wären von Armut gefährdet. Durch sozialstaatliche Leistungen sinkt die Armutsgefährdungsquote auf 16,4%. Die Armutsgefährdungsquoten vor Sozialleistungen streuen in Europa weniger stark als nach Sozialleistungen. Markteinkommen sind stärker von der Arbeitsmarktintensität und -stabilität, dem Lohnniveau und dieses wieder vom Bildungsniveau abhängig (Bock-Schappelwein – Falk, 2009) als von sozialstaatlichen Regelungen.

²²⁾ Pensionseinkommen sind hier zu den „Markteinkommen“ gezählt. Pensionseinkommen zählen auch in der österreichischen Umverteilungsstudie (Guger et al., 2009) zu den Markteinkommen. Die Hinzurechnung der Alterseinkommen zu den Sozialtransfers würde die Armutsgefährdungsquote steigen lassen.

Abbildung 12: Armutsgefährdungsquoten vor und nach Sozialleistungen, 2010



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Die Berücksichtigung der Sozialleistungen reduziert in den universalistischen Wohlfahrtsmodellen Nordeuropas die Armutsgefährdung auf durchschnittlich 11,8% der Bevölkerung. Hier ist ein Zusammenhang zwischen den Zielstellungen der Wohlfahrtsmodelle und dem Outcome gemäß dem Indikator Armutsgefährdung gegeben. In den konservativen Wohlfahrtsstaaten Mitteleuropas beträgt die Armutsgefährdungsquote 14,6%, wobei hier Österreich mit 12,1% deutlich besser liegt. Länder mit liberalen Wohlfahrtszielen und die zentral- und osteuropäischen Länder, sowie die baltischen Staaten reduzieren die Armutsgefährdung durch Sozialleistungen auf durchschnittlich 17% der Bevölkerung. Die geringste Reduktion in der Armutsgefährdung haben die Länder des Mittelmeerraums. Durch Sozialleistungen sind nicht mehr 25%, sondern 19% von Armut gefährdet.

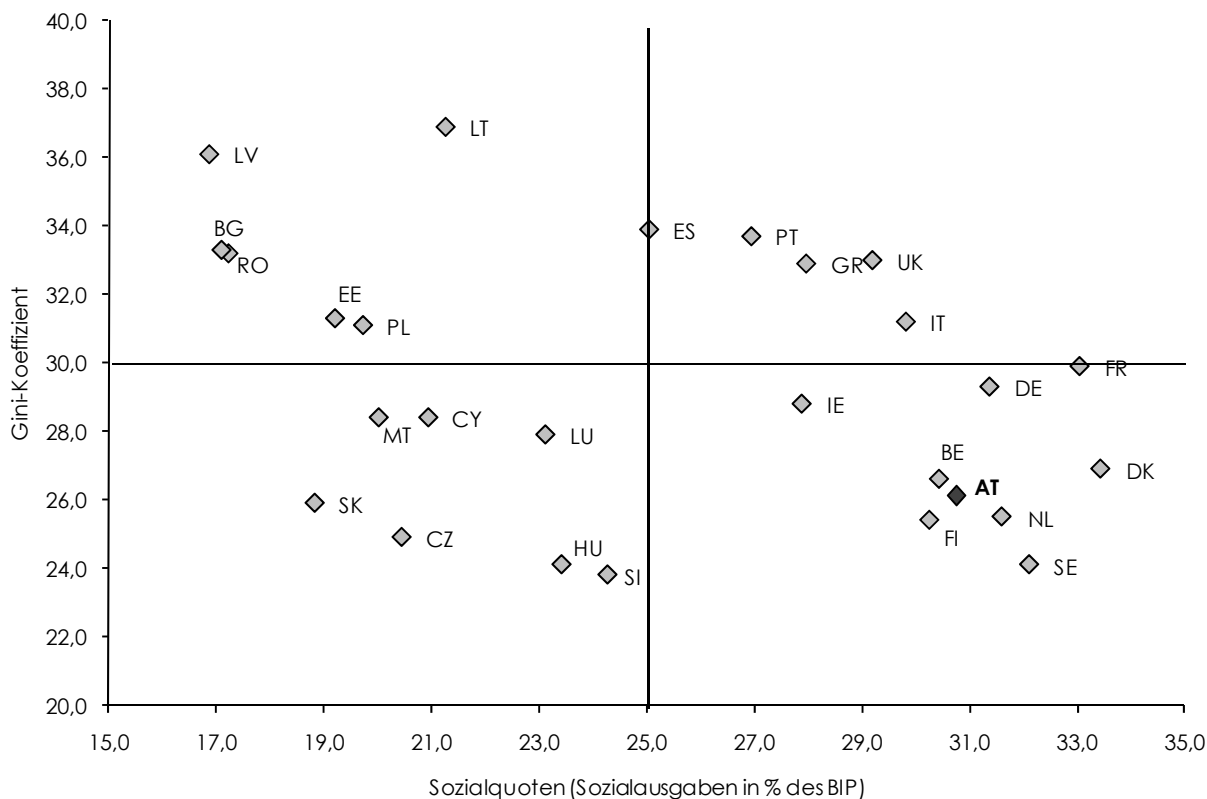
Das verfügbare Einkommen der reichsten 20% der Bevölkerung ist in Europa 5-mal so hoch wie jenes der ärmsten 20%. Deutlich darunter liegen die Einkommen in den nordeuropäischen Ländern und in den konservativen Wohlfahrtsmodellen. Auch in Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Slowakei und Slowenien liegen die Einkommensunterschiede der beiden Gruppen weniger weit auseinander als im europäischen Durchschnitt. In Litauen, Lettland, Spanien, ebenso wie in Portugal, Griechenland und Italien, haben demgegenüber die reichsten 20%

der Bevölkerung zwischen 7,3 und 5,2-mal so hohe Einkommen wie die ärmsten 20% der Bevölkerung.

Durch vorhandene Sozialpolitiken in Form von monetären oder realen Unterstützungen lassen sich die Länderpositionen folgendermaßen festhalten (Abbildung 13): Geringe Ungleichheiten in der Einkommensverteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen werden nicht nur durch ein entsprechendes Steuersystem, sondern auch durch ein entsprechendes Sozialleistungssystem erreicht. In der Gegenüberstellung der Sozialausgaben in % des BIP und dem Gini-Koeffizienten bilden die mediterranen Wohlfahrtsmodelle eine Gruppe mit hoher Ungleichheit trotz relativ hohen Sozialausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung. Die nordischen und konservativen Modelle bilden hier ebenfalls eine Gruppe mit Einkommensgleichheit und hohen Sozialausgaben. Die EU-Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 hingegen erreichen mit geringen Sozialausgaben einmal eine ähnliche Verteilungsgleichheit wie Nordeuropa (Ungarn, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Zypern, Malta) und einmal hohe Ungleichheiten bei geringen Sozialleistungen (baltische Staaten, Polen, Bulgarien und Rumänien).

Hier spielt vor allem die Struktur und weniger die Höhe der Sozialleistungen für die Herstellung von ökonomischer und sozialer Inklusion eine entscheidende Rolle. Der Makro-Indikator Sozialausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung stellt einen zu groben Indikator zur Quantifizierung seines Einflusses auf die Gruppe jener dar, die von neuen sozialen Risiken bedroht und betroffen sind.

Abbildung 13: Sozialausgaben in % des BIP und Gleichverteilung in Europa, 2009



Q: Eurostat.

4.3 Nicht-monetäre Betroffenheitsindikatoren

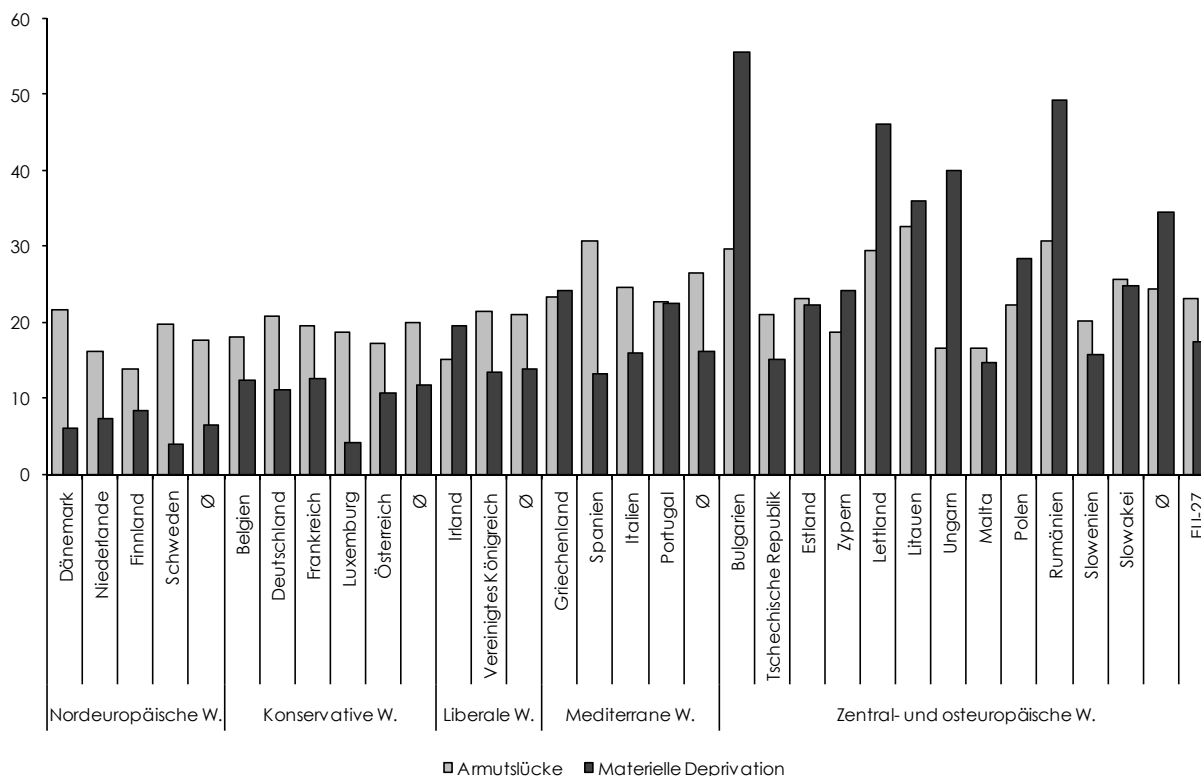
Die neuen sozialen Risiken werden an der Einkommenssituation der Betroffenen sichtbar. Soziale Absicherung kann über Einkommen und monetäre Transfers verbessert werden. Fragen nach der Adäquanz des Sicherungsniveaus stehen auch im Zusammenhang mit den Bedürfnissen und dem Bedarf der Personen. Die Zurverfügungstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen verbesserte die Lebenssituation der Menschen und verringert damit die sozialen Risiken (Festl et al., 2010).

Einkommensarmut führt zu materieller Deprivation. Das Europäische Statistische Zentralamt definiert materielle Deprivation als Mangel an Möglichkeiten in zumindest drei von neun Lebensbereichen²³⁾. Die nachfolgende Abbildung stellt die materielle Deprivation im Zusammenhang mit der Armutslücke dar. Diese vergleicht die Schwelle der Einkommensarmut (üblicherweise 60% des äquivalisierten Haushaltseinkommens) mit dem durchschnittlichen Einkommen der Haushalte, die sich unter der Armutsschwelle befinden. Ist

²³⁾ Diese Bereiche sind: ungeplante Ausgaben bewältigen, eine Woche Urlaub, Zahlungsrückstände bei laufenden Ausgaben, jeden zweiten Tag Fleisch oder Fisch zum Essen, regelmäßiges Heizen der Wohnung, Elektronische Geräte (Waschmaschine, Telefon etc.).

dieses Durchschnittseinkommen knapp unter der Armutsschwelle, dann ist die Armutslücke kleiner als bei Durchschnittseinkommen weit unter der Armutsgrenze. Es sollte daher einen Zusammenhang zwischen der Armutslücke und der materiellen Deprivation geben: Je geringer die Armutslücke ausfällt, desto geringer sollte auch die materielle Deprivation der betroffenen Bevölkerung sein.

Abbildung 14: Armutslücke und materielle Deprivation, 2010



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Wie die Abbildung zeigt, liegt die materielle Deprivation in den universalistischen Wohlfahrtsstaaten deutlich geringer als in den anderen europäischen Ländern. Hier leiden 6,3% der Bevölkerung unter einem Mangel in den Bedürfnissen des täglichen Lebens, während es im europäischen Durchschnitt 17,5% sind. In den konservativen Modellen haben 11,7% materiellen Mangel, in den mediterranen Wohlfahrtsmodellen sind es 16,2% und in Zentral- und Osteuropa 34,5%. In der letztgenannten Ländergruppe liegt das Einkommen jener, die weniger als 60% des Medianeinkommens haben, um 24,4% unter dem genannten Schwellenwert. In den Mittelmeerländern liegt das Einkommen der Gering-Einkommenbeziehenden um ein Viertel unter dem Armutsschwellenwert.

5. Neue soziale Risiken beim Erwerbsausstieg

Nach der Phase des Erwerbseinstiegs, der Haupterwerbsphase mit den neuen Spannungsfeldern aus Erwerbs- und Reproduktionsarbeit ist die letzte Phase der Erwerbstätigkeit bis zum Pensionsübertritt zunehmend eine Phase, die ebenfalls mit steigenden sozialen Risiken für bestimmte Bevölkerungsgruppen einhergehen kann. In dieser Phase verstärken sich die vorhandenen Segmentationstendenzen des Arbeitsmarktes noch einmal: Beschäftigte im stabilen Segment sind und bleiben vorwiegend bis zum Pensionsübertritt erwerbstätig. Die Beschäftigten im instabilen sekundären Segment sind mit vielschichtigen Risiken konfrontiert: Sie sind häufiger von Altersarbeitslosigkeit und bei geringer Qualifikation häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen (*Bock-Schappelwein, 2006*). Der Gesundheitszustand verschlechtert sich: Gaben in Österreich knapp ein Drittel der unselbständig Beschäftigten Gesundheitsbeschwerden an, stieg dieser Anteil in der Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen auf knapp zwei Fünftel an (*Biffl et al., 2011*). Gesundheitliche Beschwerden führen mit zunehmendem Alter zu längeren Fehlzeiten bis hin zu krankheitsbedingten Erwerbsbeendigungen (*Leoni, 2011*). Gleichzeitig steigen die Arbeitsplatzanforderungen im Zuge der Technologisierung und Effizienzsteigerung an, eine Entwicklung, die gerade für gesundheitlich Beeinträchtigte eine weitere Verringerung ihrer Arbeitsmarktchance bedeuten kann. Die Arbeitsmarktchancen sinken bei gesundheitlich Beeinträchtigten und Geringqualifizierte mit steigendem Lebensalter. Für diese Gruppen erhöht sich das Risiko einer ungenügenden ökonomischen und sozialen Absicherung bei längerem Arbeitsplatzverlust vor dem Pensionsübertritt.

5.1 Arbeitsmarkindikatoren

In den Ländern der Europäischen Union stieg in den vergangenen zehn Jahren der Anteil der Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung – insbesondere bis zum Jahr 2008 – an. Diese Dynamik war in der überwiegenden Zahl der Mitgliedsländer von der Frauenbeschäftigung getragen. Während im EU-27 Durchschnitt die Beschäftigungsquote zwischen 2000 und 2010 laut Eurostat mit -0,6 Prozentpunkte sogar leicht rückläufig war, wuchs die Quote der 15- bis 64-jährigen Frauen im Schnitt um 4,6 Prozentpunkte an. Zwar nimmt in den meisten europäischen Ländern die Erwerbsbeteiligung ab dem 50. Lebensjahr ab, die Beschäftigungsquoten beginnen in der Altersgruppe der 50- bis 55-Jährigen gegenüber den jüngeren Gruppen zu sinken, dennoch lagen die Zuwächse der Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen bzw. der 55- bis 64-Jährigen deutlich höher als im Gesamtdurchschnitt. Auch hier ist wieder ein deutlicher Genderunterschied vorhanden: Während die Beschäftigungsquote im europäischen Durchschnitt der 50- bis 64-jährigen Männer um 4,9 Prozentpunkte auf 64,4% zunahm, lagen die Zuwächse bei den Frauen mit 10,3 Prozentpunkten mehr als doppelt so hoch. Der Niveauunterschied in dieser Altersgruppe konnte in den vergangenen zehn Jahren im EU-27 Durchschnitt von 20 auf 15 Prozentpunkte verkleinert werden.

Die Beschäftigungsquote der Frauen sticht in einigen Ländern hervor: In Finnland ist die Quote der 55- bis 64-jährigen Frauen höher als die entsprechende Quote der Männer. Das ist auch in Estland und Lettland der Fall. In Litauen übersteigt die Gesamtbeschäftigungsquote der Frauen mit 58,7% jene der Männer um 2 Prozentpunkte.

Die Dynamik der deutlich steigenden Beschäftigungsquoten in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen und das stärkere Wachstum der Frauenbeschäftigungsquoten fanden in allen fünf Wohlfahrtstypologien statt. Ausgehend von einem niedrigeren Niveau lagen die Zuwachsraten in den kontinentaleuropäischen Ländern mit +17 bzw. +14 Prozentpunkten (Frauen bzw. Männer) höher als in den nordeuropäischen Wohlfahrtsmodellen. Starke Zuwächse der Frauenquoten verzeichneten auch die mediterranen Länder. Entlang den verwendeten Wohlfahrtstypologien ist die Arbeitsmarktintegration älterer Erwerbspersonen in den nordeuropäischen Wohlfahrtsmodellen sowohl bei Männern als auch bei Frauen am höchsten und auch in den liberalen Wohlfahrtsmodellen höher als in Kontinentaleuropa. Auch hier ist wieder ein deutliches Nord-Süd-Gefälle bzw. Ostgefälle vorhanden.

Insgesamt fällt es schwer, die einzelnen Faktoren, die zur steigenden Beschäftigungsquote Älterer führten, zu isolieren. Bis zum Jahr 2008 bedeuteten die prosperierenden makroökonomischen Rahmenbedingungen eine verstärkte Arbeitskräftenachfrage, von der auch Ältere profitieren konnten. Zum anderen verringerten die institutionellen Regelungen im Bereich der Alterssicherungssysteme vorzeitige Pensionsübertritte (*European Commission, 2008, 2010, 2010a*). Darüber hinaus ist ein gewisser Nachzieh-Effekt bei den Frauen vorhanden, die aufgrund ihrer veränderten Präferenzen und Qualifikationsstruktur eine verstärkte Arbeitsmarktpartizipation anstreben. Es handelt sich um die Kombination von konjunkturellen, institutionellen und strukturellen Faktoren mit unterschiedlichen Konsequenzen für die einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Übersicht 11: Beschäftigungsquoten (15-64 Jahre und 55-64 Jahre) nach Geschlecht, 2010

	Beschäftigungsquoten							
	Männer				Frauen			
	15-64 Jahre		55-64 Jahre		15-64 Jahre		55-64 Jahre	
	2010	Veränd. gegen 2000	2010	Veränd. gegen 2000	2010	Veränd. gegen 2000	2010	Veränd. gegen 2000
In %	In Prozent- punkten	In %	In Prozent- punkten	In %	In Prozent- punkten	In %	In Prozent- punkten	
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle								
Dänemark	75,8	-4,9	62,7	0,8	71,1	-1,0	52,5	6,3
Finnland	69,4	-1,7	55,6	13,8	66,9	1,7	56,9	16,2
Schweden	75,1	2,5	74,2	7,2	70,3	0,6	66,7	5,0
Niederlande	80,0	-2,1	64,5	14,6	69,3	5,9	42,8	17,0
Ø	76,6	-1,3	65,4	10,5	69,5	2,9	52,4	12,2
Konservative Wohlfahrtsmodelle								
Österreich	77,1	0,9	51,6	10,2	66,4	6,7	33,7	15,9
Belgien	67,4	-2,4	45,6	10,5	56,5	4,6	29,2	13,8
Deutschland	76,0	3,3	65,0	18,8	66,1	8,3	50,5	21,8
Frankreich	68,1	-0,7	42,1	9,2	59,7	4,9	37,4	11,3
Luxemburg	73,1	-1,9	47,7	9,8	57,2	7,2	31,3	14,5
Ø	72,5	1,3	54,3	14,1	63,0	6,7	43,2	17,0
Liberale Wohlfahrtsmodelle								
Vereinigtes Königreich	74,5	-3,2	65,0	5,2	64,6	0,1	49,5	8,1
Irland	63,9	-11,8	58,1	-4,8	56,0	2,8	42,0	14,9
Ø	73,8	-3,8	64,5	4,5	64,0	0,3	49,0	8,6
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle								
Spanien	64,7	-6,3	54,7	0,0	52,3	11,1	33,2	13,2
Griechenland	70,9	-0,8	56,5	0,8	48,1	6,3	28,9	4,1
Italien	67,7	0,1	47,6	7,3	46,1	6,8	26,2	11,0
Portugal	70,1	-6,1	55,7	-6,3	61,1	0,6	43,5	1,7
Ø	67,1	-2,8	51,6	3,0	49,8	7,8	30,4	10,4
Zentral- u. Osteuropäische Wohlfahrtsmodelle								
Bulgarien	67,4	-2,4	45,6	10,5	56,5	4,6	29,2	26,5
Tschechische Republik	73,5	0,4	58,4	6,8	56,3	-0,5	35,5	13,4
Estland	61,5	-2,2	52,2	1,8	60,6	3,4	54,9	17,0
Zypern	76,6	-2,0	71,2	3,8	63,0	10,0	43,0	10,9
Ungarn	60,4	-2,3	39,6	6,6	50,6	1,2	30,1	17,1
Malta	72,4	-2,9	47,9	-3,4	39,3	5,9	13,0	4,8
Litauen	56,8	-4,3	52,3	0,9	58,7	0,5	45,8	12,3
Lettland	59,2	-2,7	47,6	-0,6	59,4	6,1	48,7	22,9
Polen	65,6	4,4	45,3	7,9	53,0	3,7	24,2	2,4
Rumänien	65,7	-3,8	50,3	-7,1	52,0	-7,0	33,0	-14,3
Slowakei	65,2	3,6	54,0	18,8	52,3	1,2	28,7	18,5
Slowenien	69,6	2,9	45,5	14,5	62,6	4,1	24,5	10,2
Ø	65,8	0,4	48,2	4,8	53,8	0,7	30,1	5,3
EU-27	70,1	-0,6	54,6	7,7	58,2	4,6	38,6	11,2

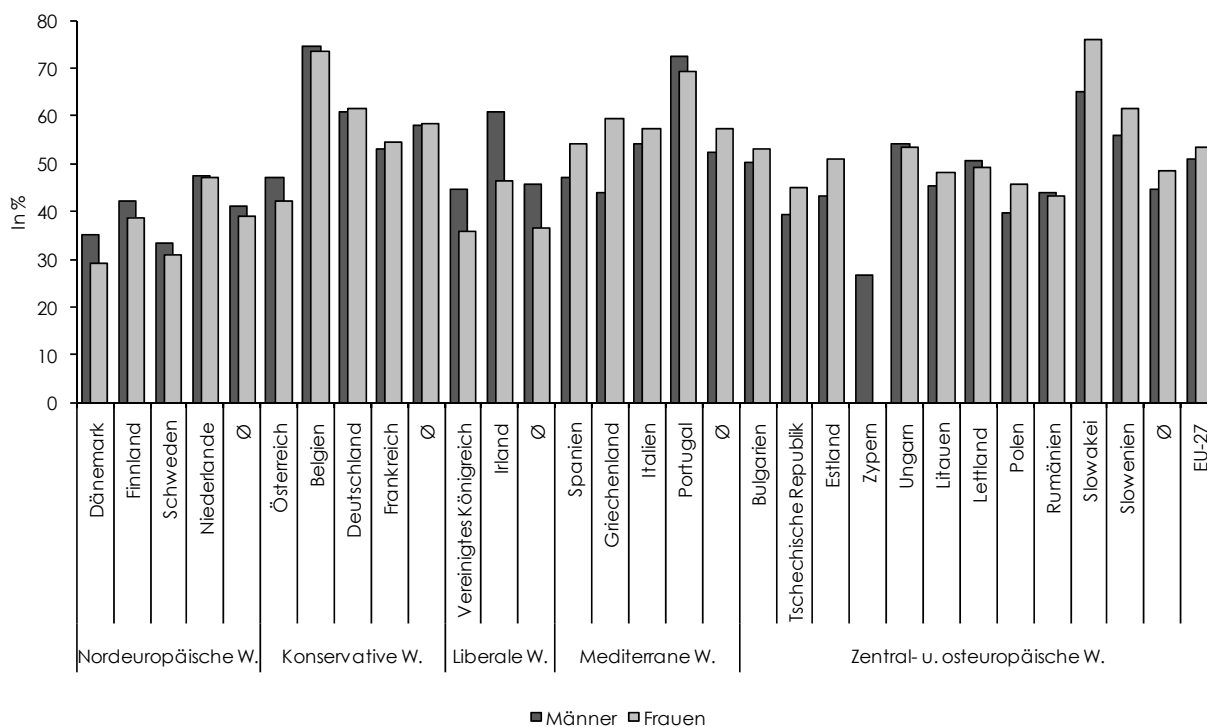
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Die deutlich gestiegenen Beschäftigungsquoten lassen mit diesem Indikator keine steigende Ausgrenzungsgefährdung in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen vermuten. Die steigenden Beschäftigungsquoten zeigen tendenziell eine Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von älteren Erwerbstätigen. Der Blick auf die Arbeitslosen- bzw. Inaktivitätsquote bestätigt dies teilweise, liefert aber ein uneinheitliches Bild der sozio-ökonomischen Situation.

Die Arbeitslosigkeits- und Beschäftigungsrisiken bestimmter Bevölkerungsgruppen sind deutlich gestiegen (*Bijwaard — Veenman, 2007*). Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe gibt Hinweise auf die sozio-ökonomische Lage einzelner Gruppe von Erwerbspersonen. Der starke Zuwachs bei den Beschäftigungsquoten war — insbesondere seit den Krisenjahren 2008/2009 — mit steigenden Arbeitslosenquoten bei den Älteren begleitet. Im europäischen Durchschnitt lag 2010 dennoch die Quote der 55- bis 64-Jährigen laut Eurostat um 2 Prozentpunkte unter dem Niveau der 25- bis 54-Jährigen. Für die Gruppe der älteren Arbeitslosen ist aber eine Rückkehr in eine reguläre Beschäftigung schwerer. Hinweis dafür liefert die Langzeitarbeitslosigkeit. In der EU-27 lag der Anteil jener mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von mehr als 12 Monaten in der Altersgruppe der 50- bis 64-jährigen Männer um ein Viertel höher als bei den Arbeitslosen aller Altersgruppen. Bei den Frauen lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen in dieser Altersgruppe sogar um ein Drittel höher als im Durchschnitt der Frauen.

Entlang den wohlfahrtsstaatlichen Modellen zeigte sich bei der Arbeitslosenquote der Älteren und beim Anteil jener Arbeitsloser, die länger als 12 Monate ohne Job sind, ein deutliches Nord-Süd bzw. Nord-Ost-Gefälle. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen erhöhte sich in den letzten zwei Jahren im Zuge der angespannten Arbeitsmarktsituation durch die Wirtschaftskrise deutlich. Die konservativen Wohlfahrtsstaaten und unter ihnen allen voran Belgien mit 74% und Deutschland mit 61% weisen sowohl bei Frauen als auch bei Männer die höchsten Anteile an Langzeitarbeitslosen in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen auf (Abbildung 15). Österreich hingegen liegt bei diesem Indikator im Durchschnitt der nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten.

Abbildung 15: Langzeitarbeitslosigkeit (50-64 Jahre) nach Geschlecht, 2010



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: 1) Langzeitarbeitslosigkeit (12 Monate und mehr) in % der gesamten Arbeitslosigkeit. – 2) Für Luxemburg, Malta und Zypern (Frauen) keine Werte verfügbar. – 3) Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

5.2 Monetäre Indikatoren

Die ökonomische Absicherung der aktiv Beschäftigten im Alter zwischen 55 und 64 Jahren zeigt deutliche Unterschiede entlang der Wohlfahrtsmodelle. Während in den nordeuropäischen und konservativen Wohlfahrtsmodellen die Armutsgefährdungsquote der 55- bis 64-jährigen Beschäftigten geringer ist als im Haupterwerbsalter 25-54, steigt die Armutsgefährdung in den liberalen und den mediterranen Modellen mit zunehmenden Alter im Erwerbsverlauf deutlich an. In der letzten Ländergruppe ist die Armutsgefährdung der älteren Beschäftigten nicht einheitlich. Hier führen eine geringe Beschäftigungs- und eine hohe Arbeitslosenquote zu einer überdurchschnittlichen Betroffenheit von Armut. Alleine in Griechenland waren 2010 laut Eurostat knapp 19% (Männer) bzw. 14% (Frauen) der Beschäftigten von Armut gefährdet. Auch in Portugal steigt mit zunehmenden Alter die Armutsgefährdung deutlich an, in Portugal liegt sie in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen beinahe doppelt so hoch wie im Haupterwerbsalter. In diesen Ländern ist die höhere Armutsgefährdung mit einem hohen Anteil von Inaktiven in diesen Altersgruppen verbunden.

Übersicht 12: Armutsgefährdungsquoten von Erwerbstätigen ("working poor") nach Geschlecht und Altersgruppen (EU-SILC), 2010

	Armutsgefährdungsquoten von Erwerbstätigen					
	Männer			Frauen		
	18-24 Jahre	25-54 Jahre	55-64 Jahre	18-24 Jahre	25-54 Jahre	55-64 Jahre
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle						
Dänemark	18,4	6,5	4,4	33,1	4,9	2,3
Niederlande	8,9	5,7	3,8	4,0	4,2	6,7
Finnland	6,8	3,6	4,5	10,9	2,8	3,1
Schweden	17,8	5,5	5,2	22,6	6,3	1,9
Ø	12,3	5,5	4,4	14,2	4,6	4,3
Konservative Wohlfahrtsmodelle						
Belgien	3,7	4,9	4,3	5,5	4,0	4,1
Deutschland	10,3	5,9	5,2	10,9	8,0	6,7
Frankreich	11,9	6,4	6,9	12,6	6,0	5,5
Luxemburg	7,4	11,9	4,1	11,4	10,8	5,1
Österreich	5,2	5,1	5,0	5,8	5,0	2,4
Ø	10,2	6,0	5,8	10,9	6,8	5,8
Liberale Wohlfahrtsmodelle						
Irland	9,4	9,2	12,4	4,6	4,3	7,7
Vereinigtes Königreich	5,2	7,1	5,7	6,3	6,7	6,6
Ø	5,5	7,2	6,2	6,2	6,5	6,7
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle						
Griechenland	18,7	16,0	18,5	3,8	10,1	13,9
Spanien	13,7	13,6	14,9	15,3	10,5	12,2
Italien	12,7	11,3	7,4	14,1	7,4	4,0
Portugal	5,6	9,4	16,2	11,3	7,9	16,9
Ø	13,0	12,4	11,8	13,4	8,8	8,9
Zentral- und osteuropäische Wohlfahrtsmodelle						
Bulgarien	9,2	8,4	8,6	4,5	7,2	5,1
Tschechische Republik	1,3	4,3	2,3	4,6	3,8	2,1
Estland	1,2	5,4	6,4	8,2	8,7	5,8
Zypern	6,5	8,0	4,3	7,5	8,4	7,3
Lettland	9,3	10,0	8,0	7,1	10,7	8,8
Litauen	5,9	10,7	10,3	16,6	14,7	9,9
Ungarn	6,9	6,5	2,5	5,7	4,9	2,6
Malta	5,1	8,2	3,2	4,6	3,0	3,9
Polen	13,0	12,6	9,3	11,3	10,4	12,3
Rumänien	24,8	18,2	20,7	20,0	13,0	20,1
Slowenien	3,0	6,5	5,5	4,9	4,2	4,6
Slowakei	5,3	6,1	4,8	2,2	5,7	4,4
Ø	12,2	11,3	9,9	10,8	9,2	10,5
EU-27	10,9	9,0	7,8	10,7	7,6	7,0

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Die Armutsgefährdung der gesamten Bevölkerung im höheren Erwerbsalter kann bei den Männern zu einem guten Teil mit der Höhe ihrer Arbeitsmarktpartizipation erklärt werden: Je höher die Beschäftigungsquote der 50- bis 64-Jährigen (also einer breiteren Altersgruppe als jene die in Übersicht 12 dargestellt ist), desto niedriger ihre Armutsgefährdung. Diese Korrelation ist bei den Frauen nicht gegeben. Auch bei starken Zuwächsen in der

Beschäftigungsquote reagierte ihre Armutsquote in manchen Ländern nicht bzw. nicht in erwartetem Ausmaß. Während in Österreich die Beschäftigungsquote der Frauen im Alter zwischen 50 und 64 in den vergangenen fünf Jahren laut Eurostat um 11 Prozentpunkte zunahm und die Armutsquote der Frauen in dieser Altersgruppe (Bevölkerung) um 0,6 Prozentpunkte auf 9,3% abnahm und damit bei beiden Indikatoren besser als der EU-27 Durchschnitt lag, gab es eine konträre Entwicklung in Deutschland: Die starken Zuwächse bei der Beschäftigungsquote der Frauen (und Männer) um 11 (bzw. 9) Prozentpunkte führten nicht zu einem Rückgang der Armutsgefährdungsquote in der entsprechenden Altersgruppe: Die Armutsgefährdung nahm bei den Männern um fünf und bei den Frauen um knapp vier Prozentpunkte innerhalb von fünf Jahren auf 17% zu. Auf der anderen Seite der Entwicklungen blieb in Frankreich die Beschäftigungsquote der 50- bis 64-Jährigen in den vergangenen fünf Jahren annähernd konstant, während die Armutsgefährdung um knapp 2 Prozentpunkte auf 8,4% zurück ging.

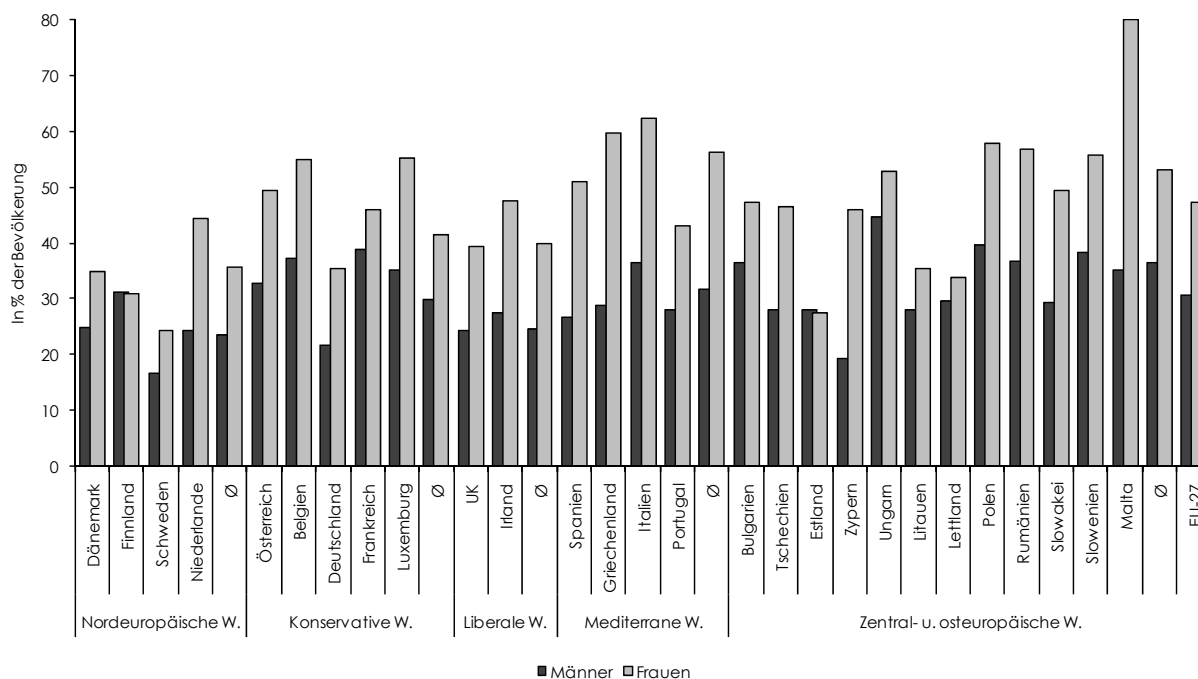
Die Höhe und die Dynamik der Armutsgefährdung in den vergangenen fünf Jahren kann bei den Frauen nur teilweise mit der quantitativen Arbeitsmarktintegration, also der Beschäftigungsquote erklärt werden. Die Qualität der Arbeit im Sinne von Beschäftigungsformen (regulär versus atypisch) und das Einkommensniveau sind neben sozialrechtlichen Regulierungen und familiären Strukturen zentrale Einflussfaktoren auf die ökonomische und soziale Positionierung der Frauen im letzten Drittel des Erwerbslebens.

5.3 Nicht-monetäre Indikatoren

Die ökonomische und soziale Lage der 50- bis 64-jährigen Erwerbspersonen ist neben individuellen Faktoren wie Bildung und Arbeitsmarktintegration, den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, gerade in dieser Altersgruppe auch von institutionellen Regelungen beeinflusst. Beim Vorhandensein von speziellen Arbeitslosenregelungen für ältere Arbeitslose und angespannter Arbeitsmarktlage kann die registrierte Arbeitslosigkeit höher sein. Auf der anderen Seite reduzieren vorzeitige Pensionsmöglichkeiten sowohl die Beschäftigungs- als auch die Arbeitslosenquote. Frauen hatten und haben in einigen Ländern ein niedrigeres Pensionsantrittsalter. Die gegenüber den Männern niedrigeren Beschäftigungsquoten sind teilweise darauf zurück zu führen. Frauen sind in dieser Altersgruppe häufiger inaktiv als Männer. Der Anteil der Inaktiven an der Bevölkerung im Alter zwischen 50 und 64 Jahren variiert in den Ländern der Europäischen Union stark und liegt zwischen 17% (schwedische Männer) und 62% (Frauen in Italien) bzw. 80% (Frauen in Malta).

In den nordeuropäischen Wohlfahrtsmodellen ist der Anteil der nicht am Arbeitsmarkt integrierten Älteren am geringsten. Eine Ausnahme bildet hier die Niederlande: Frauen der Altersgruppe 50-64 Jahre sind hier zur Hälfte und Männer zu einem Fünftel inaktiv. Die höchsten Inaktivitätsquoten verzeichnen die mediterranen sowie zentral- und osteuropäischen Wohlfahrtsmodelle. In der erstgenannten Ländergruppe ist mehr als die Hälfte der Frauen bereits aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden.

Abbildung 16: Inaktivitätsquoten (50-64 Jahre) nach Geschlecht, 2010



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

In den nordeuropäischen Wohlfahrtsmodellen mit den geringen Anteilen der Nichterwerbspersonen ist die krankheitsbedingte Inaktivität in einem höheren Ausmaß gegeben: In Schweden, Dänemark, Großbritannien aber auch in den Niederlanden gab es im Vergleich zu den anderen Ländern überdurchschnittlich viele Personen, die Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit als Grund für ihre Inaktivität angeben. In den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten ist die Inaktivität aufgrund von Betreuungspflichten höher und in den mediterranen Modellen, wie auch in den neuen Mitgliedsstaaten sind die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei den Gründen für Inaktivität deutlich stärker ausgeprägt (Famira-Mühlberger, et al., 2010).

Neben den makroökonomischen Rahmenbedingungen, der Arbeitsnachfrage für diese Beschäftigtengruppe mit ihren Lohn-Produktivitäts-Profilen und den Sozialversicherungsanreizen in der Arbeitslosen- und Pensionsversicherung ist gerade mit zunehmenden Alter der individuelle Gesundheitszustand eine entscheidende Einflussgröße für bzw. gegen die Arbeitsmarktintegration. Für Österreich zeigt sich, dass mit zunehmenden Alter die gesundheitsbedingten Beschwerden ebenfalls zunehmen: Im Jahr 2007 gaben rund 13% der unselbständig beschäftigten Frauen und Männer arbeitsbedingte gesundheitliche Beschwerden an, in der Altersgruppe der 50- bis 54-Jährigen waren es bereits 20%; beschäftigte Männer der Altersgruppe 60 bis 64 Jahre gaben nur mehr 16% arbeitsbedingte gesundheitliche Beeinträchtigungen an (Biffl et al., 2011).

Bei diesen Befragungsdaten zum Gesundheitszustand in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen zeigt sich deutlich der „Healthy-Worker-Effect“: Arbeitskräfte mit gesundheitlichen Problemen verlassen in vielen Fällen noch vor dem Zeitpunkt des Regelpensionsalters den Arbeitsmarkt. Umgekehrt bedeutet dies, dass mit zunehmendem Alter vorwiegend Personen mit überdurchschnittlicher Gesundheit und/oder einer besonders starken Motivation zur Erwerbstätigkeit in Beschäftigung verbleiben. Dieser „Healthy-Worker“-Effekt kann immer dann beobachtet werden, wenn gesundheitliche Indikatoren mit der Altersstruktur der Beschäftigten in Bezug gebracht werden, wie beispielsweise neben dem allgemeinen Gesundheitszustand auch die Krankenstandsquoten: Im Haupterwerbsalter steigen sie mit jeder Alterskohorte deutlich an und gehen in der Gruppe der 60- bis 64-Jährigen zurück (Leoni, 2010a).

Vergleichbare europäische Daten bestätigen den unterschiedlichen Gesundheitszustand von Erwerbstätigen und Pensionierten in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen. Bei den pensionierten Männern geben laut Eurostat 13,6% und 15,0% der Frauen einen schlechten bzw. sehr schlechten Gesundheitszustand an. Die Beschäftigten dieser Altersgruppe hingegen hatten nur zu 5,6% (Männer) bzw. 6,1% (Frauen) einen schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand (siehe Übersicht 13 EU-27 Durchschnitt). Auf der anderen Seite beurteilten 2/3 der Beschäftigten ihren Gesundheitszustand als sehr gut oder gut, bei den Pensionierten ist es nur knapp die Hälfte.

Übersicht 13: Selbstwahrgenommene Gesundheit von Beschäftigten und PensionistInnen (55-64 Jahre) im Vergleich, 2010

	Selbstwahrgenommene Gesundheit von Beschäftigten				Selbstwahrgenommene Gesundheit von PensionistInnen			
	Frauen		Männer		Frauen		Männer	
	(Sehr) Gut	(Sehr) Schlecht	(Sehr) Gut	(Sehr) Schlecht	(Sehr) Gut	(Sehr) Schlecht	(Sehr) Gut	(Sehr) Schlecht
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle								
Dänemark	78,4	3,6	75,5	4,2	66,0	7,2	62,4	9,8
Niederlande	83,1	2,4	81,5	3,6	73,4	6,7	75,8	2,7
Finnland	68,1	4,0	65,2	6,5	64,1	6,6	63,2	3,9
Schweden	80,9	2,5	83,8	1,2	65,5	2,6	79,5	2,8
Ø	79,6	2,8	78,8	3,5	68,9	5,7	72,9	4,0
Konservative Wohlfahrtsmodelle								
Belgien	81,5	1,3	74,8	3,8	68,4	8,9	68,9	6,5
Deutschland	62,6	5,4	60,1	5,6	48,6	10,1	42,7	16,2
Frankreich	64,3	4,8	65,1	4,8	57,1	10,1	60,2	10,5
Luxemburg	76,5	9,3	70,9	6,6	60,8	7,8	67,9	12,1
Österreich	67,8	12,2	65,8	6,1	52,4	13,3	42,7	18,0
Ø	64,8	5,3	63,3	5,2	53,4	10,2	51,2	13,5
Liberale Wohlfahrtsmodelle								
Irland	88,3	.	88,2	1,0	80,6	5,0	63,6	5,0
Vereinigtes Königreich	85,2	2,3	85,0	1,9	69,7	8,9	70,2	9,0
Ø	85,4	2,3	85,2	1,8	70,4	8,6	69,7	8,7
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle								
Griechenland	76,8	3,4	74,4	7,1	63,0	10,7	65,4	11,0
Spanien	68,1	4,1	72,5	4,0	49,7	15,6	55,7	10,5
Italien	66,2	6,1	68,5	5,8	52,1	10,2	53,3	8,6
Portugal	26,6	22,0	37,1	16,8	12,8	39,3	23,0	36,0
Ø	64,5	6,5	67,8	6,2	48,9	14,6	52,7	11,8
Zentral- und osteuropäische Wohlfahrtsmodelle								
Bulgarien	60,6	6,4	67,4	7,6	33,7	24,1	36,2	28,1
Tschechische Republik	60,3	5,0	57,7	7,7	37,1	14,6	38,3	16,9
Estland	50,0	5,8	41,8	8,9	16,6	23,6	24,9	21,8
Zypern	59,1	8,7	61,8	8,9	47,4	17,0	54,1	30,9
Lettland	26,3	13,6	34,6	9,0	11,9	33,3	13,3	38,2
Litauen	30,9	11,6	36,3	10,2	16,0	32,6	9,9	26,3
Ungarn	47,9	7,4	46,6	10,2	23,5	22,8	25,0	24,6
Malta	69,6	2,7	61,9	1,2	50,6	1,6	45,4	4,5
Polen	44,4	10,4	47,7	11,3	25,3	20,9	29,3	20,1
Rumänien	60,8	7,4	69,7	1,6	33,3	16,4	39,7	19,5
Slowenien	45,4	24,2	48,5	12,1	35,8	18,8	38,3	20,4
Slowakei	53,8	10,5	49,4	10,2	29,0	23,7	29,1	24,9
Ø	51,0	8,9	54,2	8,3	28,6	20,4	31,9	21,6
EU-27	65,1	6,1	65,9	5,6	45,6	15,0	50,6	13,6

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: 1) Selbstwahrgenommene Gesundheit: Die Ausprägungen „Sehr gut“ und „Gut“ und „Sehr schlecht“ und „Schlecht“ wurden jeweils zusammengefasst. Die Ausprägung „Mittelmäßig“ wird in der Übersicht nicht dargestellt. – 2) Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Steigende Anforderungen in der betrieblichen Arbeitsorganisation bedeuten auch steigende Anforderungen an die individuelle Leistungsfähigkeit, die für alle Branchen und Statutsgruppen der Erwerbstätigen vorhanden ist (Jürgens, 2011). Teil dieser Leistungsfähigkeit sind Qualifikation, Kompetenzen und Fertigkeiten bzw. die Anpassung an veränderte Anforderungen der Unternehmen wie auch der individuelle Gesundheitszustand. Der langfristige Erhalt des individuellen Gesundheitszustands wird vor allem für Arbeitskräfte wichtiger, da für sie durch krankheitsbedingte, vorübergehende oder endgültige Beschäftigungsbeendigungen sowohl materielle Einbußen als auch die sozialen Risiken steigen.

Ob und wie weit die Personengruppe der gesundheitlich beeinträchtigten Beschäftigten und Pensionierten von ökonomischer und sozialer Ausgrenzung bedroht ist, hängt — wie auch bei den anderen bislang diskutierten Gruppen — von den vorhandenen sozialrechtlichen Regelungen im Bereich der krankheitsbedingten Erwerbsunterbrechungen bzw. endgültigen Erwerbsbeendigungen ab.

Insgesamt zeigt sich eine große Heterogenität bei den Beschäftigungs-, Arbeitslosigkeits-, Inaktivitäts- und Armutquoten zwischen den Ländern der europäischen Union. Gemeinsamkeiten sind dort gegeben, wo sich die Strukturen der sozialen Absicherung und die konjunkturelle Lage ähneln. Bei der Analyse von Subgruppen nach Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Ausbildung etc. innerhalb eines Landes vergrößert sich die vorhandene Heterogenität in der Arbeitsmarktintegration und in der ökonomischen Absicherung dieser Subgruppen innerhalb eines Landes und auch zwischen den Ländern noch einmal.

Die verwendeten Indikatoren stellen Momentaufnahmen dar. Die neuen sozialen Risiken manifestieren sich teilweise durch die beobachteten Veränderungen in der Armutsgefährdungsquote. Eine detailliertere Betrachtung der Frage, ob die gegebene verschärfte ökonomische Situation für die Betroffenen eine „Zone der Integration“ oder eine „Zone der Prekarität“ (Castel, 2000, S. 13) darstellt, kann nicht durch „Momentindikatoren“ dargestellt werden. Eine Dynamisierung der Betrachtung bräuchte beispielsweise im Bereich der Armut Zugangs- und Abgangsquoten oder auch die Typisierung von Verlaufsprofilen, die mit unterschiedlichen Armutsgefährdungsquoten einhergehen (Jenkins – van Kerm, 2011).

6. Neue soziale Risiken in der Pensionsgeneration

Das Risiko der Armut in der Pensionsgeneration ist zum einen vom Alterssicherungssystem und zum anderen von den vorhandenen Mindestsicherungselementen mitbestimmt. Die Alterssicherungssysteme der Länder der Europäischen Union bauen auf den Erwerbs- und Einkommensstrukturen der Versicherten auf. Systeme, in denen das Versicherungsprinzip dominiert, können die Arbeitsmarktungleichheiten im Alter verstärken. Da in der überwiegenden Mehrheit der europäischen Ländern die vergangenen Reformen zu einer Verstärkung des Versicherungsprinzips geführt haben (*Morrow – Roeger, 2002, OECD 2001a*), ist mittel- und langfristig mit einer stärkeren Streuung der Alterseinkommen zu rechnen.

Das Risiko, im Alter von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen zu sein, hängt maßgeblich von der Arbeitsmarktintegration im Erwerbsverlauf und dem erzielten Erwerbseinkommen über den Lebenszyklus ab. Diese Tatsache ist sowohl für die gesetzlichen Säulen der Alterssicherung entscheidend als auch für die betrieblichen und privaten Alterssicherungssysteme. Durch eine prekäre Einkommenssituation im Aktivleben stellen betriebliche oder private Vorsorgeprodukte keine adäquaten Alterseinkommen zur Verfügung, wenn die Ansparphase von Einkommensunterbrechungen gekennzeichnet ist.

Neben den steigenden Einkommensunsicherheiten durch vermehrte Flexibilität am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen bzw. eingeschränkten Ansparmöglichkeiten sind diese Vorsorgesysteme auch noch mit einem Ertragsrisiko verbunden, das die PensionistInnen im Alter tragen müssen. Die Unsicherheiten der Alterseinkommen aus betrieblichen Versorgungssystemen steigen an, wenn die derzeitigen niedrigen realen Erträge sich auch hinkünftig so entwickeln. Mittel- und langfristig können diese geringeren Erträge aus Pensionsfondsinvestitionen entweder zu höheren Beiträgen während der Aktivphase oder geringeren Pensions- und Rentenleistungen führen (*EU-Kommission, 2010*). Sie tragen aus heutiger Sicht nicht für alle gleichermaßen zu mehr Einkommenssicherheit im Alter bei.

6.1 Monetärer Indikator – Armutsgefährdung

Hohe Armutsgefährdung der Frauen im Alter

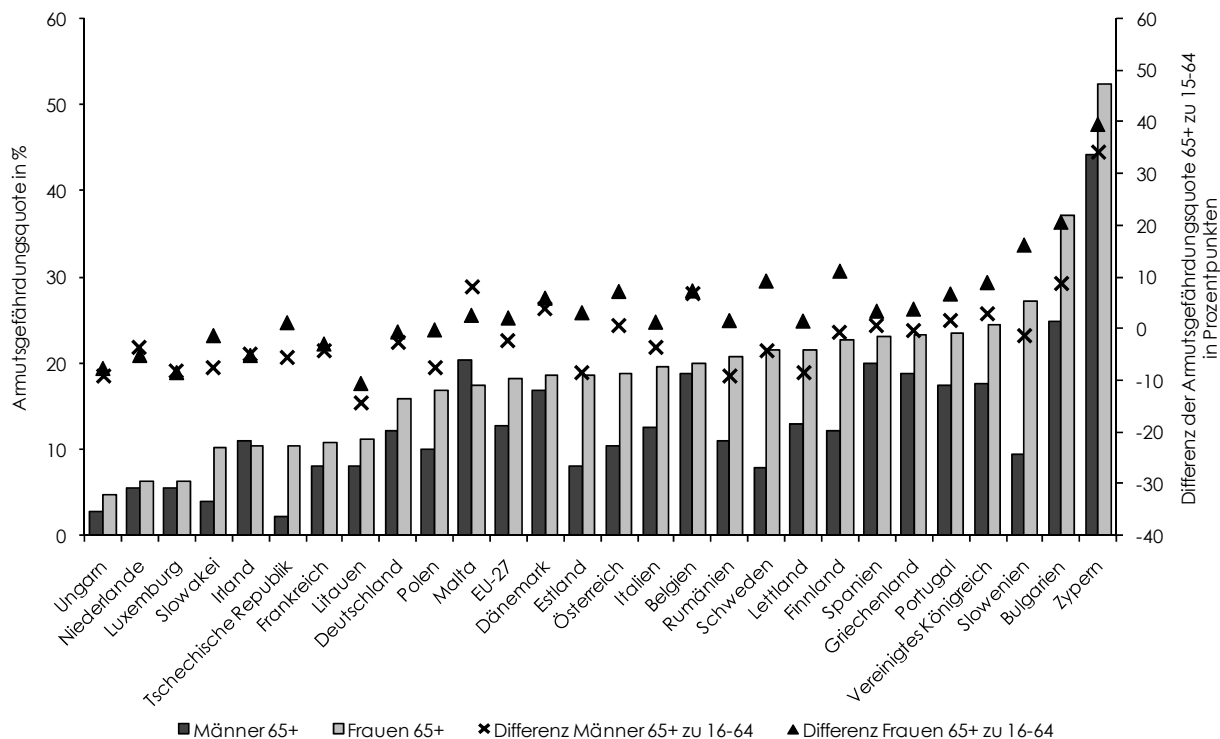
Die Armutsgefährdungsquote (Anteil der Haushalte, die 60% des Äquivalenzeinkommens nach Sozialleistungen nicht erreichen) gibt einen ersten Hinweis auf die ökonomische Absicherung im Alter. Insgesamt liegt das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen der Pensionsgeneration unter dem Einkommen der Aktivgeneration. Der Vergleich basiert auf dem durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen der Haushalte. Die in Europa vergleichbaren Haushaltseinkommensdaten gehen vom verfügbaren Einkommen, also den Einkommen einschließlich aller staatlichen und privaten Transfers aus. Im Jahr 2010 lag das Äquivalenzeinkommen der erwerbsaktiven Haushalte laut Eurostat bei 22.416 €, jenes der Haushalte mit Pensionseinkommen bei 18.977 € (19.452 € bei alleinstehenden Männern und 15.895 € bei alleinstehenden Frauen (*Statistik Austria, 2010*). Im Schnitt der Europäischen Union

liegt die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren höher als die Gefährdungsquote der Bevölkerung im Erwerbsalter. Innerhalb der Pensionsgeneration steigt die Armutsgefährdungsquote an und ist bei Hochbetagten höher als in der Gruppe der 65- bis 75-Jährigen. In den EU-Beitrittsstaaten von 2004 und 2007 ist die Armutsgefährdung pensionierter Männer höher als der Männer im Erwerbsalter. Bei den über 65-jährigen Frauen ist die Armutsgefährdung in 18 Ländern gegenüber der weiblichen Erwerbsbevölkerung größer (Abbildung 17). Frauen im Pensionsalter sind demnach sowohl den Veränderungen am Arbeitsmarkt (Atypisierung) als auch den Veränderungen in den Lebensstilen ausgesetzt, sie haben eine „doppelte“ Gefährdung, die sich in den höheren Armutsgefährdungsquoten gegenüber pensionierten Männern und gegenüber aktiven Frauen manifestiert.

Auf der Grundlage aller Personen im Alter von 65 Jahren und darüber variiert die Armutsgefährdungsquote zwischen 2% in Tschechien und 52% in Zypern. Frauen sehen sich einem höheren Armutsgefährdungsrisiko als Männer gegenüber, einzig in Irland und in Malta ist die Gefährdung der Männer höher. Die Armutsgefährdung variiert innerhalb der Länder erheblich. In Österreich haben beispielsweise alleinstehende Pensionistinnen die höchste Armutsgefährdung in dieser Bevölkerungsgruppe.

Das Risiko, im Alter von Einkommensarmut und/oder materieller Deprivation betroffen zu sein, kann als Folgewirkung der vorangegangenen Erwerbsbiografie, dem darauf aufbauenden Alterssicherungssystem und dem Mindestsicherungssystem, an Transfers und Dienstleistungen gesehen werden. Die Prekarisierung und Segmentierung des Arbeitsmarktes und die Diversifizierung bzw. auch Individualisierung der Lebensformen im Erwerbsalter findet seine (zeitverzögerte) Entsprechung im Alter. Zwar führt die Zunahme der Beschäftigungsquoten zu einer steigenden Anzahl von LeistungsempfängerInnen; allerdings resultiert eine mangelnde ökonomische individuelle und haushaltsbezogene Absicherung in einer steigenden Armutsgefährdung dieser Gruppen auch im Alter.

Abbildung 17: Armutsgefährdungsquoten im Alter von 65 und älter und Differenz zur Armutsgefährdungsquote der 16- bis 64-Jährigen nach Geschlecht, 2010



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm: Zypern: 2009er Werte.

6.2 Nicht-monetäre Indikatoren – Gesundheit und Pflege

Anteil gesunder Lebensjahre bei Männer höher als bei Frauen

Die Dauer des letzten Lebensabschnitts in guter Gesundheit zeigt ein deutliches Nord-Süd-Gefälle: In den nordeuropäischen Wohlfahrtsmodellen mit einer insgesamt hohen Restlebenserwartung im Alter von 65 Jahren und in den liberalen Wohlfahrtsmodellen ist der Anteil der gesunden Lebensjahre zwischen 58% (Frauen) und 60% (Männer) am höchsten. In den neuen EU-Mitgliedsländer in zentral- und osteuropäischen Wohlfahrtsmodellen liegt der Anteil an gesunden Lebensjahren an der Restlebenserwartung höher als in im Durchschnitt der kontinentaleuropäischen Modellen. Deutschland und Österreich sind in dieser Ländergruppe die Schlusslichter, obwohl die Altersausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt hier im obersten Drittel der EU-27 liegen. Die Selbstauskünfte zum individuellen Gesundheitszustand zeigen für Österreich Anteile an schlechter aber auch an guter Gesundheit, die deutlich über dem EU-27 Durchschnitt liegen, während die Angaben zum durchschnittlichen Gesundheitszustand unter dem europäischen Schnitt liegen.

Übersicht 14: Restlebenserwartung im Alter von 65 Jahren und der Anteil an gesunden Lebensjahren in Europa, 2009

	Restlebenserwartung 65+		Davon gesunde Lebensjahre	
	In Jahren		In %	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Nordeuropäische Wohlfahrtsmodelle				
Dänemark	19,5	16,8	61,5	66,7
Finnland	21,5	17,3	41,4	46,8
Schweden	21,2	18,2	68,9	74,7
Niederlande	21,0	17,6	49,0	53,4
Ø	20,9	17,6	54,8	60,0
Konservative Wohlfahrtsmodelle				
Österreich	21,2	17,7	37,7	45,8
Belgien	21,1	17,5	47,9	60,0
Deutschland	20,8	17,6	31,3	36,4
Frankreich	23,2	18,7	39,7	47,1
Luxemburg	21,4	17,6	53,3	61,4
Ø	21,8	18,0	36,1	42,7
Liberale Wohlfahrtsmodelle				
UK	20,3	17,7	58,1	60,5
Irland	20,6	17,2	51,0	59,3
Ø	20,3	17,7	57,6	60,4
Mediterrane Wohlfahrtsmodelle				
Spanien	22,5	18,3	37,3	50,3
Griechenland	20,2	18,1	32,7	39,8
Italien	22,0	18,2	30,9	40,1
Portugal	20,5	17,1	26,3	38,6
Ø	21,9	18,1	33,1	43,7
Zentral- u. Osteuropäische Wohlfahrtsmodelle				
Bulgarien	17,0	13,8	53,5	60,9
Tschechische Republik	18,8	15,2	44,7	52,6
Estland	19,2	14,0	27,6	39,3
Zypern	20,9	18,1	40,7	54,7
Ungarn	18,2	14,0	30,8	40,7
Malta	20,6	16,8	54,4	65,5
Litauen	18,4	13,4	36,4	44,0
Lettland	18,2	13,4	31,3	35,1
Polen	19,2	14,8	38,5	45,9
Rumänien	17,2	14,0	40,7	51,4
Slowakei	18,0	14,1	15,6	24,1
Slowenien	20,5	16,4	48,3	56,7
Ø	18,5	14,5	39,8	48,3
EU 27	20,7	17,2	40,1	47,7

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Anm.: 1) Italien und Vereinigtes Königreich: 2008er Werte; EU-27, Restlebenserwartung 65+: 2008er Werte. – 2) Ø ... bevölkerungsgewichteter Regime-Durchschnitt.

Eine wachsende Zahl von Untersuchungen zeigen, dass die Wohlfahrtsverluste der ökonomischen und sozialen Veränderungen durch den Übergang zur post-industriellen Gesellschaft – mit steigenden Einkommensungleichheiten – in letzter Konsequenz zu unterschiedlichen Lebenserwartungen in guter Gesundheit führen (Braveman, 2002, Pickett, 2009).

Neues Risiko: Pflegekosten

Im europäischen Durchschnitt stieg die Restlebenserwartung im Alter von 65 Jahren an und beträgt derzeit laut Eurostat bei den Frauen 20,7 Jahre und bei den Männern 17,2 Jahre. Der Anteil davon in gesunden Lebensjahren liegt bei Männern bei 48% und bei Frauen bei 40%. Damit kommen im Schnitt Männer auf knapp 9 Jahre und Frauen auf knapp 12 Jahre, in denen ihr Gesundheitszustand als nicht gut bezeichnet werden kann. Vor dem Hintergrund der veränderten Familien- und Lebensstrukturen und der steigenden Lebenserwartung, steigt bei diesem großen Anteil an nicht gesunden Lebensjahren der Pflege- und Betreuungsbedarf insgesamt, wie auch der individuelle Bedarf.

Die Bevölkerungszusammensetzung in den europäischen Ländern variiert stark. So lag 2010 der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen laut Eurostat zwischen 11,3% (Irland) und 20,7% (Deutschland), der Anteil der Hochbetagten im Alter von 85 Jahren und mehr schwankte zwischen 2,7% (Schweden) und 1,1% (Rumänien/Slowakei). Studien, die den Zusammenhang von Lebenserwartung und Gesundheitszustand untersuchen, zeigen Hinweise, dass mit steigender Lebenserwartung das Risiko zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem Pflegefall zu werden, sinkt (Mühlberger et al., 2008). Für Österreich konnte gezeigt werden, dass die ansteigende Lebenserwartung mit einer Zunahme an gesunden Lebensjahren einhergeht (Doblhammer – Kytir, 2001). In Österreich überschreitet der Anteil an Hochbetagten mit 2,2% den EU-27 Durchschnitt von 2,1%. Derzeit leben in Österreich 178.000 Hochbetagte, gemäß der Bevölkerungsprojektion von Statistik Austria aus dem Jahr 2011 steigt die Zahl in den kommenden 20 Jahren auf 318.000 an; Hochbetagte stellen dann 3,5% der österreichischen Bevölkerung.

Für einen potentiell wachsenden Anteil an älteren Menschen stellt sich die Frage, wer künftig die Betreuung übernehmen wird und wie diese Betreuungs- und Pflegedienstleistungen finanziell leistbar sein werden. Bestehende Familienstrukturen werden zur Übernahme von Betreuungsarbeit für einen kleiner werdenden Altenanteil vorhanden sein, weil Ältere weniger Kinder und häufiger geschiedene PartnerInnen haben. Die Ehescheidungsziffer laut Eurostat, also die Relation von Ehescheidungen auf 1.000 EinwohnerInnen, ist in Österreich mit 2,1 über dem gesamteuropäischen Durchschnitt von 2,0.

Die veränderten Familienstrukturen (Geburt- bzw. Fruchtbarkeitsziffer) haben unmittelbare Auswirkungen auf die Betreuungssituation im Alter. Im Jahr 1980 kamen in Österreich auf 1.000 EinwohnerInnen 12 Geburten, 2010 betrug die Geburtenziffer nur noch 9,4 (Geborene auf 1.000 EinwohnerInnen). Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau fiel im gleichen Zeitraum von 1,67 auf 1,44 (Statistik Austria, 2011). In den meisten europäischen Ländern hat sich in den

vergangenen 30 Jahren die Fertilität verringert, wenngleich nicht im selben Ausmaß. Bei fehlenden familieninternen Betreuungspersonen werden die finanziellen Möglichkeiten der Einzelnen wichtiger, da Marktleistungen oder öffentliche Dienstleistungen finanziert werden müssen.

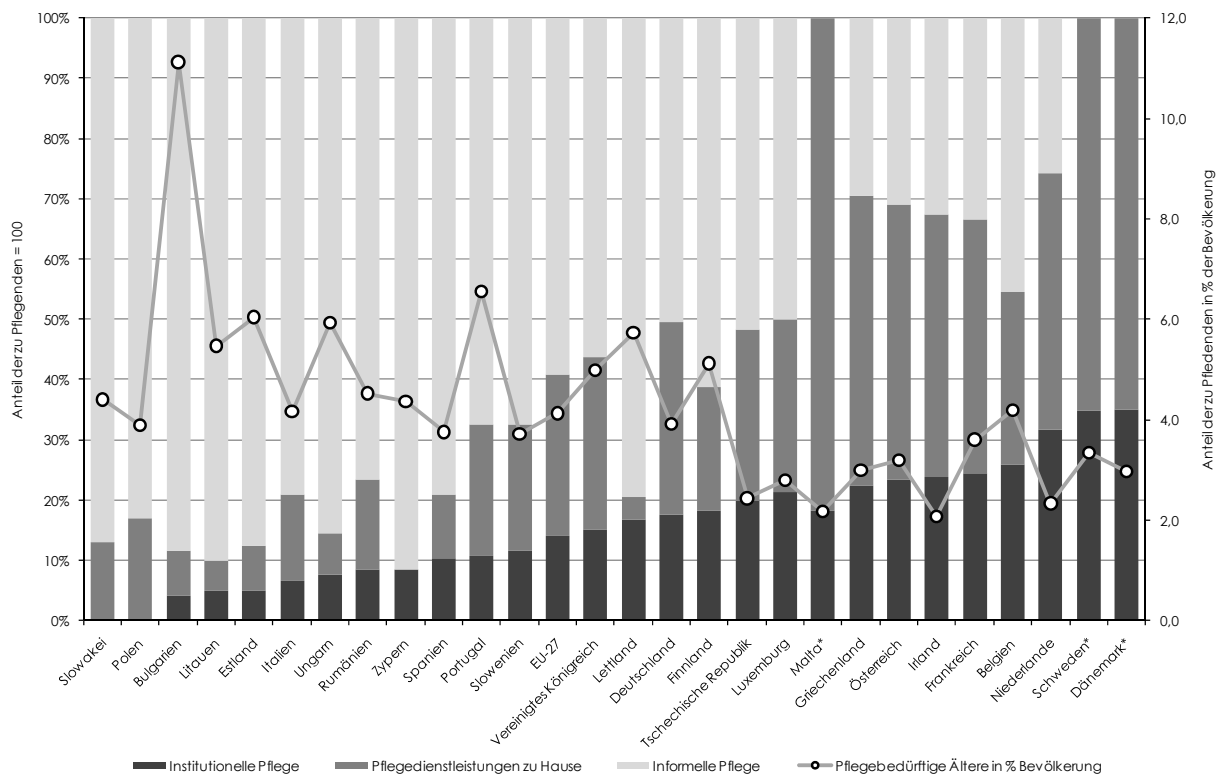
Ein neues Risiko entsteht dann, wenn es kein adäquates privates oder öffentliches Dienstleistungsangebot für die Bedürftigen gibt bzw. dieses die finanziellen Gegebenheiten der Einzelnen übersteigt. Ob und in wie weit dies in den Ländern der Europäischen Union zutrifft, hängt von den institutionellen Ausgestaltungen im Bereich der Betreuung und Pflege ab (OECD, 2011). In Österreich dominiert das System der monetären Unterstützung, 2009 bezogen rund 435.000 Personen Pflegegeld, ein Sechstel von ihnen lebt in Betreuungseinrichtungen und fünf Sechstel erhalten die Pflegeleistungen zu Hause (BMASK, 2010).

Vergleichbare Daten²⁴⁾ über die institutionellen Zuständigkeiten zeigen, dass ein hoher Anteil an Pflegebedürftigen mit einem hohen Anteil an informeller Pflege einhergeht. In Bulgarien braucht 11% der Bevölkerung Pflege, diese wird zu 90% informell geleistet. Hingegen sind in Irland 2,1% der Bevölkerung pflegebedürftig und werden nur zu einem Drittel informell gepflegt. Dem neuen sozialen Risiko der Pflegebedürftigkeit wird in den europäischen Ländern unterschiedlich begegnet: Während in den nordischen Ländern die öffentliche Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen dominiert, gibt es in Zentral- und Südeuropa fragmentierte Systeme und insgesamt ein begrenztes Leistungsangebot (siehe Abbildung 18).

Aus den unterschiedlichen Anteilen der drei dargestellten Betreuungsinstitutionen kann vermutet werden, dass ein breites stationäres bzw. mobiles Betreuungsangebot den Betroffenen in den einzelnen Ländern hilft, ihr Pflegerisiko bzw. das Risiko, im Pflegefall nicht versorgt zu sein, zu reduzieren. Auch hier ist wieder ein eindeutiges Nord-Süd-Gefälle bzw. Nord-Ost-Gefälle vorhanden: Während in Schweden, Dänemark, Niederlande mehr als ein Drittel der Versorgung durch institutionelle Einrichtungen geleistet wird, sind diese Leistungen in den Baltischen Staaten wie auch in der Slowakei, Polen, Bulgarien, Italien, Ungarn, Rumänien und Zypern informell angelegt. Hier ist das Versorgungsniveau und die Versorgungsqualität von den pflegenden Angehörigen determiniert; eine Abhängigkeit die bei einem breiten institutionellen Angebot nicht gegeben ist.

²⁴⁾ Hochrechnungen von Befragungsdaten (SHARE, EU-SILC); Diese Hochrechnungen kommen für Österreich zu geringeren Zahlen an Pflegebedürftigen. In diesen Daten fehlen Angaben zur informellen Pflege in Dänemark, Malta, den Niederlanden und Schweden.

Abbildung 18: Anteil der älteren Pflegebedürftigen an der Bevölkerung und Anteil der Pflege in Institutionen, zu Hause oder informell, 2010



Q: Ageing Report, 2009, Table 34. – Anm.: *) Für Malta, Schweden und Dänemark keine Daten zur informellen Pflege verfügbar.

7. Executive Summary

Österreich blickt – wie Europa insgesamt – auf eine lange Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Regulierungen zurück. In den Nachkriegsjahren erfolgte ein Ausbau der sozialen Sicherungssysteme. Die Integration in diese Sicherungssysteme basierte in den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten Bismarckscher Tradition auf der Arbeitsmarktpartizipation. Das über die Erwerbsarbeit definierte Versicherungssystem hatte eine hohe Sicherungsfunktion für stabile Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationen der vergangenen Jahrzehnte, die sowohl veränderte Rahmenbedingungen auf den internationalen Güter- und Finanzmärkten, als auch interne Verschiebungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung, der familiären Strukturen und der Lebensstile umfassen, rüttelten an den Fundamenten dieses Systems. Mit der steigenden Zahl atypisch Beschäftigter verbreiteten sich jene Beschäftigungsformen, die in einem versicherungsorientierten Leistungssystem - österreichischer oder deutscher Prägung - ein geringeres Maß an sozialer Sicherheit aufweisen. Das nordeuropäische Wohlfahrtsstaatsmodell baute bereits jahrzehntelang auf dem „Dual-Breadwinner-Modell“ als Familienmodell auf, in Kontinentaleuropa führte erst die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit am Übergang zur post-industriellen Gesellschaft zu substantiellen sozio-ökonomischen Veränderungen (*Esping-Andersen, 1996*), allerdings haben diese noch nicht das Ausmaß der ökonomischen Absicherung erreicht, wie dies in den nordeuropäischen Ländern der Fall ist.

Das Aufbrechen traditioneller Strukturen bei Familien und Arbeitswelt verursacht Reibungsverluste an der Schnittstelle zu den traditionellen erwerbs- und beitragsorientierten Sicherungssystemen, was sich auch in einer Zunahme der sozialen Risiken niederschlägt. Zum einen steigt das Risiko der sozialen Ausgrenzung durch die Zunahme der atypischen Beschäftigungsformen und damit verbundener Einkommensunsicherheit, geringen Aufstiegschancen und schlechten Arbeitsbedingungen, andererseits auch aufgrund von fehlender bzw. unzureichender formaler Ausbildung und/oder fehlenden Kompetenzen und Fertigkeiten. Außerdem erhöht sich das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit und der unfreiwilligen Erwerbsinaktivität auf einem zunehmend polarisierten Arbeitsmarkt. Diese Reibungsverluste werden als „Neue Soziale Risiken“ bezeichnet. Damit sind weniger tatsächlich neu auftretende Risiken gemeint, sondern vielmehr die Tatsache, dass sich die Häufigkeit, das Ausmaß und die Art der Betroffenheit von sozialen Risiken erhöht hat und dass ein größer werdender Teil der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit, Inaktivität, Armut trotz Arbeit, etc. betroffen ist. Die Veränderungen in den Lebensweisen und die neuen Arbeitsmarktanforderungen gehen auch verstärkt mit einer Kumulierung der Risiken, einer Mehrfachbetroffenheit einher. Das kontinentaleuropäische Wohlfahrtsmodell Bismarckscher Prägung ist für die Absicherung kumulierter Risiken (Arbeitslosigkeit, geringe Qualifikation, Alleinerziehend, Niedriglohnbeschäftigt etc.) weniger geeignet als das universalistisch geprägte nordeuropäische Modell, das stärker an sozialer Inklusion und weniger am Stuserhalt durch die Dominanz des Versicherungsprinzips orientiert ist.

Trotz der im letzten Jahrzehnt durchgeführten Reformen in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik (Stichwort: Aktivierungspolitik, Vollversicherungspflicht der atypischen Beschäftigungsformen etc.) und Sozialpolitik (Forcierung der betrieblichen und kapitalgedeckten Vorsorgesystemen wie der Riester-Rente in Deutschland, etc.) stehen die Wohlfahrtsmodelle vor großen Herausforderungen. Wenn die Reduktion der Einkommensungleichheiten und die ökonomische und soziale Inklusion breiter Bevölkerungsschichten weiterhin ein sozialpolitisches Ziel bleibt, braucht es gerade in den bismarckschen Wohlfahrtsstaaten substantielle Reformen, die sowohl auf der Zielebene als auch auf der Ebene der Institutionen ansetzen muss (*Palier, 2010*).

Die vorliegende Arbeit liefert eine Bestandsaufnahme der neuen sozialen Risiken auf europäischer Ebene mit Fokus auf die unterschiedlichen Wohlfahrtssysteme im Lebenszyklus und leistet einen Beitrag, um den Bedarf nach Systemanpassungen zu identifizieren und mögliche Reformpfade zu skizzieren. Diese Zielsetzung wird anhand eines Vergleichs von Ausmaß und Betroffenheit von neuen sozialen Risiken in den Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU-27) verfolgt. Ausgangspunkt der vorliegenden Darstellung bilden die fünf Wohlfahrtsmodelle (siehe *Esping-Andersen, 1990* bzw. *Aassve, et. al, 2005*), anhand derer die Gemeinsamkeiten bzw. die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern analysiert werden. Grundlage für die Anwendung dieser Typologisierung ist die These, dass die verwendeten wohlfahrtsstaatlichen Modelle zwar keine real existierenden Systeme darstellen, dass aber die einzelnen Wohlfahrtsstaaten in ihren Zielsetzungen, ihrer institutionellen Umsetzung und ihrer Finanzierung bzw. Verwaltung große Parallelitäten innerhalb der Modelle und große Unterschiede zwischen den Modellen aufweisen.

Der Fokus der Arbeit liegt auf dem Vergleich der gefährdeten Gruppen in den folgenden fünf Wohlfahrtsmodellen:

1. Nordeuropäisches Wohlfahrtsmodell: Dänemark, Schweden, Finnland und die Niederlande
2. Liberales Wohlfahrtsmodell: Vereinigtes Königreich und Irland
3. Konservatives Wohlfahrtsmodell: Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Österreich
4. Mediterranes Wohlfahrtsmodell: Griechenland, Spanien, Italien und Portugal
5. Zentral- und osteuropäisches Modell: hier finden sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die im Vergleich zu den zuvor beschriebenen vier Modellen als sehr heterogen bezeichnet werden müssen (Bulgarien, Tschechien, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei).

Die Analyse der neuen sozialen Risiken erfolgt entlang des Lebenszyklus:

1. Kindheitsphase,
2. Phase des Berufseinstiegs,
3. Erwerbsphase,
4. Phase des Erwerbsausstiegs und
5. Pensionsphase.

Innerhalb der jeweiligen Lebensphase werden vergleichbare Indikatoren verwendet. Ziel ist es, die Position Österreichs im EU-27 Vergleich bzw. die Position des konservativen Wohlfahrtsmodelles im Vergleich zu den anderen Modellen zu analysieren.

Ökonomische und soziale Chancen der Kinder von Einkommenslage der Eltern geprägt

Ausgangslage/Risiko:

Die Zunahme der atypischen Beschäftigungsformen, die oftmals mit Einkommensunsicherheiten verbunden sind, und die Zunahme der Ein-Elternhaushalte haben direkte Auswirkungen auf die Einkommenssituation im Haushaltskontext. Die Armutsgefährdungsquote von Ein-Eltern-Haushalten ist im EU-27 Durchschnitt fast doppelt so hoch wie bei allen Haushalten mit Kindern. Die Literatur zeigt, dass der Bildungsstand sowie die Beschäftigungs- und Einkommenschancen maßgeblich von einer Generation auf die nächste Generation übertragen werden. Kognitive und soziale Fähigkeiten gewinnen an Bedeutung, um langfristig ein aktives Erwerbsleben zu führen und ein angemessenes Einkommen über den Lebenszyklus zu erzielen. Einkommensarmut im Haushalt verschlechtert die Startbedingungen der Kinder in Bezug auf Bildungszugang und Bildungsdauer, aber auch auf Gesundheit und Chancengleichheit. Das neue Risiko für Kinder besteht darin, dass durch zunehmende Instabilität auf dem Arbeitsmarkt und in den Lebensformen die ökonomische und soziale Situation im Haushaltskontext zu einer Verringerung der Bildungsneigung und der Bildungschancen beitragen kann und damit sowohl die Lebenschancen als auch Arbeitsmarktchancen der Betroffenen einschränken kann.

Indikatoren:

Anhand der Armutsgefährdungsindikatoren ist ersichtlich, dass das Gefährdungspotential der Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr in allen Wohlfahrtstypen in Erwerbslosenhaushalten am höchsten und vice versa in Erwerbstätigenhaushalten am geringsten ist. Ein-Eltern-Haushalte sind stärker von Armut betroffen als Großfamilien. Das materielle Wohlergehen der Kinder entlang der verschiedenen Haushaltstypen (Erwerbstätige, Erwerbslose, Ein-Eltern-Haushalte, Großfamilien) ist in den nordeuropäischen Wohlfahrtsmodellen deutlich höher als in den andern Wohlfahrtsmodellen. Die konservativen Wohlfahrtsmodelle bismarckscher Prägung stechen mit einer besonders hohen Armutsgefährdungsquote der Kinder in Erwerbslosenhaushalten (76,3%) und Ein-Eltern-Haushalten (39%) negativ hervor, die entsprechenden EU-27 Durchschnittswerte liegen bei

67% bzw. 37%. Obwohl die Armutsgefährdungsquote insgesamt in Österreich innerhalb der konservativen Wohlfahrtsstaaten am geringsten ist und die Werte der nordeuropäischen Länder erreicht, ist die Armutsgefährdung der Haushalte mit Kindern deutlich höher als in Nordeuropa.

Bei den Bildungserfolgen zeigt sich ein deutliches Nord-Süd-Gefälle: Die Schulerfolge in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften gemäß der PISA-Indikatoren, sind in den nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten am besten, der Anteil der frühen SchulabgängerInnen und der Anteil der 15-Jährigen mit geringer Lesekompetenz sind hier am geringsten. Die Ausnahme in diesem Nord-Süd-Gefälle bilden die liberalen Wohlfahrtsmodelle beim Anteil der Jungen (18-24 Jahre) mit einer Pflichtschulausbildung, 20,6% haben nur eine niedrige Ausbildung, in allen anderen Ländergruppen sind diese Anteile deutlich höher, der EU-27 Durchschnitt liegt bei 31% (Österreich liegt mit 27,3% knapp darunter).

Das dritte und letzte verwendete Indikatoren-Set ermittelt die unterschiedlichen Wohnverhältnisse der Kinder und Jugendlichen. Auch hier setzt sich das Nord-Süd-Gefälle fort: Die Überbelegungsquoten (Anteil der Kinder, die in überfüllten Haushalten leben) sind in den nordeuropäischen Wohlfahrtsmodellen mit 6,2% der Kinder am geringsten. In den konservativen und liberalen Wohlfahrtsstaaten leben rund 12% der Kinder in überfüllten Haushalten, in den mediterranen Ländern sind es fast ein Viertel und in Zentral- und Osteuropa drei Fünftel der Kinder. Kinder in Österreich sind doppelt so häufig von beengten Wohnverhältnissen betroffen wie der Durchschnitt im konservativen Wohlfahrtsmodell.

Kernaussage:

Die skizzierten Indikatoren halten die ungleichen Ausgangsbedingungen der Kinder und Jugendlichen in den europäischen Wohlfahrtsmodellen fest. Die starken Umverteilungselemente im nordischen Wohlfahrtsmodell gemeinsam mit dem breiten Dienstleistungsangebot (außerhäusliche Kinderbetreuung, etc.) fördern das materielle Wohlergehen wie auch die Bildungserfolge der Kinder. Darüber hinaus scheint die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die auf das „Two-Bread-Winner-Modell“ ausgerichtet ist, das Wohlergehen der Kinder ebenfalls zu verbessern.

Zunehmende Probleme beim Übergang von der Ausbildung zur Beschäftigung „Adult-Worker-Modell“

Ausgangslage/Risiko:

Formale Bildungsabschlüsse gewinnen für den Erwerbseinstieg von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zunehmend an Bedeutung und sind für die weitere Stabilität der Arbeitsmarktintegration entscheidend. Veränderungen beim Übergang der 15- bis 24-Jährigen in den Arbeitsmarkt zum „Adult-Worker-Modell“ (Lewis, 2004), also zu einem existenzsichernden Arbeitsplatz, sind auf zwei Ebenen angesiedelt, den (a) inneren Bedingungen (Drop-out Quoten des Bildungssystems) und den (b) äußeren Rahmenbedingungen (Qualifikationsanforderungen, Arbeitsnachfrage).

Fehlende oder am Arbeitsmarkt wenig nachgefragte formale Bildungsabschlüsse und die steigenden Qualifikationsanforderungen der Unternehmen führen verstärkt zu einer Marginalisierung und in Folge zu einer ökonomischen und sozialen Exklusion. Fehlende formale Qualifikation kann in dieser Lebensphase als neues soziales Risiko bezeichnet werden.

Indikatoren:

Das Risikopotential beim Übergang von der Jugend ins Erwachsenenalter wird anhand des Anteils der 15- bis 24-Jährigen gemessen, die sich weder in Aus- oder Weiterbildung noch in Erwerbstätigkeit befinden (NEET)²⁵⁾. Im EU-27 Durchschnitt lag dieser Anteil bei den jungen Männern bei 12% und bei den jungen Frauen bei 13%, mit einer Bandbreite von 4% (Niederlande) bis 20% (Bulgarien). SchulabbrecherInnen finden sich häufig in dieser Gruppe. In den nordischen Wohlfahrtsmodellen liegt diese Quote deutlich unter, in den mediterranen Ländern wie auch in einigen EU-Mitgliedsstaaten von 2004 und 2007 (Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland) deutlich über dem EU-27 Durchschnitt. Österreich nimmt hier den fünftbesten Rang ein.

Die höhere Arbeitslosenquote bei Geringqualifizierten ist ein weiterer Indikator für das Risiko des ökonomischen und sozialen Ausschlusses in dieser Lebens-Übergangs-Phase. In den nordischen Ländern liegt sie für junge Menschen mit Pflichtschulabschluss um 5 Prozentpunkte unter dem EU-27 Durchschnitt (27,4%), und steigt dann in Kontinentaleuropa deutlich an, um in den mediterranen Ländern den Höchstwert von durchschnittlich 37% zu erreichen. Österreich nimmt mit 11,8% Jugendarbeitslosigkeit bei den Pflichtschulabgängern der Altersgruppe gemeinsam mit den Niederlanden die Spitzenposition ein.

Kernaussage:

Internationale Vergleiche über die Situation auf Jugendarbeitsmärkten können nur vergleichsweise wenig über die tatsächlichen Problemlagen der Jugendlichen aussagen, da das Ausmaß der Einbindung ins Erwerbsleben als auch die Arbeitslosigkeit vom Bildungssystem geprägt werden. In manchen Staaten sind Jugendliche neben der Ausbildung kaum erwerbstätig, in anderen Staaten kann die Erwerbstätigkeit der Jugendlichen dagegen einen Teil der Ausbildung darstellen oder im Falle von berufsorientierten Bildungssystemen den Übergang ins Erwerbsleben erleichtern. Ausschlaggebend für die soziale Situation sind die längerfristigen Beschäftigungs- und Einkommenschancen.

Daher ist es entscheidend, dass Jugendliche am Übergang aus dem Schulsystem in den Arbeitsmarkt über gute Startbedingungen verfügen. Es erscheint relevant, dass sich Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungs- und Arbeitsmarktintegration der Jugendlichen nicht nur auf die Schnittstellen zwischen Schule und Arbeitsmarkt beziehen, sondern bereits am Übergang in das Erstausbildungssystem ansetzen und während der Schullaufbahn andauern. Wie in internationalen Studien (siehe dazu beispielsweise *Cunha et al., 2006*) ausgewiesen und von der *Europäischen Kommission (2006)* betont wird, ist qualitativ hochwertige vorschulische Erziehung für den weiteren Lernerfolg und die Sozialisierung

²⁵⁾ Neither in Employment nor Education or Training“

während der schulischen und beruflichen Laufbahn maßgebend, speziell für sozial benachteiligte Kinder.

Atypisierung der Erwerbstätigkeit führt zur Verstärkung der sozialen Risiken

Ausgangslage/Risiko:

Das Ausmaß und die Qualität der Arbeitsmarktintegration bestimmen die ökonomische Absicherung der Erwerbstätigen. Sie ist auch mittelbar für die soziale Absicherung entscheidend. Veränderte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsbedingungen treffen nicht alle Erwerbstätige gleichermaßen. Postindustrielle Arbeitsmärkte sind gemäß Segmentierungstheorien von einer zunehmenden Polarisierung begleitet: Der Arbeitsmarkt zerfällt in ein primäres Segment, mit sicheren Arbeitsplätzen, höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen, und in ein sekundäres Segment mit niedrigen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen, geringen Aufstiegschancen und insgesamt einer höheren Beschäftigungsinstabilität.

Die Konsequenzen der Dualisierung des Arbeitsmarktes durch die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse können für die Beschäftigten vielfältig sein. Die auf kontinuierlichen Beschäftigungs- und Einkommensverhältnissen aufbauenden sozialen Sicherungssysteme verursachen für die marginalisierten Beschäftigten Wohlfahrtsverluste. Diese Wohlfahrtsverluste manifestieren sich für am Arbeitsmarkt nur unzureichend integrierte Personen in einem höheren Armutsgefährdungsrisiko bzw. der Verfestigung von Armut im Erwerbsalter.

Indikatoren:

Die Atypisierung der Arbeitsmärkte ist gekennzeichnet von Beschäftigungsformen, die sich von unbefristeten Vollzeitbeschäftigungen unterscheiden wie Teilzeit oder befristete Beschäftigung. Das Ausmaß der Teilzeitquote ist in den universalistischen, konservativen und liberalen Wohlfahrtsstaaten stärker ausgeprägt als in den mediterranen sowie zentral- und osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Insgesamt korreliert die Teilzeitbeschäftigungsquote der Frauen positiv mit ihrer Beschäftigungsquote. Die österreichischen Frauen liegen mit einer Teilzeitquote von 43,3% (2010) im konservativen Wohlfahrtsmodell noch knapp hinter Deutschland mit 45%, wo alleine 7,1 Mio. Minijobs (Bäcker – Neuffer, 2012) für diese hohe Quote mitverantwortlich sind. Wird eine hohe Teilzeitquote durch Jobs mit geringer Stundenanzahl gebildet und stellen sie für die Einzelnen dauerhafte Beschäftigungsformen dar, erhöhen diese Teilzeitjobs das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Ein weiterer Indikator der Atypisierung ist der Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse: In den liberalen Wohlfahrtsstaaten Irland und dem Vereinigten Königreich liegt der Anteil der Befristungen deutlich unter den Durchschnitten der anderen Wohlfahrtsstaaten. Um auf das Risiko eines erhöhten Arbeitsplatzverlustes zu schließen, müssten auch die Kündigungsregulierungen der regulären Beschäftigungsverhältnisse der Länder in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Die Intensität der Erwerbsbeteiligung hängt – sowohl für Männer als auch für Frauen – mit den vorhandenen Betreuungspflichten zusammen. Dieses Zusammenspiel hat allerdings bei Männern ein anderes Vorzeichen als bei Frauen: In der Altersgruppe der 20- bis 49-Jährigen (!) liegt die Beschäftigungsquote bei Männern mit Kindern um 11 Prozentpunkte höher als bei kinderlosen Männern. Frauen mit Kindern haben im EU-25 Durchschnitt hingegen eine um 12 Prozentpunkte geringere Beschäftigungsquote als kinderlose Frauen. Die Schwankungen der Frauenbeschäftigungsquote sind beachtlich. Während in den Mittelmeerlandern — bei ohnehin geringer Arbeitsmarktintegration und geringer Kinderanzahl — die Quote von Frauen mit Betreuungspflichten um 4,3 Prozentpunkte niedriger ist, sinkt sie im konservativen Wohlfahrtsregime um 15 Prozentpunkte und in den liberalen Ländern Vereinigtes Königreich und Irland auf 19 Prozentpunkte. Trotz forciertem Ausbau von Betreuungseinrichtungen liegen die konservativen, aber auch die zentral- und osteuropäischen Wohlfahrtsregime bei der Frauenbeschäftigungsquote noch deutlich hinter dem nordeuropäischen Wohlfahrtsmodell zurück.

Kernaussage:

In den vergangenen Jahren hat die Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt zugenommen. Der dänische Arbeitsmarkt zeichnet sich beispielsweise durch mäßige Vertragsregulierungen bzw. durch eine hohe Flexibilität aus. In Dänemark ist die Flexibilität gleichermaßen auf typische und atypische Beschäftigungsverhältnisse verteilt, das Sicherheitsnetz umspannt beide Sektoren. Als Gegenpool dazu kann die Situation in Deutschland bezeichnet werden: Hier ist die Flexibilität im sekundären Arbeitsmarkt höher als im primären Arbeitsmarkt. Personen, die länger im (wachsenden) sekundären Segment verbleiben, sind in einem größeren Ausmaß von sozialen Risiken betroffen (OECD, 2010). In Deutschland ist die Zunahme der atypischen Beschäftigungsverhältnisse mit einer Zunahme der neuen sozialen Risiken verbunden. In Dänemark hingegen können aus dem Verbreitungsgrad atypischer Beschäftigungsformen weniger direkte Rückschlüsse auf die Risikogefährdung gezogen werden.

Steigende Arbeitsmarktsegmentierungen und die damit einhergehenden Einkommensungleichheiten führen dann nicht zu einer zunehmenden Armutsgefährdung von atypisch Beschäftigten oder Personen mit Betreuungspflichten etc. wenn es eine starke Umverteilungskomponente — wie in den nordischen Ländern — gibt. Zur Vermeidung der neuen sozialen Risiken im Haupterbsalter braucht es neben Mindeststandards (beispielsweise keine langfristigen Mini-Jobs) im Bereich der Beschäftigungsverhältnisse auch eine Reduktion der unbezahlten Betreuungsarbeit zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Menschen mit Betreuungspflichten.

Erwerbsbeendigung verläuft zunehmend atypisch

Ausgangslage/Risiko:

Das letzte Jahrzehnt vor dem Übertritt in den Ruhestand gestaltet sich für die verschiedenen Beschäftigtengruppen recht unterschiedlich. Die Segmentationstendenzen am Arbeitsmarkt treten hier deutlich zu Tage: Erwerbstätige im stabilen Arbeitsmarktsegment bleiben überwiegend bis zum Pensionsantritt aktiv beschäftigt. Für jene im instabilen sekundären Arbeitsmarktsegment sinken mit zunehmendem Alter die Weiter- bzw. Wiederbeschäftigungschancen. Gesundheitliche Einschränkungen und Qualifikationsdefizite verringern diesen Trend weiter.

Die neuen sozialen Risiken in dieser Phase des Erwerbslebens entstehen einerseits für jene, die ihre Qualifikationen nicht an die sich ändernden Rahmenbedingungen anpassen konnten und keine bzw. nur unzureichende Möglichkeiten zur Weiterbildung erhielten. Andererseits für jene, die aufgrund ihrer gesundheitlichen Einschränkungen den zunehmenden Arbeitsanforderungen nicht mehr entsprechen können.

Indikatoren:

Entlang den wohlfahrtsstaatlichen Modellen zeigte sich beim Indikator Arbeitslosenquote der Älteren und beim Anteil jener Arbeitsloser, die länger als 12 Monate ohne Job sind, ein deutliches Nord-Süd bzw. Nord-Ost-Gefälle. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen liegt in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen höher als bei allen Arbeitslosen im Erwerbsalter und erhöhte sich in den letzten zwei Jahren in dieser Altersgruppe deutlich. In den konservativen Wohlfahrtsstaaten weisen sowohl bei Frauen als auch bei Männern in dieser Altersgruppe die Anteile an Langzeitarbeitslosen den Höchstwert auf. Österreich hingegen liegt bei diesem Indikator im Durchschnitt der nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten.

Ein schlechter Gesundheitszustand erhöht das Risiko der Erwerbsbeendigung in dieser Altersgruppe zusätzlich. Bei den pensionierten Männern im Alter zwischen 55 und 64 Jahren geben 13,6% und 15,0% (EU-27 Durchschnitt) der Frauen einen schlechten bzw. sehr schlechten Gesundheitszustand an. Die Beschäftigten dieser Altersgruppe hingegen hatten nur zu 5,6% (Männer) bzw. 6,1% (Frauen) einen schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand. Auf der anderen Seite beurteilten 2/3 der Beschäftigten ihren Gesundheitszustand als sehr gut oder gut, bei den Pensionierten ist es nur knapp die Hälfte.

Kernaussage:

Die Qualifikationsstruktur verstärkt bei geringqualifizierten Älteren tendenziell die Gefahr eines Arbeitsplatzverlustes bzw. einer langfristigen Arbeitsmarktmarginierung. Die systematische und mittel- bis langfristig angelegte Weiterentwicklung der Qualifikation und Fertigkeiten in den Betrieben würde eine Risikoreduktion für die Beschäftigten bedeuten.

Ein zweites Risikopotential liegt in der Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Erwerbsbevölkerung. Auch hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um kurz- und mittel- aber auch langfristig das Gefährdungspotential für das letzte Drittel in der Erwerbsphase zu verringern.

Risiko der Pflege

Ausgangslage/Risiko:

Die ökonomische und soziale Absicherung im Alter ist zu einem großen Teil Abbild der erreichten Erwerbseinkommen im Laufe des Erwerbslebens. Auch die ökonomische Lage der anderen Haushaltsmitglieder bzw. ihr Beitrag zum Haushaltseinkommen spielen eine entscheidende Rolle. Die Veränderungen am Arbeitsmarkt und in den Lebensstilen bestimmen die gegenwärtige Armutsgefährdung im Alter. Die steigende Frauenerwerbstätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten in der Europäischen Union erhöht die Anzahl der Pensionsbezieherinnen und die Haushaltseinkommen, sofern damit Einkommenseinbußen nicht kompensiert werden mussten. Der gestiegene Anteil an Ein-Elternhaushalten und die gesunkene Kinderanzahl verstärkt die Tendenz zu einer steigenden Anzahl an Ein-Personen-Haushalten in der Pensionsgeneration. Mittel- und langfristig kann die Atypisierung am Arbeitsmarkt zu einer Atypisierung der Pensionseinkommen und damit zu einer steigenden Armutsgefährdung führen.

Die neuen sozialen Risiken für diese Personengruppe entstehen damit in der Fortsetzung der Atypisierung/Prekarisierung der Erwerbsphase/Erwerbseinkommen in der Pensionsphase. Bei nicht ausreichendem oder leistbarem Dienstleistungsangebot besteht für die Gruppe der Pflegebedürftigen das Risiko der sozialen und körperlichen Verwahrlosung im Alter. Geschlechtsspezifische Unterschiede in den Einkommens- und Erwerbchancen führen zu hohen Absicherungsunterschieden zwischen Männern und Frauen im Pensionsalter. Diese Disparität, die bereits in der Vergangenheit bestand, nimmt durch die Erosion der traditionellen Familienstrukturen eine zusätzliche Bedeutung an.

Indikatoren:

Die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber liegt im Schnitt über der Erwerbsbevölkerung und bei Hochbetagten nochmals deutlich über dem Durchschnitt der Pensionsgeneration. Insgesamt schwankt sie stark zwischen den Ländern und zwischen den Geschlechtern. Als Fortsetzung der Faktoren Beschäftigungsintensität und Einkommenshöhe folgt die Armutsgefährdung der Pensionsgeneration dem Nord-Süd-Gefälle der Erwerbsgeneration mit guter ökonomischer Absicherung im nordischen Wohlfahrtsmodell und einer geringeren Absicherung in den konservativen, mediterranen Modellen. Innerhalb der Pensionsgeneration steigt die Armutsgefährdungsquote an und ist bei Hochbetagten höher als in der Gruppe der 65- bis 75-Jährigen. Auf der Grundlage aller Personen im Alter von 65 Jahren und darüber variiert die Armutsgefährdungsquote zwischen 2% in Tschechien und 52% in Zypern. Frauen sind mit einem höheren Armutsgefährdungsrisiko als Männer konfrontiert, einzig in Irland und in Malta ist die Gefährdung der Männer höher. Die Armutsgefährdung variiert innerhalb der Länder erheblich. In Österreich haben beispielsweise alleinstehende Pensionistinnen die höchste Armutsgefährdung in dieser Bevölkerungsgruppe.

In Europa variiert der Anteil der Personen mit Pflegebedarf: In Bulgarien benötigen 11% der Bevölkerung Pflege, diese wird zu 90% informell geleistet. Hingegen sind in Irland 2,1% der

Bevölkerung pflegebedürftig und werden nur zu einem Drittel informell gepflegt. Es zeigt sich, dass ein hoher Anteil an Pflegebedürftigen mit einem hohen Anteil an informeller Pflege einhergeht und vice versa. Dem neuen sozialen Risiko der Pflegebedürftigkeit wird in den europäischen Ländern unterschiedlich begegnet: Während die Pflege in den nordischen Ländern kommodifiziert ist, gibt es in Zentral- und Südeuropa fragmentierte Systeme und ein nur begrenztes Leistungsangebot.

Kernaussage:

Im nordeuropäischen Wohlfahrtsmodell mit einer hohen Arbeitsmarktpartizipation, und einem hohen und relativ gleichverteilten Einkommensniveau liegt der Anteil der zu Pflegenden mit 3,1% an der Bevölkerung deutlich unter dem EU-27 Durchschnitt von 4,1%. Gleichverteilter Wohlstand ist mit einem höheren Anteil an gesunden Lebensjahren und damit auch mit einem geringeren Anteil an Pflegebedürftigen verbunden. Durch die veränderten Familienstrukturen und die veränderten Betreuungs- und Pflegebedürfnisse wird in Zukunft der Pflegebedarf immer weniger familienintern zu decken sein. Die Organisation einer Pflegeversicherung, wie dies in Deutschland im Jahr 1995 eingeführt wurde, braucht den Ausbau von mobilen/ambulanten/stationären Pflegeeinrichtungen, um den steigenden Bedarf erfüllen zu können.

Österreichs Position im europäischen Vergleich

- Österreich schneidet bei der monetären Absicherung von Kindern weniger gut ab als die Länder des nordeuropäischen Wohlfahrtsmodells, liegt aber über dem EU-27 Durchschnitt. Österreich hat zwar einen geringen Anteil an frühen SchulabgängerInnen, allerdings zeigt sich Aufholbedarf bei den schulischen Kompetenzen. Außerdem gibt es Handlungsbedarf in den Bereichen Gesundheit und Wohnen.
- Die Messgrößen zu den neuen sozialen Risiken beim Erwerbseinstieg zeigen, dass der Übergang in Österreich zur Erwerbstätigkeit vergleichsweise weniger problematisch ist, als in den anderen Ländern.
- Die Erwerbsbeteiligung in Österreich ist relativ hoch und die Armutsgefährdungsquote gering. Die relativ geringen Einkommensungleichheiten und die niedrige materielle Deprivation weichen dennoch von den guten Werten im nordeuropäischen Wohlfahrtsmodell ab.
- Bei der Armutsgefährdung im Alter ab 65 Jahren liegt Österreich im Unterschied zur Bevölkerung insgesamt nur im Mittelfeld. Die Armutsgefährdung steigt mit zunehmendem Alter stark an und liegt bei älteren Frauen deutlich höher als bei den vergleichbaren Männern.

Schlussfolgerung

Die vorliegende Analyse zeigt, dass gerade in den konservativen Wohlfahrtsstaaten neue Instrumente zum besseren Umgang mit den neuen sozialen Risiken entwickelt werden müssen. Insgesamt braucht es hier neue Ziele in der wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung. Die nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten mit ihren Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen, der aktiven Familienpolitik durch Kommodifizierung der Betreuungsarbeit, geben Hinweise, welche Maßnahmen und Instrumente die neuen sozialen Risiken verringern helfen.

Nach der vorliegenden Bestandsaufnahme der sozialen Risiken könnten dynamische Analysen Rückschlüsse auf die Verfestigung der Gefährdung von neuen sozialen Risiken geben. Für das Risiko der sozialen Ausgrenzung ist entscheidend, ob die Armutgefährdung, Arbeitslosigkeit, Inaktivität, etc. vorübergehend oder manifest ist. Um Rückschlüsse auf die Betroffenheit und vor allem auf die Verfestigung von sozialer Exklusion zu erhalten, und rechtzeitig entsprechend darauf reagieren zu können, sollte das „Monitoring“ fortgesetzt werden.

Literatur

- Aassve, A., Mazzucco, S., Mencarini, L., "Childbearing and well-being: a comparative analysis of European welfare regimes"; In: *Journal of European Social Policy*, 2005, Vol. 15(4), S. 283-299.
- Armingeon, K., Bonoli, G., (Hg.), *The Politics of Post-Industrial Welfare States*, London, 2006.
- Atkinson, A.B., "The distribution of earnings in OECD countries", *International Labour Review*, 2007, 146 (1-2), S. 41-60.
- Atkinson, A.B., Marlier, E. (eds.), *Income and living conditions in Europe*, Luxembourg: EU Publications Office (OPOCE), 2010.
- Bäcker, G., Neuffer, St. „Von der Sonderregelung zur Beschäftigungsnorm: Minijobs im deutschen Sozialstaat“, In: *WSI-Mitteilungen* 1/2012, 13-21.
- Bartelheimer, P., „Unsichere Erwerbsbeteiligung und Prekariat“ In: *WSI-Mitteilungen*, 8/2011, 386-393.
- Biffl, G., 1998, *Zukunft der Arbeit — Beschäftigungssituation für Jugendliche*, WIFO-Vorträge 80, Wien.
- Biffl, G., 2004, *Jugend und Arbeit in Europa*, Beitrag zum Internationalen Symposium "Die Jugend ist die Zukunft Europas — aber bitte noch nicht jetzt!", Wirtschaftskammer Wien.
- Biffl, G., 2006, *Ausbildung und Arbeitsmarkt — Wo stehen Österreichs Jugendliche im EU-Vergleich?*, WIFO-Vorträge 100/2006, Wien.
- Biffl, G. (Projektleitung), Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., 2008, *An der Schnittstelle zwischen Lehrstellen- und Regelarbeitsmarkt*, Studie des WIFO mit finanzieller Unterstützung des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projekt Nummer 11384), Wien.
- Biffl, G., Faustmann, A., Gabriel, D., Leoni, Th., Mayrhuber, Ch., Rückert, E., *Psychische Belastungen der Arbeit und ihre Folgen*. Krems/Wien, September 2011.
- Bijwaard, Govert E., Veenman, Justus, "Unequal Chances on the Transitional Labor Market: The Case of the Netherlands", IZA DP No. 2908, 2007.
- BMASK, *Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich Ergebnisse aus EU-SILC 2010*, Wien, 2011.
- BMASK, *Pflegevorsorgebericht 2010*, Wien 2010.
http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/5/0/4/CH2094/CMS1313493260454/pflegevorsorgebericht__2010.pdf
- BMSGK, *Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege Ergebnissedes Mikrozensus September 2002*; Wien 2003.
- Bock-Schappelwein, J., Falk, M., *Die Bedeutung von Bildung im Spannungsfeld zwischen Staat, Markt und Gesellschaft*, WIFO-Monografie, Jänner 2009
- Bock-Schappelwein, J., *Herausforderungen für den Arbeitsmarkt der Zukunft*, WIFO-Vorträge 99/2006.
- Böheim, R., Himpele, K., Mahringer, H., Zulehner, Ch., *The Gender Pay Gap in Austria: Tamensi Movetur!* WIFO-Working Papers, 394/2011.
- Bonoli, G., *The Politics of the New Social Policies: Providing Coverage against New Social Risks in Mature Welfare States*, *Policy and Politics*, 33, 2005, S. 431-449.
- Bonoli, G., *New social risks and the politics of post-industrial social policies*, In: Armingeon, K., and Bonoli, G. (eds.), *The Politics of Post-Industrial Welfare States*, London, New York: Routledge, 2006, S. 3-26.
- Bonoli, G., *Time Matters. Postindustrialization, New Social Risks, and Welfare State Adaptation in Advanced Industrial Democracies*, *Comparative Political Studies*, 40, 5, 2007, S. 495-520.
- Braveman, P. "Measuring Health Equity Within Countries: The Challenge of Limited Information." *MSJAMA* 288, October, 2002.
- Castel, R., *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz, 2000.
- Chapple, S., (2009): *Child Well-being and Sole-parent Family Structure in the OECD: An Analysis*. OECD Social, Employment and Migration Working Paper, 82/2009.
- Clasen, J., Davidson, J., Ganßmann, H., Mauer, A., *Non-employment and the welfare state: the United Kingdom and Germany compared*, In: *JESP*, Vol. 2006/16(2), S. 134-154.
- Comas-Herrera, A., Costa-Font, J., Gori, C., di Maio, A., Patxot, C., Pickard, L., Pozzi, A., Rothgang, H., Wittenberg, R., *European Study of Long-Term Care Expenditure: Investigating the sensitivity of projections of future long-term*

- care expenditure in Germany, Spain, Italy and the United Kingdom to changes in assumptions about demography, dependency, informal care, formal care and unit costs, Personal Social Services Research Unit (PSSRU), Discussion Paper, 2003, (1840), http://ec.europa.eu/employment_social/soc-prot/healthcare/ltc_study_en.pdf.
- Cunha, F., Heckman, J. J., Lochner, L., Masterov, D. V., Interpreting the Evidence on Life Cycle Skill Formation, NBER Working Paper 11331, National Bureau of Economic Research, Cambridge, 2006. <http://www.nber.org/papers/w11331>.
- Davidsson, J., Naczyk, M., The Ins and Outs of Dualisation: A Literature Review, REC-WP 02/2009.
- Davidsson, Johan, Naczyk, Marek, The Ins and Outs of Dualisation: A Literature Review, REC-WP 02/2009.
- Doblhammer, G., Kytir, J., Compression or expansion of morbidity? Trends in healthy-life expectancy in the elderly Austrian population between 1978 and 1998, *Social Science and Medicine*, 2001, 52, S. 385-391.
- Eppel, R., Leoni, Th., New Social Risks Affecting Children A Survey of Risk Determinants and Child Outcomes in the EU, WIFO-Working Paper 386/2011.
- Eppel, R., Leoni, Th., Neue soziale Risiken für Kinder – ein europäischer Vergleich; In: Blaha, B., Kapeller, J., Weidenholzer, J. (Hg.), *Solidarität. Beiträge für eine gerechte Gesellschaft*, Wien, 2011, 119-136.
- Esping-Andersen, G., *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge 1990.
- Esping-Andersen, G., *Welfare States in Transition: National Adaptations in Global Economics*, London.
- Esping-Andersen, G.: Childhood Investments and Skill Formation, In: *International Tax Public Finance* 15/2008, 19-44.
- EU-Kommission, GRÜNBUCH, Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme, KOM(2010)365, Brüssel.
- European Commission, "Green Paper – towards adequate, sustainable and save European pension systems", COM(2010)365, Brussels.
- European Commission, Compendium of selected main and context indicators, Autumn, 2011, Brussels.
- European Commission, Progress and key challenges in the delivery of adequate and sustainable pensions in Europe, *European Economy, Occasional Paper*, No. 71, Nov. 2010a.
- European Commission, Promoting longer working lives through pension reforms, Second part, Early Exit from the labor market, The Social Protection Committee, 2008.
- Europäische Kommission, 2006, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Effizienz und Gerechtigkeit in den europäischen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung, COM (2006) 481, Brüssel.
- EUROSTAT (2010): *Combating Poverty and Social Exclusion. A statistical portrait of the European Union 2010*. Luxemburg.
- Falk, S., Sackmann, R., Struck, O., Weymann, A., Windzio, M., Wiggins, M., 2000, *Gemeinsame Starbedingungen in Ost- und West? Risiken beim Berufseinstieg und deren Folgen im weiteren Erwerbsverlauf*, Sonderforschungsbericht 186 der Universität Bremen, Arbeitspapier Nr. 65, Bremen.
- Famira-Mühlberger, U., K. Budimir, R. Eppel, U. Huemer, T. Leonie, C. Mayrhuber, *Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktperformanz in der EU Teil I: Hauptergebnisse*, WIFO-Studie, Wien, 2010.
- Famira-Mühlberger, U., Budimir, K., Eppel, R., Huemer, U., Leoni, Th., Mayrhuber, Ch., *Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktperformanz in der EU. Vertiefende Analyse*. WIFO-Monografie, 3/2010, Wien.
- Famira-Mühlberger, U., Eppel, R., Huemer, U., Mayrhuber, Ch., Budimir, K., *Erwerbsinaktivität und soziale Sicherungssysteme: Ein europäischer Vergleich*, In: WIFO-Monatsbericht, 12/2012
- Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M., Intergenerational transmission of educational attainment in Austria, *Empirica*, 2012, 39: 65-86.
- Festl, E., Lutz, H., Schratzenstaller, M., *Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien*, WIFO Monographie, 2010.
- Fink, M, *Atypische Beschäftigung und deren politische Steuerung im internationalen Vergleich*, ÖZP 29(4), S.401-415, 2000.
- Folbre, Nancy (2008): *Valuing Children. Rethinking the Economics of the Family*. Cambridge-London.
- Guger, A., Agwi, M., Buxbaum, A., Festl, E., Knittler, K., Halmayer, V., Pitlik, H., Sturn, S., Wüger, M., *Umverteilung durch den Staat Österreich*, WIFO Monographie, 2009.

- Hansen, Kirstine/Jones, Elizabeth Mary (2010): Age 5 Cognitive Development in England, in: Child Indicators Research 3/1/2010, 105-126.
- Hemerijck, A., Eichhorst, W., Whatever Happend to the Bismarckian Welfare State? From Labor Shedding to Employment-Friendly Reforms. IZA DP, No. 4085, March 2009.
- Jenkins, S., van Kerm, Ph., Patterns of persistent poverty: Evidence from EU-SILC, ISER, Working Paper, No. 2011-30, November 2011.
- Jenkins, Stephen P./Siedler, Thomas (2007): The Intergenerational Transmission of Poverty in Industrialized Countries. DIW Discussion Paper 693/2007.
- Jenson, Jane (2008): Children, New Social Risks and Policy Change. A LEGO™ future?, in: Leira, Arnlug/Saraceno, Chiara (Hrsg.): Childhood: Changing Contexts, Comparative Social Research. Bingley, 357-381.
- Jürgens, K., "Prekäres Leben", In: WSI-Mitteilungen 8/2011, 379-385.
- Keller, Berndt, Seifert, Hartmut, Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität, WSI Mitteilungen, 5, 2006, S. 235-240.
- Leoni, Th., Fehlzeitenreport 2011, WIFO-Monografie 2011.
- Leschke, J., "The segmentation potential of non-standard employment. A four-country comparison of mobility patterns", International Journal of Manpower, 30, 7, 2009, S. 692-715.
- Leschke, Janine, "The Segmentation Potential of Non-standard Employment. A Four-country Comparison of Mobility Patterns", International Journal of Manpower, 30, 7, 2009, S. 692-715.
- Lewis, J., Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen-Familie“, in: Leitner, S., Ostner, I., Schratzenstaller, M. (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was kommt nach dem Ernährermodell? In: Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien, 7, Wiesbaden, 2004, 62-84.
- Lutz, H., Mahringer H., Pöschl, A., 2006, Teilstudie 14: Aktive Arbeitsmarktpolitik, in: Karl Aiginger, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen (Projektleitung und Koordination), WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, WIFO-Monographien, Wien.
- Lutz, H., Mahringer, H., Niedriglohnbeschäftigung – Brücke in dauerhafte Beschäftigung oder Niedriglohnfalle? WIFO-Monografie, 2/2010.
- Majamaa, K., Dismissed intergenerational support? New social risks and the economic welfare of young adults, Journal of Youth Studies, Vol. 14, No. 6, 729-743, 2011.
- Mayrhuber, Ch., Leoni, Th., Marterbauer, M., Entwicklung und Verteilung der Einkommen. Grundlagen zum Sozialbericht 2010, WIFO-Monografie, 2010.
- Mc Morrow, K., Roeger, W., EU pension reform-An overview of the debate and an empirical assessment of the main policy reform options, Economic Paper, No. 162, 2002, Brussels.
- Mühlberger, U., Guger, A., Knittler, K., Mittel- und langfristige Finanzierung der Pflegevorsorge, WIFO-Monografie, 2008.
- Mühlemann, S., Wolter, S.C., 2007, Bildungsqualität, demographischer Wandel, Struktur der Arbeitsmärkte und die Bereitschaft von Unternehmen, Lehrstellen anzubieten, Wirtschaftspolitische Blätter 54(1), S. 57-71.
- Muffel, R., Luyckx, R., Labour market mobility and employment security of male employees in Europe: 'trade-off' or 'flexicurity'? In: Work, Employment and Society, 22/2008, 221-242.
- OECD (2006): Where Immigrant Students Succeed – A Comparative Review of Performance and Engagement in PISA 2003, Paris, 2006.
- OECD (2008): Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries. Paris, 2008.
- OECD, 2008a, Employment Outlook, Paris.
- OECD (2009): Doing Better for Children. Paris, 2009.
- OECD, Indicators on Employment Protection, 2010, Paris, http://www.oecd.org/document/11/0,3746,en_2649_33927_42695243_1_1_1_1,00.html#detailed_infor.
- OECD (2011): Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries. Paris, 2011.
- OECD (2011a): Pension at a Glance. Paris, 2011.
- Palier, B., Martin, C., Editorial introduction. From a 'Frozen Landscape' to Structural Reforms: the Sequential Transformation of Bismarckian Welfare Systems", In: Social Policy and Administration, 2007, 41(6), S. 535-554.

- Palier, B., Martin, C., *Reforming the Bismarckian Welfare Systems*, 2008, Malden.
- Pickett, K., Wilkinson, R., *The Spirit Level: Why Equality Is Better for Everyone*, London, 2009.
- Rothe, T., Tinter S., 2007, *Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt. Eine Analyse von Beständen und Bewegungen*, IAB-Forschungsbericht 4/2007, Nürnberg.
- Scharpf, F., *Governing in Europe. Effective and Democratic?*, 1999, Oxford.
- Schels, B., 2007, *Jugendarbeitslosigkeit und psychisches Wohlbefinden*, IAB-Forschungsbericht 13/2007, Nürnberg.
- Schmid, G., "Social risk management through transitional labour markets", *Socio-Economic Review*, 4, 2006, S. 1-33.
- Schmid, G., *Übergänge am Arbeitsmarkt. Arbeit, nicht nur Arbeitslosigkeit versichern*, 2011, Berlin.
- Schnitzer, M., Altzinger, W., *From rags to riches? Intergenerational transmission of income in Europe*. WP 2011/135, Vienna University of Economics and Business, Vienna.
- Seils, E., „Die Sozialversicherung im internationalen Vergleich“, In: *WSI-Mitteilungen*, 7/2009, 62. Jg, S. 347-354.
- Shierholz, H. und K. Edwards, *The Class of 2011, Young workers face a dire labor market without a safety net*, EPI Briefing Paper, Economic Policy Institute, Washington DC, 2011.
- Statistik Austria, *Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich Ergebnisse aus EU-SILC*, Wien, 2010.
- Stöger, K., Winter-Ebmer, R., 2001, *Lehrlingsausbildung in Österreich: Welche Betriebe bilden Lehrlinge aus?*, Arbeitspapier Universität Linz 0110.
- Taylor-Gooby, P. (Hg.), *New Risks, New Welfare: The transformation of the European welfare state*, 2004, New York.
- Voss, D., Weinkopf, C., „Niedriglohnfalle Minijobs“, In: *WSI-Mitteilungen*, 1/2010, 5-12.